

VERÖFFENTLICHUNGEN DER
HISTORISCHEN KOMMISSION ZU BERLIN
BEIM FRIEDRICH - MEINECKE - INSTITUT
DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN

BAND 25

GESCHICHTE VON BRANDENBURG UND BERLIN

BAND 3



Walter de Gruyter & Co.

*vormals G. J. Göschen'sche Verlagshandlung
J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung · Georg Reimer · Karl J. Trübner · Veit & Comp.*

Berlin 1968

B E R L I N
UND DIE PROVINZ BRANDENBURG
IM 19. UND 20. JAHRHUNDERT

Mit Beiträgen von

R. Böschenstein-Schäfer, W. Bollert, R. Dietrich, P. Dittmar,
E. Dovifat, P. Goedel, G. Heinrich, H. Herzfeld, H. Knudsen,
G. Kotowski, K. Kupisch, K. Müller-Dyes, P. O. Rave, M. Schmidt und
E. Schmieder

und einer Kartenbeilage

Herausgegeben von

HANS HERZFELD

unter Mitwirkung von

GERD HEINRICH



Walter de Gruyter & Co.

*vormals G. J. Göschen'sche Verlagsbandlung
J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung · Georg Reimer · Karl J. Trübner · Veit & Comp.*

Berlin 1968

Gedruckt mit Unterstützung der Ernst-Reuter-Gesellschaft
und des Senators für Wissenschaft und Kunst, Berlin

©

Archiv-Nr. 47 59 68/2

Copyright 1968 by Walter de Gruyter & Co. · vormals G. J. Göschen'sche Verlagshandlung · J. Gutten-
tag, Verlagsbuchhandlung · Georg Reimer · Karl J. Trübner · Veit & Comp. — Printed in Germany —
Alle Rechte des Nachdrucks, der photomechanischen Wiedergabe und der Anfertigung von Mikrofilmen
— auch auszugsweise — vorbehalten.

Satz und Druck: Thormann & Goetsch, Berlin 44

VORWORT

Die Historische Kommission eröffnet mit dem vorliegenden Bande das Erscheinen einer dreibändigen Geschichte der Mark Brandenburg und Berlins, die seit der Gründung der Kommission im Jahre 1958 als ein Hauptziel ihrer Bemühungen mit allem Nachdruck gefördert worden ist. Es wird Sache des Lesers sein zu beurteilen, wie weit das uns vorschwebende Ziel erreicht ist, eine Darstellung zu geben, die, ohne eigentlich „populär“ zu sein, doch als Zusammenfassung des heute erreichten Forschungs- und Wissensstandes sein Interesse an der bedeutenden Geschichte unserer Heimat lebendig zu erhalten oder lebendig zu machen vermag. Es ist jedenfalls das wesentliche Anliegen aller Mitarbeiter, die sich uns zur Verfügung stellten, gewesen, die schmale und schwierige Mittellinie zwischen einer den Anforderungen der wissenschaftlichen Forschung in einer „Landesgeschichte“ genügenden Behandlung zu entsprechen, ohne den Gesichtspunkt der Überschaubarkeit für den Leser aus den Augen zu verlieren. Die besondere Schwierigkeit dieses dem 19. und 20. Jahrhundert gewidmeten umfangreichen Bandes bestand darin, daß sein Inhalt — von der Zeit der großen preußischen Reform nach Jena bis zu der Spaltung Berlins und seiner Loslösung von der Provinz Brandenburg — immer stärker über den Bereich der partikularen Geschichte einer abgegrenzten Landschaft hinausgreift und mit dem vollen Inhalt nicht nur der preußischen, sondern der deutschen und schließlich der allgemeinen Geschichte in unserer eigenen Epoche verschmolzen ist. Was die moderne wissenschaftliche Arbeit zur Landesgeschichte zuerst im Bereich des Mittelalters erstrebt und methodisch verfolgt hat, stellt sich hier aus dem Inhalt der Epoche mit unübersehbarer Dringlichkeit als Aufgabe.

Die Erreichung dieses Zieles wäre ohne die Gruppe bereitwilliger Mitarbeiter nicht möglich gewesen, die bei aller Bereitschaft, einer gemeinsamen Aufgabe zu dienen, doch weder bereit noch in der Lage gewesen sind, die eigene Individualität zu verleugnen, deren Besonderheit unvermeidlich den Maßstab für Wert und Rang jedes einzelnen Beitrages abgeben muß. Mit dieser Lage ist eng auch die besondere Schwierigkeit verknüpft, mit der sich dieser Band über die moderne

Entwicklung Brandenburgs und Berlins auseinanderzusetzen hat. Die Hauptstadt Deutschlands hat durch den weitaus größten Teil ihrer über siebenhundertjährigen Geschichte in dem schützenden Rahmen der Mark Brandenburg gelebt und ist bereits im 18. Jahrhundert bis zur zweitgrößten Stadt des Reiches herangewachsen. Mit der führenden Stellung Preußens in der Reichsgründung Bismarcks und mit der Entfaltung des modernen industrialisierten Deutschland vor und im Zeitalter zweier Weltkriege wurde sie zeitweise zu der drittgrößten Weltstadt des Erdballes, die mehr und mehr das alte brandenburgische Kernland der preußischen Monarchie überschattete, aus dem sie doch noch immer die besten Kräfte ihres Wachstums zog. Die Geschichte dieser Schwergewichtsverlagerung hat in der Forschung eine sehr bezeichnende Spiegelung gefunden, deren Folgen zu überwinden im Verlauf einer begrenzten Arbeitsfrist sicher nicht so geglückt ist, wie es ideal wünschenswert gewesen wäre.

Berlin besitzt nicht nur eine alte und verdienstliche Tradition lokaler Geschichtsschreibung. Es hat vor und nach der letzten Jahrhundertwende im Anschluß an die Arbeit von Gustav Schmoller und Otto Hintze eine noch heute eindrucksvolle Gruppe von Forschern und Geschichtsschreibern besessen, die, bis über das Jahr 1945 hinaus fortwirkend, ein Erbe hinterließen, für das der heute Lebende und Arbeitende Männern wie Paul Clauswitz, Mario Krammer, dem unvergessenen Ernst Kaeber, Berthold Schulze und heute noch unserem Senior Johannes Schultze nicht dankbar genug sein kann. Der Fachhistoriker sollte bei aller Kritik im einzelnen auch die Anregungen aufreizender oder bedeutender Schriftsteller außerhalb seiner engeren Zunft nicht vergessen, ob es Werner Hegemann, Karl Scheffler, Walter Kiaulehn oder Peter de Mendelssohn sind. Er gedenkt mit Dank und Trauer einer Persönlichkeit, die aus dem Kreise unserer Mitarbeiter bereits geschieden ist. Paul Ortwin Rave hat als erster unserer Mitarbeiter in dem Beitrag zur Kunstgeschichte noch einmal sein gereiftes Können in den Dienst unserer Aufgabe an diesem Bande gestellt.

Im Vergleich zu diesem Reichtum von Forschung und Darstellung zur Geschichte Berlins hat die Entwicklung der Provinz Brandenburg bis zu dem tragischen Ausgang von 1945 und 1952 nur wenig Aufmerksamkeit gefunden. Die Größe der Lücke wird besonders deutlich, wenn man diese Voraussetzungen mit dem eindrucksvollen Bande gediegener Landesgeschichtsschreibung vergleicht, den Rudolf Lehmann seiner Niederlausitzer Heimat auch für die anderthalb Jahrhunderte seit ihrem Übergang in den Besitz des preußischen Staates gewidmet hat.

Als die Historische Kommission ihre Arbeit aufnahm, ging sie von der Überzeugung aus, daß das Bedürfnis nach einer neuen Zusammenfassung des bisherigen Wissensstandes für Forschung und breiteren Leserkreis zu dringlich sei, um auf unabsehbare Zeit vertagt zu werden. Sie hat daher das Wagnis eines Abschlusses in fest begrenzter Frist auf sich genommen, um nach beiden Seiten einen Ausgangspunkt für die weitere Arbeit zu schaffen. Die gediegenen Beiträge, die im Verlauf unserer Arbeit 1962 in der Heimatchronik Berlin erschienen sind, konnten uns in dieser Aufgabenstellung nicht beirren, haben vielmehr schon bei diesem Bande wertvolle Hilfe leisten können. Der Unterzeichnete möchte es nicht versäumen anzuerkennen, was er persönlich der Darstellung des 19. und 20. Jahrhunderts aus der Feder von Konrad Kettig und den souveränen Beiträgen von Karl C. Thalheim zur Entwicklung der Wirtschaft West-Berlins sowie der SBZ seit 1945 verdankt.

Nicht nur für die Geschichte der Provinz Brandenburg sollte ein wesentliches Ergebnis der für diesen Band geleisteten Arbeit der Hinweis auf die Dringlichkeit und die Ermutigung zur Aufnahme weiterführender Forschung sein. Denn auch für Berlin hat sich deutlich ergeben, daß große und zum Verständnis des unsere Gegenwart bestimmenden geschichtlichen Erbes wesentliche Fragen noch der Erforschung und Behandlung harren. Das gilt nicht nur für das grundlegende Thema des Prozesses der Industrialisierung, das durch die Historische Kommission mit der dankenswerten Förderung der Deutschen Forschungsgemeinschaft soeben in großem Umfang in Angriff genommen worden ist. Der gesamte Bereich der sozialen Geschichte stellt heute noch Aufgaben, deren Lösung ebenso dringend wie anspruchsvoll ist. Es sei nur am Rande vermerkt, daß die für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts so bedeutsame Aufgabe einer wirklich intensiven Erforschung und Behandlung von Leistungen und Grenzen jenes Berliner Kommunalfreisinns, der gegen den Erfolgsmaßstab der Bismarckschen Reichsgründung einen so zähen Widerstand geleistet hat, ebenfalls noch ein Wunsch für die Zukunft ist. Seine Erfüllung könnte ein faszinierendes Kapitel aus der vielumstrittenen Geschichte des deutschen Liberalismus werden.

Es ist sicher das Beste einer lebendigen Geschichtsforschung, daß sie ihrem Gegenstand unter der Einwirkung des eigenen, den Horizont der Fragestellung erweiternden Erlebens mit stets neuen Fragen entgegentritt und daraus neue Aufgaben zu gewinnen versteht, ohne dadurch gegen die Leistungen der Vergangenheit zu kurzzeitigem Hochmut verleitet zu werden. Der vorliegende Band wird der Öffentlichkeit mit der Hoffnung übergeben, daß er in diesem Sinne geeignet ist, eine Brücke

zwischen den Generationen zu schlagen und ein wenig jener Funke zu sein, den zu fruchtbarer Flamme an dem dankbaren Thema der Geschichte Brandenburgs und Berlins zu entwickeln die der Historischen Kommission gestellte Aufgabe ist.

*Berlin-Lichterfelde,
im Juni 1967*

*Prof. Dr. Dr. h. c. Hans Herzfeld
Vorsitzender der
Historischen Kommission zu Berlin*

INHALT

VORWORT des Herausgebers	V
--------------------------------	---

ERSTES KAPITEL

HANS HERZFELD: Allgemeine Entwicklung und politische Geschichte	1
Einleitung	3
Fremdherrschaft und Freiheitskriege (1806—1815)	9
Restauration und Revolution: Die Epoche des Biedermeier (1815—1848)	26
Reaktion und Reichsgründung (1849—1871)	64
Berlin und Brandenburg in der Epoche des Kaiserreiches (1871—1918) . . .	82
Weimarer Demokratie und Nationalsozialismus. Die Weltstadt Berlin (1919 bis 1945)	117
Seit dem Ausgang des Zweiten Weltkrieges: Von 1945 bis zur Gegenwart ..	144

ZWEITES KAPITEL

RICHARD DIETRICH: Verfassung und Verwaltung	181
Einleitung	183
Die Vorreform	184
Die Neuordnung der staatlichen Verwaltungsbezirke	185
Der Regierungsbezirk Berlin 1815—1821	199
Die Reform der Verwaltung in Provinz, Kreis und Gemeinde	202
Die Städteordnung von 1808 und ihre Einführung in Berlin und der Mark Brandenburg	209
Die Bewährung der Städteordnung und ihre Revision im Jahre 1831	216
Die Reformbestrebungen der Revolution	227
Die Gemeindegesetzgebung der Jahre 1850—1853	231
Die Kreisordnung von 1872	236
Die Provinzialordnung von 1875	242
Die Landesverwaltungsgesetze von 1880/1883	246
Die Landgemeindeordnung von 1891	250
Die Provinz Brandenburg und die Stadt Berlin bis zur Bildung des Zweckverbandes Groß-Berlin	251
Zweckverband und Groß-Berlin-Gesetz von 1920	265
Berlin und Brandenburg unter dem Nationalsozialismus	277
Das Land Brandenburg und seine Auflösung nach 1945	283
Die Stadt Berlin bis zur Spaltung 1948	285
Berlin als Stadt und Land in der Gegenwart	287
Anmerkungen	291

DRITTES KAPITEL

EBERHARD SCHMIEDER: Wirtschaft und Bevölkerung	309
Von den Freiheitskriegen bis zum ersten Weltkrieg	311
Gewerbe und Industrie	351
Zwischen den Weltkriegen	389
Nach 1945	409
Anmerkungen und Nachweise	414

VIERTES KAPITEL

Erster Teil

MARTIN SCHMIDT: Christentum und Kirche im frühen	
19. Jahrhundert	423
Erbe und Neubeginn	425
Die Fortsetzung der Aufklärung und die Frühzeit der altpreußischen Union	433
Die Erweckungsbewegung	451
Schleiermacher und die theologische Fakultät der neuen Universität	463
Die politische und soziale Welt in ihrer Bedeutung für Kirche und	
Christentum	469
Nachweise	473

Zweiter Teil

KARL KUPISCH: Christlich-kirchliches Leben in den letzten	
hundert Jahren	479
Vorbemerkung	481
Die Zeit der Hochorthodoxie	481
Im Kaiserreich	488
Die Zeit der Weimarer Republik	496
Der Kirchenkampf in Berlin	499
Schlußbemerkung	507
Anmerkungen	508

FÜNFTES KAPITEL

GEORG KOTOWSKI: Bildungswesen	515
Kulturpolitik und Bildungswesen im 19. und 20. Jahrhundert	517
Wissenschaftliche Einrichtungen	529
Kunst, Museen und Archive	540
Fachschulen, Erwachsenenbildung und Schulwesen	545
Zusammenfassung	554

SECHSTES KAPITEL

PAUL ORTWIN RAVE (†): Die bildende Kunst	557
Der Frühklassizismus	559
Die bildenden Künste um 1800	565
Schinkel und seine Zeit	569
Biedermeier	576
Realismus	581
Jahrhundertwende — Stilwende	588
Zwischen den Kriegen. Von Weltoffenheit zur Kunstnormung	596

SIEBENTES KAPITEL

WERNER BOLLERT: Musikleben	603
Berlin als Musikstadt um 1800	605
Oper und Musiktheater in Berlin	608
Das Konzertleben in Berlin	629
Instrumentalmusik	640
Allgemeines, Musikwissenschaft und Musikkultur	646
Musikerziehung (Lehranstalten) und Musikorganisationen	651
Die Entwicklung des Berliner Musiklebens seit 1945	654

ACHTES KAPITEL

Erster Teil

RENATE BÖSCHENSTEIN-SCHÄFER: Das literarische Leben. 1800 bis 1850	657
Anhang. Ausgewählte Literatur	696

Zweiter Teil

KLAUS MÜLLER-DYES: Das literarische Leben. 1850—1933	701
Anmerkungen	747

NEUNTES KAPITEL

EMIL DOVIFAT: Das publizistische Leben	751
Vom Ausgang des 16. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts	753
Übergang: 1800—1848	758
Das Revolutionsjahr 1848	759
1850—1880	761
Das Aufkommen der Massenpresse — Brandenburgische Heimatpresse. Die Zeitschrift: 1880—1900	762
Weltpresse — Konzentration und Zersplitterung. Lähmung und Niedergang	765
Wiederaufbau	778
Anmerkungen	780

ZEHNTES KAPITEL

HANS KNUDSEN: Theater	783
Das Berliner Königliche Theater	785
Privattheater	809
Volksbühnenbewegung und Expressionismus	825
Die Berliner Theater in der nationalsozialistischen Zeit	829
Die Zeit nach 1945	831
Theater-Kritik	832
Anmerkungen	839

ELFTES KAPITEL

PETER DITTMAR: Berlin und die deutsche Filmindustrie	843
Nachweise	856

ZWÖLFTES KAPITEL

PETER GOEDEL: Die Leibesübungen	859
Die Turnbewegung Friedrich Ludwig Jahns (1811—1819)	861
Die Eingliederung des Turnens in das städtische Schulwesen und die Entstehung der Turnvereine (1825—1880)	864
Die Spiel- und Sportbewegung und die Reform des Schulturnens (1880—1914)	870
Berlin als nationales und internationales Sportzentrum (1919— 1936)	877
Der Sport im Dienste des Nationalsozialismus	883
LITERATURVERZEICHNIS	889
NAMENREGISTER	955
GERD HEINRICH: Verwaltungsgliederung und Grenzziehung 1815 bis 1966 (ERLÄUTERUNGEN ZUR KARTE	1017
KARTE: Verwaltungsgliederung 1815—1945 (siehe Tasche am Schluß des Bandes)	

ERSTES KAPITEL

Allgemeine Entwicklung und politische Geschichte

Von

HANS HERZFELD

Einleitung

Das 19. Jahrhundert begann für die Mark Brandenburg und Berlin mit der schweren Prüfung der Fremdherrschaft nach der Niederlage von Jena und mit der Bewährung der Freiheitskriege von 1813—1815. Mit dem Ende der napoleonischen Kriegsepoche setzte dann aber ein nur durch die kurzen und siegreichen Kriege der Bismarckschen Reichsgründung unterbrochenes Jahrhundert des Friedens ein. Es entfesselte elementare Kräfte des Wachstums, die auch noch der in ihrem letzten Ergebnis so wenig glücklichen Epoche zwischen den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts ihren fortwirkenden Stempel aufgedrückt haben und deren Dynamik auch dem Berlin der Gegenwart nach der Katastrophe des zweiten Weltkrieges nicht verlorengegangen ist. Im ganzen bedeuten diese anderthalb Jahrhunderte moderner Geschichte eine neue Epoche in der Entwicklung von Brandenburg und Berlin, die nicht nur in ihren Größendimensionen, sondern auch in dem gegenseitigen Verhältnis zwischen der bisherigen Mark Brandenburg, der neuen Provinz Brandenburg und ihrer alten Hauptstadt eine Wandlung von revolutionärer Tiefe bedeutet hat.

Das Berlin der Hohenzollern war nach jenem Tiefpunkt seiner Geschichte, den der Ausgang des Dreißigjährigen Krieges bedeutet hatte, durch Dynastie und Staat bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts zu der zweiten Großstadt des Reiches nach der alten Kaiserstadt Wien mit (1799) 183 960 Einwohnern herangewachsen. Nach einem kurzen empfindlichen Absinken dieser Zahl (1805: 155 706) erreichte es bis zum Beginn der Friedensepoche 1815 bereits wieder 191 500 Einwohner und überschritt schon 1819 (201 138) das zweite Hunderttausend. Von diesem Zeitpunkt an beginnt ein stetes Wachstum, das es bis zur Jahrhundertmitte Wien bereits nahezu erreichen ließ: Berlin stand 1852 mit 419 755 kaum mehr hinter der Donaustadt mit (1854) 431 889 Einwohnern zurück. Im Augenblick der Gründung des kleindeutschen Reiches hatte es den alten Rivalen mit 826 341 (1871) gegen 607 514 (1869) bereits spürbar überholt. Noch erschien es dem Ausländer oft genug als provinziell gegenüber den Millionenstädten dieser Epoche,

London mit 3,2, Paris mit 1,8 und New York mit 1,4 Millionen, aber der Abstand auch gegen die nach ihm größten deutschen Städte (Hamburg, Dresden und München mit 1871: 239 107, 177 089 und 169 693 Seelen) war bereits so groß geworden, daß in ihm die bis zu der Katastrophe des zweiten Weltkrieges beherrschende Entwicklungstendenz zugunsten der Hauptstadt des politisch geeinten Reiches zu unverkennbar deutlichem Ausdruck gelangte. Jetzt vollends erfuhr seine Entwicklung eine nur mit dem Beispiel amerikanischer Städte vergleichbare, oft genug als fieberhaft bedauerte Beschleunigung. Schon 1880 wird die erste Million, am Vorabend des ersten Weltkrieges bereits die zweite Million überschritten. Die Bildung Groß-Berlins durch das Gesetz von 1920 macht es bereits fast zu einer Vier-Millionen-Stadt, die binnen einem Jahrzehnt bis 1930 nahezu die Grenze der 4,5 Millionen erreichte. Noch immer im weiten Abstand gegen London mit 8,2 und New York mit 6,9 Millionen Einwohnern war es jetzt doppelt so groß wie Wien (1934: 1,9 Mill.) und hatte selbst Paris (1931: 2,8 Mill.) überflügelt, so daß es den Platz der drittgrößten Weltstadt des Globus einnahm, ehe Nationalsozialismus und zweiter Weltkrieg jenen Bruch herbeiführten, der seit 1945 das seine Stadtgeschichte überschattende Problem der Gegenwart geworden ist. Dieses Riesengebilde war bereits von einer Verstärkerzone, einer „Randzone“, umfaßt, die mit Einschluß des Stadtkreises Potsdam auf einer Fläche von 1264 qkm (gegen die 884 qkm von Groß-Berlin) eine weitere halbe Million, rund 522 000 Menschen, umschloß, während die noch weitergreifende Zone seiner Pendler von Nauen, Königs-Wusterhausen, Zossen und Oranienburg bis Werder das in Symbiose mit der Stadt lebende Gebiet auf 3 630 qkm steigerte. Beim Ausbruch des zweiten Weltkrieges lebten bereits über 5 Mill. Menschen auf diesem Gebiet. So war hier in ganz modernem Sinne ein „Ballungsraum“ in der Entstehung begriffen, der bei weiterer Dauer der friedlichen Entwicklung wahrscheinlich sehr bald den Zwang heraufbeschworen hätte, über das nach langer Verzögerung eben erst durch das Preußen der Weimarer Demokratie geschaffene Groß-Berlin organisatorisch und gesetzgeberisch noch hinaus zu gehen.

Für den Historiker, der in den älteren Zeiträumen der Geschichte von Brandenburg und Berlin stets von einem gewissen Gleichgewicht der Bedeutung zwischen der wachsenden Hauptstadt und der sie umgebenden Kernlandschaft des brandenburg-preußischen Staates ausgehen konnte, ist damit freilich auch ein nicht leichtes Problem gegeben, das Problem einer Verschiebung der gegenseitigen Proportionen, deren Stärke den Rahmen einer deutschen Landesgeschichte im üblichen Sinne zu sprengen

droht, weil die Hauptstadt des Reiches seit 1871 mehr und mehr zu einem einzigartigen Gebilde zu werden beginnt.

Das moderne Berlin des 19. und 20. Jahrhunderts wurde zwar zur echten Hauptstadt Deutschlands, aber keineswegs zu einem Zentralpunkt, der so wie London und Paris alle besten Kräfte einer ganzen Nation in sich hineingezogen hätte. Es blieb mit seiner engeren wie mit der weiteren nord- und ostdeutschen Umgebung so eng verwachsen, daß ihr charakterprägender Einfluß selbst im schnellsten Wachstum niemals verlorenging. Wohl aber ist nicht zu verkennen, daß dieser stets neue und zusätzliche Kräfte ergreifende Aufbau der modernen Millionenstadt schon auf dem Kartenbilde der Bevölkerungsdichte Berlins immer mehr, fast mit bedrohlicher Stärke einen die Provinz Brandenburg überschattenden Schwerpunkt der Entwicklung hervortreten läßt. Die bei allen landschaftlichen Anziehungen in Wald, Flur und Seen wirtschaftlich doch verhältnismäßig karg ausgestattete Provinz nahm zwar im begrenzten Umfang Anteil an dieser Entwicklung, ohne doch aber mit ihr gleichen Schritt halten zu können. Sie blieb zunächst bis 1918 ein wesentlich konservativ-agrarischer Bereich des deutschen Lebens, der unablässig junge Kräfte an die Hauptstadt abgab, ohne seinen historischen Charakter im Jahrhundert der industriellen Revolution verleugnen zu können. Die Provinz Brandenburg besaß im Auftakt der Entwicklung 1816 etwas über 1 Million (1 085 899) Einwohner, die sich bis zur Jahrhundertwende — 1900: 3 108 554 Einwohner — verdreifachten: Aber was war das gegen die mehr als zwanzigfache Vermehrung, die Berlin von 1819 bis zur Mitte der zwanziger Jahre des neuen Jahrhunderts zu verzeichnen hatte? Die Bevölkerungsdichte der Provinz blieb gegen die durchschnittliche Bevölkerungsdichte (1939) im Reich (136 je qkm) und Preußen (141) mit 78,6 Einwohnern auf das qkm empfindlich zurück. Der am dünnsten besiedelte Landkreis Lübben zählte nur 31 Einwohner auf das qkm. Während der in Land- und Forstwirtschaft tätige Bevölkerungsanteil mit 28,7 % nicht unerheblich über dem Reichsdurchschnitt von 21 % lag, blieben Industrie und Handwerk (33,7 %; Reichsdurchschnitt 38,8 %) sowie Handel und Verkehr (14,3 % gegen 16,9 %) hinter diesem zurück. Bei aller Anspannung der Kräfte, die vor allem die provinzielle Selbstverwaltung der Weimarer Epoche aufbrachte, um diese Schranken zu überwinden, läßt sich mit begrenzten Ausnahmen, auf industriellem Gebiete vor allem in der 1815 mit der Provinz vereinigten Niederlausitz, nicht verkennen, daß die Provinz Brandenburg nicht wie die Hauptstadt Berlin auf der Sonnenseite der modernen Wirtschaftsentwicklung gelegen hat.

Es ist eine Folge dieses — durch die politische Struktur des preussischen Staates bis 1918 noch verschärften — Verhältnisses gewesen, daß im 19. und 20. Jahrhundert die Verflechtung zwischen Provinz und Hauptstadt mit Spannungen belastet war, die gerade an der Schwelle des 20. Jahrhunderts dem Zusammenleben der weitgehend konservativen Provinz und der „roten“ Hauptstadt nicht gerade förderlich gewesen sind. Sie konnten auch aus anderen komplizierteren Gründen in dem demokratischen Preußen der Weimarer Epoche nicht mehr abschließend überwunden werden.

Dies Verhältnis zwischen Berlin und seiner Umwelt ist aber nur eine Teilerscheinung der unleugbaren Tatsache, daß die schlechthin revolutionäre Dynamik, die das Wachstum der jungen Metropole bezeichnete, diesen Prozeß zwar zu einer faszinierenden geschichtlichen Erscheinung machte, aber von der Umwelt, der deutschen wie der außerdeutschen, keineswegs leicht anerkannt oder gar begrüßt worden ist. Am Endpunkt steht der die Jahre seit 1945 bezeichnende Wandel, daß die inzwischen angesammelten inneren Kraftreserven der deutschen Hauptstadt ihr die Möglichkeit gaben, sich in einer der größten weltpolitischen Krisen der modernen Geschichte nicht zuletzt dadurch zu behaupten, daß sie selbst aktiv in die Gestaltung der unmittelbar nach dem Ausgang des zweiten Weltkrieges sich teilenden Welt als ein bescheidener, aber unentbehrlicher Kraftfaktor einzugreifen vermochte. Die Hauptstadt Berlin erlangte damit im Leben der Nation eine Bedeutung, die sich nur mit der Rolle Londons in der englischen, der von Paris in der Großen Französischen Revolution vergleichen läßt. Die Besonderheit der „einen Welt“, die das 20. Jahrhundert schuf, zog die Folge nach sich, daß Berlin nicht durch eigene Kraft, wohl aber mit eigenem Anteil, zu einem Knotenpunkt der modernen Weltpolitik wurde, dessen Gewicht vor allem im Zeitpunkt von Krisen auch nach dem Jahr von Blockade und Luftbrücke, 1948/49, sich immer wieder unübersehbar anmeldete. Erst diese jüngste Entwicklung des 20. Jahrhunderts hat so Berlin zu einem Punkt weltgeschichtlicher Ereignisse gemacht, dessen Bedeutung, unabhängig auch von dem Erfolg in einer dem Mitlebenden noch nicht zugänglichen Entwicklung der Zukunft, aus dem Aufgabenkreis des Historikers nicht wieder verschwinden wird. Es bleibt aber auch seine Verpflichtung, über dieser ihn fesselnden Problematik den bis dahin führenden Weg nicht zu vergessen. Dazu gehört das klare Bewußtsein von den Widerständen, auf die dieser Aufstieg selbst im Bereich des deutschen Lebens gestoßen ist. Auch der größte Interpret, den das schnell emporwachsende Berlin des 19. Jahrhunderts gefunden hat, der echtste

Sohn dieser sich selbst stets kritisierenden Stadt, Theodor Fontane, hat sich immer zwischen Liebe zu dem ihm unentbehrlichen Fluidum der Großstadt Berlin und liebevoller Kritik an seinen Grenzen bewegt. Wohl war er auf der Höhe von Schaffen und Altersweisheit 1887 bereit zuzugestehen, daß seine Generation in einer „großen und forschenden Zeit“ lebe, die aus dem niedrigen „Pegelstand“ von „Elend, Armut und Polizeiwirtschaft“ um 1837 herausgekommen sei. Aber er verkannte auch nicht, daß eine neue „Kleinheit, Enge und Unfreiheit“ drohe, die die „verachtete Stillstands- und Polizeiperiode der zwanziger und dreißiger Jahre nicht gekannt“ habe. Die „militärische Welt“ überschlage sich jetzt und sei „der verwöhnte Sohn im Hause“, der sich „unter Zustimmung der Eltern alles erlauben“ dürfe (3. 4. 1887).

Fontanes berühmte Skizze über die „Märker und das Berlinertum“ (Ges. Werke, II, 9, S. 295 ff.) ist ganz von dieser Spannung zwischen Liebe und Kritik erfüllt. Er weiß: „Das Berlinische wurde doch schließlich zu großem und jedenfalls zu bestem Teil aus dem spezifisch Märkischen heraus geboren“. Von diesem habe es nicht „Stammesgenie“ wie die Schwaben und Rheinländer, wohl aber sein Bestes, „viel Pflichtgefühl“, erhalten, dies aber verbunden mit der Eigenschaft, „alles, was sie besitzen und leisten“, — als „tüchtige, aber eingeeugte Leute“ — „für etwas ganz Ungeheures anzusehen“. Geformt durch die Geschichte, haben sie seit der Aufklärung jenen „berlinischen Räsioniercharakter“ entwickelt, der im gebildeten Bürgertum seit Lessing und Moses Mendelssohn nicht zum wenigsten durch den „berlinisch-jüdischen Geist“ verfeinert worden sei, ohne darüber den Hang zu „Negation, Kritik, Schabernack und gelegentlich einem Witz“ einzubüßen. Fontane wußte, daß diese Eigenschaften nicht verlorengegangen waren, er wußte aber im Zeitpunkt dieser Niederschrift schon, daß dieses über das Märkische hinauswachsende Berlinertum sich zwar weitgehend vom Märkischen lösen, aber zugleich nolens volens den Märker zum Berliner machen werde.

Wenn so schon der liebevollste und größte Dichter, den das moderne Berlin gefunden hat, die Echtheit seines Verhältnisses zu dieser Stadt auch durch die Schärfe der Kritik an ihren Schwächen bestätigte, so ist es kaum verwunderlich, daß die Erhebung der Hohenzollernresidenz zur Reichshauptstadt mit unvermeidlich steigendem Gewicht im deutschen Leben auch ganze deutsche Stämme mit dem Gefühl des Sprunges in ein höchst bedenkliches kaltes Wasserbad erfüllt hat. Georg Gottfried Gervinus wollte die Hauptstadt des Reiches in die meer- und weltnahe Hansestadt Hamburg verlegen, und Gustav Freytag konnte in Berlin

zunächst nur die „ostdeutsche Kolonialstadt“ seiner älteren Geschichte entdecken. Selbst Heinrich v. Treitschke fürchtete, daß es zu einem zweiten New York werden würde, während ein anderer, das bodenständige Märkertum durchaus bejahender Historiker, Karl Alexander v. Müller, noch am Vorabend des ersten Weltkrieges, 1909, von ihm den „beunruhigenden Eindruck des Ungesunden“, altpreußisch einfach auf der einen, neurotisch aufdringlich und fieberhaft übersteigert auf der anderen Seite, der Seite seines modernen Wachstums, erhielt. Vollends nach der schweren Niederlage des ersten Weltkrieges konnte es einen Augenblick so scheinen, als ob die stets angefochtene Hauptstadt des Reiches zumindest als kultureller Mittelpunkt der Nation sogar von ihren eigenen Söhnen wie Gustav Stresemann verleugnet werden würde. Es ist der Zeitpunkt, in dem Werner Hegemann noch 1930 seine ungehemmte Anklage gegen das „Steinerne Berlin“ als die „größte Mietskasernenstadt der Welt“ niederschrieb, die ihren Vorrang mit schweren Opfern für das gesamtdeutsche Vaterland und „auf Kosten einer älteren und besser gelegenen, ruhmreichen und deutscheren Hauptstadt erkaufte“ (S. 111). Noch in den Jahren des Nationalsozialismus konnte Berlin als Muster einer „wurzellosten Großstadt“ behandelt werden. Ein ästhetisch kritischer, aber ruhigerer und weniger einseitiger Beurteiler als Hegemann, Karl Scheffler, erkannte freilich zur gleichen Zeit (1931) schon, daß in den „Wandlungen einer Stadt“, die die Geschichte Berlins ausmachten, gerade unter dem Druck der schweren Notzeit nach 1918 ein neuer Abschnitt eingetreten war. Auch er wußte, daß die „Kaiserstadt“ 1867 und 1871 „fast gegen den Willen der halben Nation“ zur deutschen Hauptstadt geworden war. Aber er wußte auch, daß die Bürgerstadt Berlin seit langem begonnen hatte, die Fürstenstadt an Gewicht und Bedeutung zu überflügeln. Er erkannte vor allem, daß dies Berlin mit seiner „siegreichen, wenn auch nicht liebenswürdigen Vitalität“, dessen Schicksal es sei, „immerfort zu werden und niemals zu sein“, sich jetzt eben als „eine der Hauptstädte der Welt — im guten und im schlimmen“ zu behaupten verstand. In seiner jüngsten Vergangenheit, „übermäßig im Guten wie im Schlechten“, bewies es in dieser bedrückten Zwischenkriegszeit zum ersten Mal seine nach 1945 erneut unter Beweis gestellte Fähigkeit, „ein guter Verlierer“ zu sein. Das so viel gescholtene Berlin der Weimarer Epoche wurde in einem echteren Sinne als jemals zuvor die wirkliche Hauptstadt Deutschlands.

Damit ist ein letzter Fragenkreis berührt, um den sich die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts stets wird bewegen müssen. Man hat gemeint, Berlin sei gleichsam als Gewinner über Nacht zur Reichshaupt-

stadt geworden. „In keinem Stadium der preußischen Geschichte hätte menschliche Voraussicht die kühne Forderung erheben können, die preußische Hauptstadt müsse sich darauf vorbereiten, einmal die Reichshauptstadt darzustellen.“ Das ist schon im Sinne der politischen Geschichte für das 19. Jahrhundert im besten Falle eine Halbwahrheit gewesen. Das eigentlich historisch reizvolle Problem der letzten Wegstrecke zur Rolle der Hauptstadt besteht vielmehr darin, daß spätestens seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, aber vorbereitet seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts, die Bürgerstadt Berlin zumindest in der tatkräftigen Auswertung des Kairos, der Gelegenheit, die ihr der politische Aufstieg des preußischen Staates gab, mit selbständiger Tatkraft an der Entwicklung teilgenommen hat. Schon Friedrich Kapp erkannte 1862, Berlin sei jetzt „eine mächtige Fabrikstadt“ geworden, „die vom Hofe ebenso unabhängig dasteht wie Paris“. Und vollends Walther Rathenau wußte an der Schwelle des 20. Jahrhunderts: „Was uns den Namen gibt, ist die Fabrikstadt, die im Westen niemand kennt und die vielleicht die größte der Welt ist. Nach Norden, Süden und Osten streckt die Arbeiterstadt ihre schwarzen Polypenarme, sie umklammert den schwächlichen Westen mit Eisensehnen.“

Die Geschichte Berlins im Jahrhundert der industriellen Revolution ist nicht nur, ja nicht einmal vorherrschend, die Geschichte einer vom Glück begünstigten Residenzstadt, sondern ebenbürtig damit die Geschichte einer zur selbständigen Mündigkeit durch eigene Arbeit gelangenden Weltstadt aus eigenem Recht, die daraus die Kraft gezogen hat, sich in den Stürmen zu behaupten, in die sie das 20. Jahrhundert hinein führen sollte.

Fremdherrschaft und Freiheitskriege (1806—1815)

Die Hilflosigkeit, mit der die Hauptstadt Berlin und die Mark Brandenburg, das Kernland der Monarchie, nach der Niederlage von Jena und Auerstedt am 14. Oktober 1806 dem Vormarsch des siegreichen napoleonischen Heeres schon bis zum Monatsende erlagen, leitete eine neue Epoche ein, in der die innere Morschheit des seit 1786 so zäh verteidigten Erbes des friderizianischen Staatswesens mit betäubender Schnelligkeit klargemacht wurde. Die noch immer etwa 50 000 Mann, die, in drei Gruppen getrennt, Stettin zu erreichen suchten, wurden schon in der Prignitz und in Mecklenburg oder — das Hauptkorps Hohenlohes — am 28. 10. bei Prenzlau zur Kapitulation gezwungen.

Die Festungen, voran Spandau und Küstrin, kapitulierten ohne jeden Versuch eines Widerstandes. Während der Hof und die Spitzen der Behörden die Flucht hinter die Oder und Weichsel antraten, ermahnte der Gouverneur von Berlin, Graf v. d. Schulenburg-Kehnert, schon am 17. Oktober die Einwohner der Hauptstadt, daß jetzt „Ruhe die erste Bürgerpflicht“ sei. Die Mark mit ihrer Bevölkerung von 1,1 Million Menschen geriet unter den Druck einer Besatzungsarmee von 130 000 Mann; der Eroberer konnte bis zur Räumung des Landes 1808 widerstandslos über die Hilfsmittel des in zwei Departements, das Berliner und das Küstriner, gegliederten Landes verfügen. Er verzichtete gegen den Vorteil, die ganze Maschinerie des besiegten Staates für sich arbeiten zu lassen zu können, auf jede tiefgreifende Änderung in der Verwaltung. Dafür mußte schon im November 1806 die bisher zur Neumark gehörende preußische Niederlausitz um Kottbus an Sachsen abgetreten werden. Während dieser Verlust nur bis 1815 dauerte, bedeutete es das Ende einer die ganze bisherige Geschichte Brandenburgs begleitenden Zusammengehörigkeit, daß die Altmark im Tilsiter Frieden vom 9. 7. 1807 von der Abtretung aller preußischen Gebiete zwischen Elbe und Rhein betroffen wurde, um zunächst dem Königreich Westfalen einverleibt und 1816 dann der Provinz Sachsen zugewiesen zu werden.

Daß der Mark Brandenburg eine Kriegskontribution von 51 Millionen Francs und bis zum Friedensschluß die Erstattung der Landeseinkünfte auferlegt wurde, hätte nicht an und für sich eine Katastrophe bedeuten müssen, wenn nicht der Gesamtbetrag der Preußen aufzuerlegenden Kriegsentschädigung, anlässlich der Zusammenkunft von Erfurt 1808 auf 120 Millionen festgelegt, den Kredit der Restmonarchie mit ihren nur noch 5 Millionen Einwohnern überschritten hätte und durch die Verpflichtung zum Unterhalt der Besatzungstruppen mit der Gefahr dauernder Erhöhung belastet gewesen wäre. Dazu blieb Küstrin — mit den weiteren Oderfestungen Stettin und Glogau — nach wie vor von den Franzosen besetzt. Das erzwungene Bündnis des Jahres 1812 gegen Rußland stellte erneut die ganze Mark mit der Ausnahme von Potsdam zur Verfügung Napoleons, der nun außer Küstrin auch Spandau wieder besetzen ließ. Der Durchmarsch der Großen Armee kostete die Kurmark erneut eine auf 1 Million Taler geschätzte Summe. Auch wenn ihre eigentlichen Kriegsleiden durch den schnellen Zusammenbruch von 1807 begrenzt geblieben waren, stand sie damit vor Leistungen, denen das überlieferte Verwaltungssystem mit seiner Mischung ständischer und absolutistischer Elemente schlechthin nicht gewachsen war.

Eine durchgreifende Reform wurde schon deshalb unvermeidlich, weil sich die ständischen Kassen teils im Besitz der Städte, teils der Kurmark, teils des Adels allein und zum Teil der Kurmark und Neumark gemeinsam befanden. Von Anfang an war deutlich, daß die Steuerfreiheit des zum Teil unverkäuflichen und kaum belastbaren adligen Großgrundbesitzes nicht mehr zu halten war. Aber wenn der Adel bereit gewesen wäre, an einer einmaligen Einkommensteuer zur Aufbringung der Kriegskontribution von 51 Millionen Francs beteiligt zu werden, zeigte sein Verhalten gegenüber den Reformgesetzen Steins und Hardenbergs doch schon, mit welcher zäher Energie er entschlossen war, an den Grundlagen seiner Stellung als einer privilegierten Oberschicht festzuhalten. Das Edikt vom 9. 10. 1807 über den erleichterten Besitz und den freien Gebrauch des Grundeigentums hat ihn im Grunde in der Mark noch nicht allzu schwer betroffen. Die Freigabe bürgerlicher und bäuerlicher Berufe für den Adel hat zunächst nur geringe Folgen gehabt. Die Zulassung von bürgerlichem Rittergutsbesitz — mit gleichen Rechten wie der Adel — unter Einschluß der weitgehend geregelten Zulassung der Wahl zum Landratsamt stellte in der Kurmark nur einen Rechtszustand wieder her, den hier erst Friedrich II. 1769 beseitigt hatte. Die Aufhebung der Gutsuntertänigkeit, auf den königlichen Domänen zum 1. 6. 1808, allgemein zum Martinitag 1810, hat für die Entwicklung der Zukunft grundlegende Bedeutung besessen. Da aber alle am Grundbesitz haftenden Verpflichtungen des Bauern bestehenblieben, die Gerichtshoheit und Polizeigewalt des Rittergutsbesitzers erhalten blieb, die Befreiung von Gesindedienst und Loskauf beim Abzug des Bauern in der Mark nur die Beseitigung mißbräuchlicher Ausdehnung des Untertänigkeitsverhältnisses bedeutete, blieb wenig übrig, das für den Augenblick bei dem Druck einer Zeit, in der auch die Städte den Bewohner des Landes wirtschaftlich nicht anzuziehen vermochten, eine Kompensation für das dem Gutsbesitzer zugestandene Recht zur Einziehung und Zusammenlegung des bäuerlichen Besitzes geboten hätte.

Schon die französische Verwaltung begann freilich damit, ihre Aufträge ohne Rücksicht auf die Rechte der Innungen und die Bannmeilen der Städte zu vergeben, so daß das Beispiel der bisher so eng verbundenen, jetzt mit dem Königreich Westfalen vereinigten Altmark und ihrer Reformen bedenkliche Anziehungskraft zu erlangen drohte. Die ganz von der Notwendigkeit stärkerer Erschließung der Steuerkraft beherrschte Reform Hardenbergs, mag sie nach dem Ergebnis neuerer Forschung auch mehr auf die Reorganisation des preußischen Staates als die von Stein angestrebte Regeneration ausgegangen sein, mag sie in

ihren Einzelheiten durch eine Persönlichkeit getragen sein, die weder ein Liberaler des 19. Jahrhunderts gewesen ist, noch einer „bürgerlichen Revolution“ die Wege ebnen wollte, hat doch nach dem Gesetz des Zwanges, unter dem sie angetreten war, gerade auch in der Mark Brandenburg die Dinge in Fluß gebracht, damit aber jene konservativen und restaurativen Reaktionen ausgelöst, die die Entwicklung der Provinz Brandenburg auf lange Zeit hin bestimmen sollten.

Für die Mark wichtig wurde das Edikt vom 30. Oktober 1810 über die Einziehung der geistlichen Güter in der Monarchie, durch das die fünf in ihr liegenden Kommenden des Johanniterordens betroffen wurden. Die je sechs Domherrenstellen an den beiden Domkapiteln von Brandenburg und Havelberg, die zuletzt 12 vom Landesherrn bestimmten Adligen eine willkommene Sinekure gegeben hatten, erlitten das gleiche Schicksal. Weiter traf es die seit der Reformation in Fräuleinstifte umgewandelten ehemaligen Nonnenklöster, deren Besitz freilich im Vergleich zu den Johanniter-Kommenden und Domkapiteln nur bescheiden gewesen war. Die historische Erbschaft dieser Institutionen verschwand damit freilich nicht völlig, da schon im Mai 1812 der königlich-preussische Johanniter-Orden neu begründet wurde und nach anfänglichem Stilleben bis 1852 doch wieder eine gewisse soziale und karitative Bedeutung erlangte. In Brandenburg blieb die 1705 errichtete Ritterakademie, zu der, freilich nicht vor 1862, auch Bürgerliche zugelassen wurden, erhalten, so daß sie ihren Rang als eine der großen Schulen der Provinz Brandenburg behaupten konnte. Auch an der Verfassung der Damenstifte wurde nichts Wesentliches geändert.

Die Jahre 1810 und 1811 brachten dann diejenigen Schritte der Gesetzgebung Hardenbergs, die schärfer in das wirtschaftliche Leben der Provinz einschnitten. Das Edikt vom 28. Oktober 1810 hob die lästige und drückende Vorspannpflicht der Bauern in Friedenszeiten nahezu völlig auf und gestand ihnen für die noch bleibenden Ausnahmefälle Entgelt zu. Die ursprüngliche Absicht Hardenbergs, die durch den Freiherrn vom Stein eingeleitete Bauernemanzipation zu ihrem logischen Ende, der Ablösung auch ihrer sachlichen Verpflichtungen, zu führen, geriet aber durch den zähen Widerstand des adeligen Rittergutsbesitzes auf jene Bahn der Regulierungsedikte von 1811 und 1816, in denen die bäuerlichen Gegenleistungen immer weiter gesteigert wurden. Die Notabelnversammlung, der der Entwurf vom 14. 9. 1811 vorgelegt wurde, setzte durch, daß der Bauer in der Regel ein Drittel seines Bodens an den Gutsherrn abzutreten hatte, wenn er ihm nicht ein Drittel des Gesamtwertes bar auszahlen oder ein Drittel des jährlichen Gesamtertra-

ges abliefern wollte. Überwiegend zog der Bauer in dieser Lage die Abtretung des Bodens vor, die bei nicht erblichen Inhabern sogar auf die Hälfte stieg. Wurde dabei der Besitz zu klein, so daß er ihn nicht mehr ernährte, sank er zum Zeitpächter herab, der ein Drittel seines Ertrages in natura an den Gutsherren abzuliefern hatte. Die fortdauernde Opposition des Adels gegen die so beschränkte Reform errang schließlich die „Deklaration“ vom 29. 5. 1816, die die Regulierungsfähigkeit auf spannfähige Bauern beschränkte, alle auf Vorwerksland angelegten Bauernhöfe ausschloß, die nicht als bäuerliche Stellen in den Kataster eingetragen waren, und schließlich nur Stellen „von altem Bestand“ zuließ. Daß als Stichjahr für die Marken das Jahr 1763 gewählt wurde, hatte die Folge, daß alle die durch Friedrich d. Gr. „mühsam wieder hergestellten Bauerngüter“ behandelt wurden, „als wären sie auf Ritteracker errichtet“ worden. Auch für die Mark gilt, daß die Nutznießer dieser Reform Hardenbergs wesentlich die adeligen Gutsbesitzer gewesen sind. Als endlich die Revolution von 1848 den beschleunigten Abschluß des Regulierungswerkes erzwang, war auch in der Mark das Ergebnis eine erhebliche Verstärkung des Großgrundbesitzes geworden.

Gleichzeitig wurde die Notabelnversammlung von 1811 durch die scharfe Opposition des märkischen Adels gegen das Gendarmerie-Edikt Hardenbergs und seine Pläne für eine Steuerreform zu dem ersten großen Akt für den konservativen und restaurativen Widerstand der bisher führenden Gesellschaftsschicht, der die erste Phase eines auch in der Provinz Brandenburg bis zum Zusammenbruch von 1918 dauernden Kampfes gegen die neue Welt des 19. Jahrhunderts bedeutete. Die kurmärkischen Stände verlangten schon jetzt unter Berufung auf ihre historischen Rechte die vorhergehende Einberufung des kurmärkischen Landtages. Der Heißsporn der Versammlung, der General v. d. Marwitz als unbeugsamer Verfechter der friderizianischen Tradition, mußte von dem als „Landverderber“ gescholtenen Hardenberg schließlich auf die Festung Spandau geschickt werden. Mit dieser Opposition des märkischen Adels gegen den Staatskanzler beginnt die Vorgeschichte der Konservativen Partei in Preußen, so daß sie im Vergleich zu der Stärke der Reformbewegung in Berlin das Dilemma der Zukunft zum ersten Male scharf beleuchtet.

Und auch von den Reformen Steins und Hardenbergs, die sich schließlich für die Zukunft als fruchtbar erweisen sollten, gilt, daß sie sich in der Mark noch mehr als in Berlin nur langsam und zögernd auswirken sollten. Die städtische Selbstverwaltung nach der Steinschen Verordnung vom 19. 11. 1808 erwies sich für die bisher ganz von der staatlichen

Verwaltung abhängigen Landstädte zunächst als ein viel zu weites Gewand, in das sie nur ganz allmählich hineinzuwachsen vermochten. Die Furcht vor den neuen Lasten war vielfach sehr viel stärker als die Bereitschaft, die neue Verantwortung zu übernehmen. So konnte es in der alten Amtsstadt Fürstenwalde geschehen, daß man auf Jahre hinaus keinen Bürgermeister zu finden vermochte, weil der erste bereits nach drei Jahren „entwich“, der nächste bereits nach einem Jahr resignierte und der dritte schon nach drei Jahren — statt sieben — wieder aus dem Amte schied. Im ganzen bedeutete diese Selbstverwaltung, nach dem Urteil von Johannes Schultze über Neuruppin, sicherlich, daß sich „eine neue bürgerliche Kultur“ entwickeln konnte. Aber das gewohnte Übergewicht der Militärs in den Garnisonsstädten war keineswegs mit einem Schlage gebrochen. Verhängnisvoll war auch, daß die Armut an manchen Orten lähmend groß war, so wenn in Müllrose von 1116 Einwohnern zunächst nur 86 Bürger die Vorbedingung für das an Grundbesitz oder Gewerbebetrieb gebundene Wahlrecht erfüllten. Schließlich gilt auch für die Einführung der allgemeinen Gewerbesteuer im November 1810 und die Aufhebung des Zunftzwanges im September 1811, daß sie zwar eine überfällige Reform darstellten, nachdem die Grenzen zwischen Stadt und Land schon durch die Arbeit des Merkantilismus fragwürdig geworden waren, aber doch auch, daß sich ihre bescheidene Wirkung nur langsam in einem Prozeß durchsetzen konnte, dessen Abschluß das Gesetz des Norddeutschen Bundes über die Gewerbefreiheit von 1869 gewesen ist. Schon das Edikt vom 7. September 1811 war so vorsichtig formuliert, daß es den gleichzeitigen Verfechtern der Gewerbefreiheit nicht genügte. Der Widerstand des tiefeingewurzelten Zunftgeistes war so zäh, daß selbst die Berliner Regierung schon 1817 Modifizierungen anriet, wenn auch „ohne den verderblichen Zunftgeist wieder aufzuwecken“, und nach dem Urteil der Behörden „in den Städten das Übergewicht des Zunftgeistes“ keineswegs erschüttert, geschweige denn beseitigt war. Das stellte eine Strömung dar, die nach dem Ende der Kriegsperiode sogar noch an Stärke gewann, so daß der Minister für Handel und Gewerbe, v. Bülow, noch nach 1820 urteilte: „Der Zunftzwang ist aufgehoben, aber die Zünfte bestehen noch und hindern durch ihren Einfluß die so notwendigen Fortschritte der Teilung der Arbeit, ohne für die Bildung der Lehrlinge und Gesellen das mindeste zu leisten.“

Nimmt man zu allem hinzu, daß die Stellung der Rittergutsbesitzer auf dem flachen Lande als Träger der Ortsverwaltung, der Polizeihohheit und Patrimonialgerichtsbarkeit sowie als Inhaber des Kirchenpatronates praktisch weiter bestand, so ergibt sich, daß bei aller blei-

benden Bedeutung der Reform ihre unmittelbare Einwirkung im Bereich der Mark Brandenburg doch nur recht begrenzt gewesen ist. Diese Fortdauer der bestehenden Substanz der historischen Überlieferung schließt freilich ein, daß die Mark Brandenburg ihren vollen Anteil an den Lasten und Leistungen der Befreiungskriege, vor allem im Feldzug des Jahres 1813 genommen hat. Die Aufstellung der Landwehr, die nach dem Gesetz vom 17. 3. 1813 alle waffenfähigen Männer vom 17. bis zum 45. Lebensjahr umfaßte, ist opferwillig und mit der Bereitschaft, auch schwere Lasten zu tragen, durchgeführt worden. Die märkische Landwehr mit ihren improvisierten Offizieren hat sich bei Hagelberg mit unbarmherziger Erbitterung geschlagen und ihr Teil dazu beigetragen, daß die ganze Mark binnen wenigen Monaten befreit werden konnte. Spandau kapitulierte am 26. 4. 1813, während sich Küstrin noch bis in das nächste Jahr verteidigt hat. Auch der Cottbusser Kreis und die Altmark, in der dann fast 2 % der Bevölkerung als Freiwillige in das Heer eintraten, konnte nach der Schlacht bei Leipzig für die Dauer befreit werden.

Das Berlin des Jahres 1806, das am 24. Oktober von der französischen Besatzung überrascht wurde, war mit seinen 1805 noch 155 706 Einwohnern, die unter dem Druck der folgenden Jahre auf (1808) 145 000 Menschen herabsank, eine Stadt mit doppelter Oberschicht: auf der einen Seite Hof, Militär und ein 3—4000 Köpfe umfassendes Beamtentum, auf der anderen Seite ein Bürgertum, in dem sich eine wirtschaftlich führende Oberschicht, aber auch eine Bildungsschicht, die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eigenes Gewicht zu erlangen begonnen hatte, herausarbeiteten. Der Eindruck, daß es „ein großer Waffenplatz“ sei, trifft doch nur eine Seite des Bildes. Noch waren die Kreise der vorindustriellen Unternehmungen, der Manufakturen, wesentlich durch staatliche Initiative und Regulierung beherrscht. Dazu überschritten sie sich vielfach mit der ausgedehnten und zahlenmäßig sehr viel stärkeren Schicht des Handwerks mit seinen 23 115 — nur noch zum Teil selbständigen — Meistern, denen 17 640 Gesellen und 4240 Lehrlinge (1805) gegenüberstanden. Trotz des Glanzes, den das um das Schloß gelegene Alt-Cölln und die benachbarte Friedrichstadt durch die Dynastie erhalten hatten, war es auch innerhalb der Zollmauer noch immer zum Teil eine „Landstadt“, nicht nur durch seine Gärten, sondern auch durch das Vorhandensein einer ausgedehnten Feldwirtschaft.

Seit den großen Hohenzollern des 17. und 18. Jahrhunderts bestand eine wirkliche Selbstverwaltung in der Residenzstadt ebensowenig wie

in den anderen Städten der preußischen Monarchie. Der Polizei- und Stadtpräsident und der Stadtdirektor waren die eigentlichen Herren der Stadt. Der Bürgermeister wurde ernannt, das Kooptationsrecht des Magistrates war angesichts der staatlichen Bestätigungsgewalt eine bloße Fassade mit höchst bescheidenen Befugnissen. Daß die Stadt den Sieger, der nun für vier Wochen seine Residenz im Schloß der Hohenzollern nahm und die französische Besatzung mit Sympathie aufgenommen hätte, ist eine Legende. Auch ohne allzu große Bedrückung im einzelnen genügte dagegen die Tatsache einer starken Garnison der Sieger mit ihrer fremden Sprache und ihrem fremden Temperament, solange sie von dem — auch im alten Preußen als besonders drückend empfundenen — Rechte der Einquartierung gerade in den Häusern der wohlhabenden Bürger Gebrauch machte. Die Persönlichkeiten, die als Schriftsteller seit 1789 zu stark als Wortführer des Frankreich von Aufklärung, Revolution und Kaiserreich hervorgetreten waren, wie Friedrich v. Cölln und Friedrich Buchholz, sahen sich vielmehr gezwungen, die Stadt zu verlassen, deren Boden durch die elementare Reaktion gegen die beginnende Fremdherrschaft für sie zu heiß geworden war.

In merkwürdiger, aber in der Logik der Sache gegebener Verknüpfung führte jetzt das erste Ziel des Siegers, den geschlagenen Gegner durch möglichst hohe Kriegskontributionen für den unglücklich verlaufenen Krieg bezahlen zu lassen, dazu, daß er durch eine von oben her diktierte Heranziehung der besitzenden bürgerlichen Oberschicht auch in Berlin eine erste — rein technische — Schule der Selbstverwaltung ins Leben rief. Berlin wurden bis zum Abzug der Franzosen im Jahre 1808 Lasten in der Höhe von 8 249 900 Talern auferlegt, die zum großen Teil nur mit Hilfe von — widerwillig genug gewährten — Bankkrediten aufzubringen waren. Es behielt 1808 eine Schuldenlast von fast 5 Mill. Talern, nach heutigem Wert ein Vielfaches dieser Summe, so daß es an ihrer Abtragung durch die ganze erste Hälfte des Jahrhunderts mit empfindlichen Folgen für die Leistungsfähigkeit der Stadt zu tragen hatte. Allgemeine Verarmung und ausgebreitete Arbeitslosigkeit waren die sichtbaren Zeichen dieser Lage. Als Wilhelm v. Humboldt 1809 nach Berlin kam, um die Leitung der preußischen Kulturpolitik zu übernehmen, erklärte er, die Stadt sei jetzt zu einem Dorfe geworden, mit dem selbst Erfurt rivalisieren könne.

Schon im Oktober 1806 mußten auf Anordnung Napoleons 2000 der angesehensten Bürger ausgewählt werden, die am 29. 10. einen Ausschuß von 60 Personen als „Generalverwaltungsbehörde“ (Comité administratif) zu wählen hatten. Nicht dieser große Ausschuß, sondern

sieben von ihnen delegierte Personen, darunter Goethes Freund, der Komponist und Leiter der Singakademie, Karl Friedrich Zelter, bildeten dann eine theoretisch verantwortliche Kerngruppe. Der Mangel an jeglicher Verwaltungserfahrung machte freilich auch diese kaiserlich-französischen „Heptarchen“ von den vertrauenswürdigen Spitzen der alten königlichen Verwaltung, voran dem in Berlin geborenen Polizeidirektor und Stadtpräsidenten Büsching — später dem zweiten Oberbürgermeister Berlins nach der Steinschen Städteordnung — abhängig. Ebenso problematisch blieb die von Napoleon angeordnete Errichtung einer Bürgergarde von 2000 Mann, die sich freiwillig aus dem besitzenden Bürgertum rekrutierte und, in der preußischen Neuordnung beibehalten, eine die zahlenmäßig ganz unzureichende staatliche Polizei wesentlich ergänzende Bürgerpolizei wurde.

Immerhin hat das nach der im Dezember 1808 erfolgenden Räumung Berlins durch die Franzosen die Bahn für die Grundsteinlegung einer echten bürgerlichen Selbstverwaltung freigemacht und damit den Beginn einer neuen, auch hier sich freilich nur langsam entfaltenden Epoche eingeleitet. Als Ende Januar 1809 der Magistrat aufgefordert wurde, bis zum April die Wahl einer Stadtverordnetenversammlung nach der Steinschen Städteordnung vorzubereiten, überwogen auch bei ihm noch ganz die finanziellen Bedenken gegen die Lasten, die vor allem durch die Übernahme von Armenfürsorge und Schulverwaltung drohten. Es waren auch nur 8 % der Bevölkerung, 12 862, die die Anforderungen des Bürgerrechtes, Grundbesitz oder ein Jahreseinkommen von 200 Talern, zu erfüllen vermochten. Der Zwang, daß bisher eximierte Kreise, darunter auch die französische Kolonie und die Mitglieder der Jüdischen Gemeinde, soweit sie diesen Anforderungen genügten, das Bürgerrecht erwerben mußten, wurde durchaus als unliebsame Störung gewohnter Verhältnisse empfunden. Trotzdem sind dann die Wahlen (18.—22. 4.), der Zusammentritt der Stadtverordnetenversammlung (25. 4.) und die Wahl des Magistrates (8. 5. 1809) durchaus als bedeutende und zukunftsvolle Ereignisse durchgeführt und feierlich — das Ereignis des 25. 4. im Palais des Prinzen Heinrich, das bald der Sitz der Universität werden sollte, die Einführung der neuen Behörde am 6. 7. in der altehrwürdigen Nicolaikirche — vollzogen worden.

Aber die eigentliche Schwäche in der Anwendung der neuen Selbstverwaltung auf die Hauptstadt Berlin ist offenbar als Einwand und Belastung zunächst gar nicht auf Widerspruch gestoßen: daß nämlich der Staat hier selbstverständlich die Polizeiverwaltung mit sehr weit ausgehnter Definition (Sicherheits-, Kriminal-, Sitten- und Verkehrspolizei

mit dem ganzen Gast- und Fremdenwesen, aber auch dem umfassenden Gebiet der Gewerbepolizei) unter einem königlichen Polizeipräsidenten in seiner Hand behielt, daß alle geistlichen und Schulangelegenheiten dem Konsistorium der Provinz Brandenburg unterstellt wurden, daß der Ausbau, der Unterhalt und die Reinigung von Straßen und Brücken — seit 1837 mit Ausnahme von Neuanlagen — noch bis 1875 nicht in den Bereich der Selbstverwaltung fielen. Schließlich blieben fast alle bedeutenden Bauten in der Residenz unter der Verwaltung der staatlichen Militär- und Baukommission, die als Preußische Bau- und Finanzdirektion noch bis 1945 einen ausgedehnten Tätigkeitsbereich besaß.

Die Antwort auf die in diesem Zustand enthaltene Frage wird zum großen Teil durch die soziale Zusammensetzung der ersten Stadtverordnetenversammlung gegeben, in der 89 Gewerbetreibende, meist Kaufleute und Handwerker, durchaus überwogen, während der bereits selbstbewußten Oberschicht des Bürgertums nur 9 Fabrikanten, je 4 Apotheker und Gastwirte, nur ein Arzt und einige Beamte angehörten. Weiter muß, um dies Bild richtig zu werten, hinzugesetzt werden, daß alle Abgeordneten bis auf sechs Hauseigentümer waren. Wie sehr diese Versammlung selbst den Mangel genügender Erfahrung empfand und sich daher an die Träger der alten Ordnung anlehnte, ergibt sich daraus, daß zum Oberbürgermeister und Bürgermeister zwei hohe Beamte, der Präsident der kurmärkischen Kriegs- und Domänenkammer, Leopold v. Gerlach, und der bisherige Stadtpräsident Büsching, gewählt wurden.

Als Gerlach — er ist der Vater der beiden in der Epoche Friedrich Wilhelms IV. so wichtigen Brüder — schon 1813 starb, wurde Büsching für fast zwei Jahrzehnte bis 1832 sein Nachfolger. Auch der dritte Oberbürgermeister Berlins, der temperamentvolle und eigenwillige Friedrich v. Baerensprung (1832—1834), ist zwar Beamter, aber durch stark oppositionelle Neigungen Beamter in Ungnade gewesen. Mit ihm beginnt die Tradition der Anlehnung an den Staat sich zu lockern; dafür geriet er freilich in seiner kurzen Amtszeit schnell in so schroffe Konflikte mit seinen Kollegen im Magistrat, daß die Stadtverordneten schon nach zwei Jahren seiner vorzeitigen Pensionierung zustimmen mußten. Für die erste Magistratswahl des Jahres 1809 ist es aber, ebenso wie bei den Persönlichkeiten von Oberbürgermeister und Bürgermeister, bezeichnend, daß alle Stadträte bereits dem alten Magistrat angehört hatten. Diese Lage hat auch bewirkt, daß die neue Selbstverwaltung nur sehr zögernd von dem ihr zugewiesenen Arbeitsgebiet Besitz ergriffen hat. Die finanzielle Not der Kriegszeit brachte es mit sich, daß erst am Ende des ersten Friedensjahrzehntes nach 1815 an den Ausbau des tief im argen

liegenden Volksschulwesens und an die ebenso dringende Ausgestaltung der Armenverwaltung herangetreten werden konnte, als die Abtragung der Schuldenlast wenigstens in geregelten Fluß gekommen war.

Es hat 1814 zu den unangenehmen Überraschungen der neuen Zeit gehört, daß mit dem Wehrpflichtgesetz Boyens die vom Ancien Régime gewährte Befreiung der Berliner von der Kantonspflicht aufhörte. Die Stadt hat durch den Versuch, dieser Belastung zu entgehen, noch 1817 sich den Unwillen Friedrichs Wilhelms III. zugezogen. Aber weder die Armseligkeit, die auch in Berlin bei den Anfängen der Städteordnung nicht zu übersehen ist, noch solche späte Sehnsucht nach unhaltbar gewordenen Privilegien hebt auf, daß die mit den großen geschichtlichen Erinnerungen Preußens verknüpfte Hauptstadt an den Ereignissen der preußischen Reform und Erhebung ihren vollen, mehr als angemessenen Anteil genommen hat und diese Jahre der Not und des Druckes gerade durch diesen eigenen Beitrag zu einer großen Episode ihrer Geschichte geworden sind.

Als der Major Schill am 28. 4. 1809, ohne Befehl des Königs, aber, wie wir heute wissen, auch nicht ohne Mitwissen und Billigung vom Hofe, Berlin mit seinem Husarenregiment verließ, um eine Volkserhebung in Norddeutschland in Gang zu bringen, mußte sein Vorgesetzter, General v. Tauentzien, eingreifen, um zu verhindern, daß ihm andere Truppenteile folgten. Die Rückkehr des Königspaares, vor allem der Königin Luise, in die Hauptstadt geschah im Dezember 1809 unter echter Teilnahme der Bevölkerung. Das Jahr des Rußlandkrieges, 1812, führte auch nach Berlin noch einmal eine französische Garnison. Die Antwort war, daß der Untergang der Großen Armee auf den Schneefeldern Rußlands, angefangen von den Spitzen des Staates bis hin zu den Gymnasialisten des Grauen Klosters, trotz allem Mitleid mit dem Elend ihrer im Frühjahr 1813 durchziehenden Trümmer als ein von oben gesendetes Zeichen zur Freiheit empfunden wurde. Von Januar bis März 1813 blieben noch starke französische Kräfte in der Stadt, denen gegenüber selbst die Kosaken als Befreier begrüßt wurden, bis dann am 17. 3. der Einmarsch von Yorck, dem Mann des Signals von Tauroggen, und seinem Armeekorps in Berlin endlich alle bisher zurückgedämmten Kräfte entfesselte. Berlin hat über 6300 Mann der Freiwilligen des Jahres 1813 gestellt, von den Schülern der Gymnasien, voran dem Grauen Kloster, und den Studenten der Universität bis zu jener militärisch nicht sehr imponierenden „Gelehrtenkohorte“, in der die Größen der Universität, so Fichte, Schleiermacher und Savigny, mit Künstlern wie Iffland, sich auf die Pflichten des Landsturmgesetzes vorzubereiten such-

ten. Während auf und um den Kreuzberg Verschanzungen angelegt wurden, erinnerte der Kanonendonner auf dem nahen Schlachtfeld von Groß-Beeren und noch im September die Schlacht von Dennewitz die Einwohner Berlins sehr nachdrücklich daran, was sie von der Erbitterung Napoleons gegen die Stadt als eines Zentrums der preußischen Erhebung zu erwarten hatten.

Der Weg von Jena nach Leipzig zeigt nach der Seite der elementaren Kräfte, daß sich Berlin anschickte, seine Rolle als Hauptstadt Preußens weitgehend unabhängig von den Entschlüssen des zögernden Monarchen, ihm vorseilend und ihn vorwärtsdrängend, mit einer Selbständigkeit auszufüllen begann, die so noch im Siebenjährigen Kriege undenkbar gewesen wäre. Der bleibendste Inhalt dieser Jahre besteht jedoch sicherlich in der Rolle, die das geistige Berlin als Vorort der preußischen und schon auch der deutschen Bewegung gespielt hat. Bereits unter Friedrich Wilhelm II., verstärkt seit der Jahrhundertwende, entfalteten sich alle die Keime, die die Berliner Aufklärung der Lessing, Moses Mendelssohn und Friedrich Nicolai in den Boden der werdenden Großstadt gesenkt hatte. Es gehört zu den bezeichnendsten Zügen dieser Übergangsepoche, daß die geistige Bewegung in der Hauptsache doch eine Bewegung des selbstbewußteren Bürgertums ist, aber in der humanen Atmosphäre von Aufklärungserbe und schnell einsetzendem Einfluß der Weimarer Klassik eine enge gesellschaftliche Begrenzung nicht mehr — und verglichen mit der Zeit nach 1815 — noch nicht kannte. In Berlin beginnt jetzt das Zeitalter des Salons, wie die Zeit nach 1815 und noch mehr seit 1830 die Epoche des Cafés werden sollte. Nichts ist bezeichnender für diesen Augenblick eines verheißungsvollen Überganges als die führende Rolle, die in ihm die Geselligkeit geistreicher und anregungsfähiger Frauen aus jener schmalen Schicht jüdischer Familien spielen konnte, deren Loslösung aus dem gebundenen Kreise der zahlenmäßig bisher streng begrenzten jüdischen Gemeinde 1792 mit der „Naturalisierung“ einer kleinen Gruppe durch Verleihung des Bürgerrechtes an Daniel Itzig, seine vier Söhne und sechs Schwiegersöhne durch Friedrich Wilhelm II. begonnen hatte. Hatte schon die Mätresse dieses Königs, die Gräfin Lichtenau, die aufgeweckte und aufstrebende Tochter eines Potsdamer Militärmusikers, einen ersten Salon um sich gebildet, so wurden jetzt Dorothea Veit, die Tochter Moses Mendelssohns und spätere Gattin Friedrich Schlegels, Henriette Hertz, die Freundin Schleiermachers, und Rahel Levin, die Gattin Varnhagen v. Enses, Mittelpunkte einer von Anregungen überströmenden Geselligkeit, an der selbst ein so stürmisch eigenwilliges Mitglied der Dynastie wie der Prinz Louis Ferdinand teilnahm.

in die die jungen Brüder Wilhelm und Alexander v. Humboldt durch ihren später als Beamten der Reformbewegung berühmt werdenden Hauslehrer Kunth eingeführt wurden, in der sich aber auch alle geistig regen Kreise des gebildeten und beamteten Bürgertums, Gelehrte und Studenten, Theologen und Juristen, Offiziere, Kaufleute und Gewerbetreibende, zusammenfanden. Charakteristisch heben sich zwei markante Vertreter des aufstrebenden Bürgertums hervor, die als besonders typische Berliner Erscheinungen gelten können: der geborene Pommer Georg Andreas Reimer, der zum „gebildetsten Buchhändler seiner Zeit“ und zum großen Verleger der Romantik, der Schleiermacher, Fichte, Kleist, Arndt und der Gebrüder Grimm, wurde. Und wenn das geistige Leben Berlins in unserer Epoche unter dem Stichwort „Das Jahrhundert Goethes“ behandelt werden konnte, so geht das letzten Endes auf jene von der einen Seite bewundernde, von der Seite des Dichters respektvolle Freundschaft zurück, die Goethe durch Jahrzehnte mit einem in seiner festen Gediegenheit so urechten Berliner wie dem Vater der Liedertafel und dem Begründer der Singakademie, Karl Friedrich Zelter, verbunden hat, der sich zu gut war, den tüchtigen Maurermeister seiner Anfänge zu verleugnen.

Es ist dies Berlin der Jahrhundertwende, das zum ersten Mal seine Aufnahmefähigkeit für die großen künstlerischen und geistigen Bewegungen einer neuen Zeit bewies, als es in Oper und Schauspielhaus, seit dem Sturm und Drang, schon 1774 mit der ersten Aufführung des „Götz von Berlichingen“ erst Goethe und dann seit der Aufführung der „Räuber“ 1783 mit steigendem Enthusiasmus auch Friedrich Schiller bejubelte, der 1804 anlässlich der Inszenierung des „Wallenstein“ ernsthaft, wenn auch nicht durchschlagend von dem Gedanken der Umsiedlung in diese aufnahmefähige Stadt in Versuchung geführt wurde. Das „Nationaltheater“ (seit 1786) unter der Leitung Ifflands wurde mit genialen Schauspielern wie Konrad Fleck und dem geborenen Berliner und Freund E. Th. A. Hoffmanns, Ludwig Devrient, zu einer der großen deutschen Bühnen der klassischen Generation, der Karl Friedrich Schinkel ihre bleibende Stätte am Gendarmenmarkt (1819-21) errichtete. Mozart und Beethoven waren schon am Hofe Friedrich Wilhelms II. ehrenvoll begrüßt worden und fanden mit dem „Figaro“, der „Zauberflöte“ und dem „Fidelio“ ebenso begeisterte Aufnahme, wie die erneute Pflege der Gluckschen Oper (1795, „Iphigenie auf Tauris“) bereits das Vorspiel zu der ersten und entscheidenden Renaissance Karl Philipp Emanuel Bachs an der Singakademie durch Zelter und Felix Mendelssohn-Bartholdy bedeutete. Vollends die jubelnde Aufnahme des Weberschen „Freischütz“

an der Hofoper im Jahre 1821 bewies, daß das durch die Romantik in Bewegung gebrachte bürgerlich-deutsche Berlin endgültig seine Selbständigkeit gegen die französischen und italienischen Musikneigungen des Hofes und des Italieners Spontini als Generalmusikdirektor der Oper erreicht hatte.

So ist es kein Zufall, sondern Ausdruck einer echten Entwicklung, wenn das Berlin der Jahrhundertwende mit den Anfängen der deutschen Romantik zum ersten Male eine beachtliche Rolle in der Entstehung und Ausbildung einer großen Wendung der deutschen Literaturgeschichte gespielt hat. Schon Mario Krammer hat mit feinem Verständnis darauf hingewiesen, daß dieser Leistung einer bis zur Phantastik gesteigerten Welle gefühlsmäßiger Subjektivität stets eine nie erlöschende Verbindung mit dem scharfäugigen Realismus des nüchtern-wirklichen Märkertums eigentümlich geblieben ist. Was in einer nicht leichten Lösung von der Aufklärung der Generation Nicolais durch Tieck und Wackenroder begonnen wurde, verknüpfte sich sehr bald mit der geschichtlichen Wendung der Romantik durch die Entdeckung des mittelalterlichen Nürnberg. Es trat seit der Jahrhundertwende in enge Verbindung mit Jena und Weimar, Dresden und Heidelberg. Berlin zog auch Friedrich Novalis an, dessen berühmter Aufsatz über „Die Christenheit oder Europa“ 1799 eine Verklärung des preußischen Königtums enthielt, in der sich Kosmopolitismus und der neue Individualismus der Romantik zu einer sicher weit von der Wirklichkeit abführenden Verklärung des friderizianischen Staatswesens zusammenfanden, die aber als fruchtbarer Keim künftiger Entwicklungen Möglichkeiten und Problematik der Romantik unvergleichlich vereinigte. Dies in seiner Substanz noch so nüchterne und durchaus erst werdende Berlin vermochte ebenso Clemens v. Brentano anzuziehen wie seinen Schwager, den Gatten Bettinas, den märkischen Edelmann Achim v. Arnim auf die Dauer an die heimische Mark zu binden und in der Spätromantik so verschiedene Naturen wie den Schlesier Eichendorff, Persönlichkeiten französischer Herkunft wie Fouqué und Adalbert v. Chamisso und schließlich den Phantastik bis zum modernen Unheimlichen wie ganz greifbaren Realismus vereinigenden E. Th. A. Hoffmann an sich zu fesseln, der tagsüber auf dem Kammergericht arbeitete und abends nach dem Besuch der Weinstube von Lutter & Wegner den breiten Alleen der Residenzstadt wie den verträumten engen Gassen und Straßen der Altstadt neue Dimensionen des Übernatürlichen ablockte. Es waren Träumereien aus Berlin, deren Nachklang bis zu der Sperlingsgasse Wilhelm Raabes fortwirken sollte. Diese Berliner Romantik

ist, gleichzeitig und eng verbunden mit der Heidelberger Romantik, seit 1806 in jene zweite Phase eingetreten, in der ihr rückwärts gewendetes historisches Element und der übermächtige nationale Impuls der Auflehnung gegen Rationalismus und französische Fremdherrschaft eine zentrale Rolle spielten, gleichzeitig sich aber jene Umsetzung in das Gebiet wissenschaftlich-methodisch grundlegender Arbeit anbahnte, das in der unendlich fruchtbaren Entwicklung des geschichtlichen Denkens in der deutschen Wissenschaft eine unvergeßlich produktive Leistung vollbrachte, mag sie auch wie jede große Erneuerungsbewegung in der Geschichte der Ideen ihre eigenen Schranken besitzen, die sich im Laufe eines Jahrhunderts zu Begrenzungen einer neuen Dogmatik und damit zu Hypothesen späterer Generationen der deutschen Geschichte entwickelten.

Die Krönung dieses Geschehens ist 1810 die durch Wilhelm v. Humboldt geleitete Gründung der Berliner Universität geworden, deren führende Rolle in einem ganzen Jahrhundert der Wissenschaftsgeschichte doch letzten Endes von der Fruchtbarkeit des geistigen Bodens, in dem sie entstand, nicht zu trennen ist. Selbst ein so nüchtern begrenzter Herrscher wie Friedrich Wilhelm III. rang sich für einen Augenblick zu der berühmten Einsicht durch, daß der ohnmächtig gewordene preußische Staat durch geistige Kräfte ersetzen müsse, was er an physischen verloren habe; er kapitulierte damit vor jenem hochfliegenden Idealismus des Geistes, der alle die in den Denkschriften über den Gründungsplan miteinander ringenden geistigen Größen, den diktatorisch schroffen Fichte, den geistig so freien Philosophen Schleiermacher, Barthold Georg Niebuhr, Savigny und den Mediziner Hufeland, miteinander verband, bis schließlich Humboldt abschließend die Formen fand, die für die Bürokratie des bei aller Reform noch immer streng monarchischen Staates noch gerade erträglich waren. In einem trotz der Französischen Revolution sonst nirgends erreichten Ausmaße wurde hier die Freiheit der Wissenschaft und der schöpferischen Persönlichkeit respektiert und der gelehrten Individualität ein weiter Bewegungsraum zugestanden. Er begründete damit eine Tradition, die vor Verengungen und Beschränkungen schon sehr bald nach 1815 keineswegs geschützt war, sich aber doch in ihrem fruchtbaren Kern behaupten konnte, bis die den Absolutismus des 18. Jahrhunderts weit übertrumpfende Gewaltsamkeit des modernen totalitären Staates ihren Einzug in die Geschichte des 20. Jahrhunderts hielt.

Diese „große“, alte Berliner Universität ist, was man über den Glanz ihrer Leistungen nicht vergessen sollte, in ihrer Entstehung ein Geschöpf

der Notwendigkeit gewesen. Sie sollte den preußischen Rumpfstaat pragmatisch erst einmal Ersatz für die seit langem verkümmerte alte Landesuniversität in Frankfurt an der Oder und für das im 17. und 18. Jahrhundert so bedeutende Halle geben. Sie begann mit dem bescheidenen — an die Anfänge der Freien Universität im Jahre 1948 erinnernden — Apparat von nur 256 Studenten mit allerdings bereits 52 Mitgliedern des Lehrkörpers. In dieser zweiten Zahl kommt zum Ausdruck, daß fast alle Teile der Hochschule durch staatliche Institutionen wie private Initiative im geistigen Leben Berlins weitgehend vorbereitet waren, so daß sich die Möglichkeit und Wünschbarkeit ihrer Vereinigung seit Jahrzehnten aufdrängte und nur durch Bedenklichkeit und Zögern von staatlicher Seite bisher nicht vollzogen worden war. Weniger die Akademie der Wissenschaften, wohl aber die Ausbildungsstätten für Ärzte, Militär- wie Zivilärzte, und Tierärzte — so daß in Berlin schon 1802 mehr Mediziner als in Greifswald, Rostock und Kiel zusammen studierten —, die Akademie der Künste und die Bauakademie, ein Lehrinstitut für das Bergwerks- und Hüttenwesen, seit 1806 auch die auf die Anregung Albrecht Thaers zurückgehende Landwirtschaftliche Lehranstalt stellten eine Grundlage dar, die den Erfolg des Wagnisses weithin sicherstellten. Ihren Glanz aber erhielt die neue Schöpfung zunächst, aber mit langdauernder Nachwirkung durch die großen Geister, die den Kern ihrer in der Wurzel erneuerten philosophischen Fakultät bildeten: Barthold Georg Niebuhr mit seinen berühmten Vorlesungen über Römische Geschichte, zu denen sich das ganze gebildete Berlin drängte, Fichte als Herd auch der Konflikte, die durch einen Zusammenstoß mit den Korporationen seinem Rektorat im Jahre 1811/12 ein vorzeitiges Ende bereiteten, Schleiermacher und Savigny, der Philologe Friedrich August Wolf und der 56 Jahre lang hier wirkende August Boeckh, der Historiker des „Staatshaushaltes der Athener“, die ersten Vertreter der von der Romantik und den Gebrüdern Grimm ausgehenden Germanistik, bis zum Kommen Lachmanns vor allem Friedrich Heinrich v. d. Hagen, angesehene Mediziner wie Hufeland und Reil, der Botaniker Willdenow und der Chemiker Klaproth stellten eine Phalanx dar, die diese Universität von Anfang an weit über den Rang einer bloßen Hochschule erhob und sie als Bildungsstätte über Berlin hinaus zu einem Zentrum des geistigen Lebens in Deutschland machte. Die Natur der echten Universität brachte es mit sich, daß Berlin an diesem Punkte vielleicht am ehesten begonnen hat, eine werbende Anziehungskraft auf das Leben der ganzen Nation auszustrahlen, die, wenn auch gepflegt von einer hochstehenden Führungsschicht der staatlichen

Bürokratie, doch nicht mehr ausschließlich eine Funktion des preußischen Staates war und die selbst schon seit Friedrich d. Gr. begonnen hatte, anziehend auf Offiziere und Beamte von hohem Rang zu wirken.

Gerade die revisionistisch gewordene Geschichtsschreibung der jüngsten Generation hat gegen eine zu freigiebige Idealisierung der preußischen Geschichte mit Nachdruck auf das beschränkende und hemmende Substrat hingewiesen, das durch die politischen und gesellschaftlichen Kräfte des alten, östlichen Preußen gegeben war. Sie betont, daß die Reform von 1807—1813 nicht nur Stückwerk geblieben ist, sondern unter dem helfenden Zwange der Not das Werk der einen bedenklichen und oft widerwillig zögernden König mit sich reißenen, zu Selbstbewußtsein aufgestiegenen Bürokratie, eine „Reform von oben her“ gewesen ist. Für Berlin gilt, daß hier aus der Summe dieser geistigen Bewegungen trotz oppositioneller Gegenströmungen und Rückschläge eine weitgehende Gemeinschaft der Oberschicht von Bildung und bereits gebildetem Besitz mit dem Anliegen dieser Reformer bestanden hat. So entstand eine geschlossene Gemeinschaft, wo es sich um die leidenschaftlich nationale Wendung gegen die Zwingherrschaft des ersten Napoleon handelte. Fichte konnte hier im Winter 1807/08 seine Sonntagvormittag-Vorlesungen halten, die als „Reden an die deutsche Nation“ eines der bedeutsamsten Zeugnisse dieser Zeit geworden sind, während Schleiermachers Schrift „Über die Religion, Reden an die Gebildeten unter ihren Verächtern“ die Wendung zu einer neuen, bei ihm noch freien Religiosität bezeichneten. Wie Stein vor allem die versittlichende Erweckung des Staatsbürgers erstrebte, wollte auch er vor allem „die Trennung der einzelnen vom Staat und der Gebildeten von der Masse“ beseitigen. Die Romantik als Ganzes spielte eine gewichtige Rolle in der Vorbereitung der Erhebung von 1813, mochten auch in der Christlich-deutschen Tischgesellschaft von 1811 und in den Berliner Abendblättern Adam v. Müllers und des unglücklichen Heinrich v. Kleist sich auch schon jene konservative Wendung der Romantik ankündigen, die sich sofort in schärfsten Gegensatz zu der zweiten Phase der Reformgesetzgebung unter Hardenberg brachte. Auch wenn der in Königsberg entstehende Tugendbund in Berlin keine Wurzeln schlug, waren hier doch alle die Kräfte lebendig, die mit der starken geschichtlichen Tradition des friderizianischen Staates in den Jahren der Befreiungskriege die nur noch 5 Millionen zählende Bevölkerung des preußischen Rumpfstaates befähigten, Leistungen zu vollbringen, auf die sich der Anspruch der zweiten deutschen Großmacht schon an der Schwelle des neuen Jahrhunderts gründete. Berlin als seine Hauptstadt trat damit schon in der ersten

Hälfte des 19. Jahrhunderts in eine gewaltig beschleunigte Entwicklung ein, mochte auch der in den Absolutismus einer aufgeklärten Bürokratie zurückfallende Staat der Hohenzollerndynastie schon nach wenigen Jahren, seit 1819, die Dynamik der Notjahre weitgehend verleugnen, die ihn im Zeitalter der Erhebung emporgetragen hatte.

*Restauration und Revolution: Die Epoche des Biedermeier
(1815—1848)*

Die mit der Revolution nach 1815 beginnende, mit der Revolution von 1848 schließende erste Hälfte des 19. Jahrhunderts bringt in der Geschichte von Brandenburg und Berlin einen tiefen Einschnitt. Sie hat politisch durch das sie bis zuletzt beherrschende Übergewicht restaurativer, an der Vergangenheit orientierter Kräfte in immer stärkerem Ausmaß den Widerstand vorwärtsstrebender Energien wachgerufen, die durch diese dem Triumph der Erhebung gegen Napoleon schon 1818 und 1819 folgende Entwicklung — einem verhängnisvollen Wendepunkt der neueren preußischen Geschichte nach Friedrich Meinecke — auf das tiefste enttäuscht wurden. Zugleich setzt jetzt eine Spannung zwischen dem Entwicklungstempo der Hauptstadt und des sie umgebenden Landes ein, die Staat und Stadt bis zum Ende des ersten Weltkrieges, zum Teil darüber hinaus und mit besonderer Stärke seit 1890, in eine Kette von Spannungen verwickelte, die für beide Seiten eine schwere Belastung und Hemmung bewirkt haben. Das in seinem Größenausmaß bis 1848 mit einer Verdoppelung gegen den Ausgang des 18. Jahrhunderts noch nicht einmal übermäßig beschleunigte Wachstum Berlins gelangte doch schon an einen Wendepunkt, in dem die quantitative Steigerung sich bereits in eine qualitative Wandlung umzusetzen begann. Schon die Vorstufen der Industrialisierung genügten, um nun auch beschleunigt die Umrisse eines neben Dynastie und Staat selbständigen bürgerlichen Berlin auftauchen zu lassen. Die gleiche Spannung gilt auch für das Verhältnis des entschlossen der Modernisierung zustrebenden Berlin zu der zäh konservativ an der geschichtlichen Überlieferung festhaltenden Provinz Brandenburg.

So sind diese friedlichen Jahrzehnte von 1815 bis 1848 doch in ihrem inneren Geschehen von der Geschichte einer durch zwei Generationen unaufhörlich wachsenden und schließlich, bis zu der vielleicht stärksten revolutionären Entladung der neueren deutschen Geschichte, reifenden Spannung geprägt worden. Zugleich besitzen sie aber den auch die

Gegenwart noch fesselnden Zauber, die letzte weitgehend ausgeglichene Kulturepoche unserer Geschichte darzustellen, in der das große Erbe von Klassizismus, Romantik und Idealismus die Grundlage einer echten, geistig wie künstlerisch noch immer wirksamen Humanität darstellte. Die äußeren Formen dieser wesentlich bürgerlichen, aber der aristokratischen Vergangenheit noch immer nahen und innerlich verwandten Kultur tragen den Charakter des Biedermeier, einer Zeit, in der die von ständischer Tradition noch erfüllten Schichten der Gesellschaft in aller Not und Knappheit einer wirtschaftlich schweren Epoche von der Krone bis zum einfachen Handwerker und Arbeiter in ihren Beziehungen noch nicht durch unübersteigbare Schranken getrennt waren. Selbst der so ganz eigenwillige Romantiker Friedrich Wilhelm IV. konnte durch seine Neigung für den derben Humor der Berliner wenigstens als Thronfolger eine echte Popularität besitzen. Obwohl der Eklektizismus der Jahrhundertmitte sich selbst bei Schinkel vorbereitete, der bereit war, Antike, Gotik und Renaissance miteinander zu verschmelzen, verfügte diese Zeit wenigstens bis etwa 1830 noch über eine Kraft der Harmonisierung aus eigenem inneren Reichtum, die ihr Dasein für die besten und ästhetisch empfänglichsten ihrer Historiker wie Ernst Kaeber und Mario Krammer mit dem vollen reifen Glanze eines Spätsommers umgeben hat, der auch in der Landschaft der Mark zauberhaft zu wirken vermag.

Für die politische Geschichte Berlins gilt freilich, daß die Fortentwicklung seiner Selbstverwaltung außerstande war, die Fesseln abzustreifen, die ihr die Reform von 1807—1813 selbst durch die sie bestimmende Vorsorglichkeit der preußischen Bürokratie, dieser auch die ersten Friedensjahrzehnte beherrschenden, eigentümlich liberal-konservativen Führungsschicht, von Anfang an angelegt hatte. Magistrat wie Stadtverordnete blieben bis in die letzten Jahre von 1848 durchaus abgeneigt, dem Kreis der ihnen durch die Steinsche Städteordnung auferlegten Verantwortung mit ihren belastenden finanziellen Anforderungen von sich aus zu erweitern. Nur sehr zögernd und an einzelnen Punkten bildete sich wenigstens eine gewisse Opposition gegen die Ausdehnung der Vollmachten, die nach wie vor in der Hand der Potsdamer Regierung und des königlichen Polizeipräsidenten konzentriert waren. Schon der erste dieser Polizeipräsidenten (seit 1809), Gruner, — obwohl ein ausgesprochener Vertreter des Reformbeamtentums und ein leidenschaftlicher Gegner Napoleons — ist doch bestrebt gewesen, den Kreis seiner Befugnisse soweit wie möglich auszudehnen und auch solche Aufgaben an sich zu ziehen, die im Ancien Régime der Gouverneur

als militärische Spitze der Hauptstadt betreut hatte. Ebenso ging sein Bestreben dahin, eine nur von der Regierung abhängige, beamtete Polizei aufzubauen, die von dem bürgerlichen Element scharf getrennt war. Die Folge sollte freilich in dieser Generation notgedrungener Sparsamkeit sein, daß ihre zahlenmäßige Stärke für die Bedürfnisse einer werdenden Großstadt viel zu gering und bei jeder ernsthaften Ruhestörung bis 1848 dadurch die Heranziehung des Militärs unentbehrlich war. Daneben blieb die von den Franzosen errichtete Bürgerwehr in einer 1810 geregelten Stärke von 6 000 Mann bestehen, deren Mitglieder, zum Teil sogar beritten, sich ihre Uniform für die nicht geringe Summe von 33 Talern aus eigenen Mitteln beschaffen mußten. Sie blieb dementsprechend eine in ihrem militärischen Wert zweifelhafte Honoratiorentruppe, die mit Vorliebe für den Wachdienst an den Stadttoren mit der hier stattfindenden Akzise-Erhebung herangezogen wurde. Das gleiche Schicksal traf auch die eng an sie angegliederte Schützengilde. Das Ergebnis war, daß die vorgesehene Sollstärke niemals erreicht wurde, während die Klagen über die straff militärische Durchführung des Dienstes und das Ausmaß der vom Wachdienst beanspruchten Zeit niemals aufhörten. Die Einrichtung gewann auf preußischem Boden niemals den revolutionären Sinn der französischen Nationalgarden.

Die Leistungen der von Magistrat und Stadtverordneten getragenen Selbstverwaltung aber wurden auch schon durch die Begrenzung der ihnen zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel empfindlich beschränkt. Berlin trat in die Friedenszeit mit einer Schuld von etwa 5 Millionen Talern ein, deren Verzinsung bis in die dreißiger Jahre den größeren Teil der Steuereinnahmen in Anspruch nahm und deren endgültige Tilgung bis über die Jahrhundertmitte hinaus gedauert hat. Immerhin konnte diese Zinslast seit 1817 aus dem Anteil bestritten werden, der der Stadt aus Akzise sowie Mahl- und Schlachtsteuer zugewiesen wurde. Seitdem beginnt ein langsam, aber zäh durchgeführter Fortschritt der Abtragung dieser Kriegsschulden, die bereits 1819 auf wenig über 4 Millionen gesenkt waren. 1829 konnte ein erster systematischer Tilgungsplan aufgestellt werden, nach dem die Abtragung der Schuld bis 1861 beendet werden sollte.

Seit diesem Zeitpunkt war wieder eine geregelte Haushaltswirtschaft möglich, in deren Einzelposten diese Ausgaben der Schuldtilgung aber noch lange an erster Stelle standen. Am drückendsten wirkte diese Belastung dadurch, daß Berlin jetzt selbst die Kosten seiner Armenverwaltung zu tragen hatte, die angesichts der schwierigen Wirtschaftslage nach 1815 trotz einer staatlichen Beihilfe von 74 000 Talern mit regel-

mäßig über 200 000 Talern den nach der Schuldentilgung höchsten Posten des Haushaltes darstellten. Die nun eingesetzte städtische Armendeputation unter dem Vorsitz des Oberbürgermeister begann sofort mit der Einrichtung von örtlich aufgegliederten Armenkommissionen, die 1825 bereits die Zahl der 56 Bezirke erreichten, so daß jetzt der Erlaß einer umfassenden besonderen Armenordnung möglich war, obwohl ausreichende Mittel noch keineswegs zur Verfügung standen.

Das zweite große und anspruchsvolle Arbeitsgebiet, das der Stadt zufiel, war das Schulwesen, für das 1811 von der Regierung die Einrichtung einer Schuldeputation — unter Hinzuziehung eines zahlenmäßig sehr starken geistlichen Bestandteiles, vier Superintendenten und elf Geistliche, angeordnet wurde, die die Verantwortung für die alten historischen Schulen unter dem Patronat der Stadt, vor allem aber auch für alle Elementarschulen tragen sollte. Auf diesem Gebiete der Elementarschule war noch alles zu schaffen. Denn als öffentliche Anstalten bestanden bisher nur sieben Armenschulen, von denen nur drei überhaupt ein eigenes Haus besaßen. Aller über den Bereich der Armenschulen hinausgehender Bedarf an Elementarunterricht war Angelegenheit von Privatschulen, deren Konzessionierung jetzt Aufgabe der städtischen Schuldeputation wurde. Es ist ein Ruhmestitel der Berliner Selbstverwaltung, daß sie die ihr zufallende Aufgabe sehr bald erkannte und trotz der finanziellen Schwierigkeiten ihre Lösung in Angriff nahm. Immerhin hat es nach der Einführung der Städteordnung noch zwanzig Jahre, bis 1829, gedauert, ehe, unter Auflösung der Schuldeputation von 1811, eine Schulkommission errichtet wurde, deren Aufgabe fortan der systematische Aufbau eines städtischen Volksschulwesens wurde. Zwar war diese städtische Volksschule noch bis 1860 eine Schule nur für die Bedürftigen. Der Zuschuß der Stadt war noch 1830 auf nur 25 000 Taler beschränkt und stieg auch bis 1840 nur um 16 500 Taler, ist dann freilich bis 1850 auf 131 000 Taler gewachsen, während die Zahl der Kommunal Schulen, 1840 nur zwölf, bis 1850 auf fünfzehn anstieg. Da sich aber die Zahl der Klassen durch Erweiterung der Gebäude wesentlich schneller erhöhte (1840: 73; 1850: 128) und außerdem über die Hälfte der „Kommunalschulkinder“ an Privat- und Kirchspielschulen (Parochialschulen) überwiesen wurde, konnte der Kampf gegen die noch 1833 hohe Zahl der unterrichtslosen Kinder doch erfolgreich durchgeführt werden. Es wurde erreicht, daß es etwa um 1850 in Berlin keine schulpflichtigen Kinder mehr ohne Unterricht gab. Immerhin zeigt diese Entwicklung, unter welchen Schwierigkeiten die in dem folgenden Jahrhundert so glänzende Geschichte des Berliner Schulwesens begon-

nen hat, durch die der Anspruch Preußens, der Staat der allgemeinen Volksschule zu sein, in Wahrheit erst verwirklicht wurde.

Diese Seiten der Selbstverwaltung zeigen so deutlich, was der alte Theodor Fontane mit dem Hinweis auf die bedrückende Enge des Vormärz gemeint hat. Es ist die genaue Spiegelung und Erklärung der Tatsache, daß der Ausbau der Residenz Berlin eine Sache der staatlichen Baudirektion blieb und vielleicht bleiben mußte, während die Stadt Berlin selbst an Bauten größeren Stiles nicht denken konnte, obwohl die beiden historischen Rathäuser von Berlin und Cölln schon sehr bald nicht mehr genügten. Erst 1856 hat man durch Grundstückserwerb die ersten, nur vorbereitenden Schritte für den Bau eines neuen großen Rathauses einleiten können.

Von hier aus wird auch jene Enge begreiflich, mit der die Bürgerschaft noch 1816 ernstlich versuchte, ihr altes Privileg der Freiheit von der militärischen Dienstpflicht zu retten. Der Übergang von der Privilegienbürgerschaft zur Honoratiorenbürgerschaft war und blieb doch noch immer sehr begrenzt: noch 1829 bestand nur der vierte Teil aller Familien aus Bürgerfamilien, während alle übrigen Schutzverwandte blieben. 1830 machten 13 650 Bürger nur den zwanzigsten Teil der Bevölkerung aus; 1840 waren es 18 700, auch jetzt erst der achtzehnte Teil der Bevölkerung, so daß im Vergleich damit sogar das Dreiklassenwahlrecht von 1850 nicht einmal einen Rückschritt bedeutete. Wohl erwartete man auch in Berlin nach 1815 die Erfüllung des von der Krone gegebenen Verfassungsversprechens, aber es ist bezeichnend, daß ein dahingehender Antrag der Stadtverordneten (1818) sich davon vor allem einen Ausgleich der die Stadt stärker als das Land bedrückenden staatlichen Belastungen versprach. Von dem Erwachen einer auch die Selbstverwaltungsorgane beeinflussenden stärkeren politischen Bewegung kann auch in Berlin vor 1830 und vor allem 1840 kaum die Rede sein, auch wenn man sich mehr als einmal über die zu enge oder unzweckmäßige Abgrenzung der eigenen Befugnisse gegenüber den staatlichen Behörden und der staatlichen Aufsicht beschwerte.

Allerdings wurde der Druck der Reaktionszeit seit 1819 doch sehr deutlich empfunden. Die nach dem Sturze Gruners einem der vornehmsten Träger der Repression, dem Fürsten Wittgenstein, übertragene Polizei erschien schon 1818 wieder als „eine schreckliche Geißel für den ruhigen Bürger“, geeignet, durch geheime Überwachung und Denunziation „alles wechselseitige Vertrauen (zu) untergraben“. Denn dieser Polizeipräsident war ein „Mann Fouchéschen Gepräges, ohne dessen Genialität“, in dessen Kreisen man ernstlich an die Verschwörung der von Stein,

Niebuhr, Jahn und Görres geleiteten 40 000 Rebellen glaubte, die bereit seien, die Monarchie zu stürzen und Deutschland in eine Republik zu verwandeln. Die brutale Verfolgung von Männern wie Ernst Moritz Arndt, Ludwig Jahn und Schleiermacher, die Zurechtweisung des Kammergerichtes, an dem sich der Dichter E. Th. A. Hoffmann für die Einhaltung rechtlicher Formen einzusetzen versuchte, durch den König selbst, die Auswirkung der Karlsbader Beschlüsse, die Überwachung der Universitäten und die Verfolgung der Burschenschaften, die Willfährigkeit, mit der sich Preußen der Mainzer Zentraluntersuchungskommission des Bundes zur Verfügung stellte, das alles bedeutete eine Belastung, die zwar das patriarchalische Verhältnis zwischen Krone und Bevölkerung bei Lebzeiten Friedrich Wilhelms III. keineswegs zu zerstören vermochte, aber doch seine Fundamente um so nachhaltiger belastete, je größer die Hoffnungen von Reform und Erhebungszeit gewesen waren.

So beruht der Glanz dieser Epoche wesentlich auf dem Charakter ihres geistigen und künstlerischen Lebens und zu gleichen Teilen auf der großen Leistung der Wissenschaften, die in Berlin repräsentiert waren. Ebenbürtig steht aber daneben auch die wirtschaftliche Entwicklung, in der sich eine noch vom Geist des „Neomerkantilismus“ geprägte, aber zu freien Formen hinstrebende fürsorgliche Bürokratie die Hand mit der zäh aufwärtsstrebenden Arbeitskraft einer tüchtigen Bevölkerung reichte.

Der von einem langsamen Übergang zum Realismus der Jahrhundertmitte begleitete Ausklang der Berliner Romantik ist an schöpferischen Früchten nicht ihrem Durchbruch und Aufstieg zwischen 1800 und 1815 gleichzusetzen. Aber auch er beweist, daß der Beitrag des geistigen Berlin zu der allgemeinen Entwicklung der deutschen Dichtung jetzt tief genug verwurzelt war, um nicht wieder verlorenzugehen. Die produktivsten Gestalten der Spätromantik, ein Arnim, ein Eichendorff und in seiner Verbindung von Phantasie und Nüchternheit auf das stärkste mit Berlin verbunden, E. Th. A. Hoffmann, machen verständlich, daß in der Umsetzung der Romantik in die große deutsche Geisteswissenschaft des 19. Jahrhunderts auf dem Felde vor allem der Geschichte sich die Berliner Universität und die Akademie der Wissenschaften einen schlechthin führenden Platz eroberten. Ebenso setzt sich, indem sie ihre Kreise ständig erweitert, jene reiche Geselligkeit der Jahrhundertwende fort, die nun mehr und mehr auch Züge von großstädtischer Regsamkeit und gelegentlich großstädtischer Betriebsamkeit anzunehmen beginnt. Ihr vornehmster Sitz ist jenes die Verschmelzung aristokratischen und bürgerlichen Geistes vornehm repräsentierende Schloß Tegel, das sich Wilhelm v.

Humboldt von 1822 bis 1824 in der so ganz märkischen, von See und Wald umrahmten Landschaft Tegels durch Friedrich Schinkel erbauen ließ, nachdem Karoline v. Humboldt ihr Stadthaus in der Französischen Straße schon längst zum Mittelpunkt eines regen geselligen Verkehrs gemacht hatte. Es war eine Kultiviertheit, deren Zauber jetzt selbst den gegen Berlin und die Mark so kritischen jungen Gottfried Keller ergreifen konnte. Gleichzeitig wurde der Salon des ehemaligen Diplomaten und liberalisierenden Frondeurs Varnhagen v. Ense, des nicht unbedenklichen, aber unentbehrlichen Gesellschaftschronisten dieser Generation, zum Mittelpunkt einer von Alexander v. Humboldt bis zu der späteren Frau Cosima Wagner reichenden Geselligkeit erhoben, die das Erbe einer späten Aufklärung mit wachsend scharfer Opposition gegen die stagnierende Politik eines preußischen Staates verband, der im Begriff war, den teuer erkaufte Ruhm zu verscherzen, daß der Staat Friedrichs II. und der Reform nach Jena berechtigt sei, auf dem Wege in ein liberales Deutschland der Zukunft zu führen. Auch hier war es eine Frau, die einstige „Demoiselle Rahel Levin“, die als eine für jede lebendige Regung empfängliche Natur selbst die Anerkennung des in diesem Hause unbedingt verehrten Goethe gefunden hat. Neben diesen Salons, in denen die Epoche der Aristokratie ausklang, traten aber bereits geistig ebenso bewegliche bürgerliche Häuser auf, wie das des späteren liberalen Abgeordneten Franz Duncker, in dem es nach dem Zeugnis Gottfried Kellers beinahe „fürstlich“ herging, oder dasjenige Franz Kuglers, eines der Väter der deutschen Kunstgeschichte, an den sich ebenfalls ein junger Schweizer, Jacob Burckhardt, in seinen fruchtbaren Berliner Studienjahren eng angeschlossen hat, während der jugendliche Adolph Menzel am Anfang seiner großen künstlerischen Entwicklung die Geschichte Friedrichs d. Gr. aus der Feder des Hausherrn illustrierte.

Über die Stille der Privathäuser führten jetzt schon zwei Möglichkeiten hinaus, die nach der Julirevolution von 1830 und noch mehr nach der Thronbesteigung des so sehr von diesem Berlin geprägten romantischen Thronfolgers, Friedrich Wilhelms IV., eine große Rolle im Prozeß der Politisierung dieser Intellektuellenwelt spielen sollten. Jetzt beginnt auch die eigentlich große Zeit der Berliner Cafés und der Berliner Konditoreien, von denen die berühmtesten wie Josti und Kranzler sich durch allen Wechsel der Zeiten behauptet haben. Und neben ihnen werden die feinsten Köpfe dieser geistigen und künstlerischen Welt durch die berühmten Weinstuben, voran Lutter & Wegner sowie Habel, angezogen, in deren noch patriarchalischen Räumen im Lindenviertel

bis zur Zerstörung des alten Berlin durch den zweiten Weltkrieg die Welt des Berliner Geistes immer wieder ihr bevorzugtes Domizil gefunden hat. Es war eine charakteristische Besonderheit dieses noch übersehbaren Berlin, daß sich jetzt auch dauernd organisierte Kreise in der Vereinigung von gemeinsamer Entspannung und Pflege geistiger und künstlerischer Interessen zusammenfanden, die jedenfalls nach den Maßstäben des 19. Jahrhunderts eine ehrenvolle Rolle in dem Aufstreben der Hauptstadt gespielt haben: 1824 gründete der mit E. Th. A. Hoffmann befreundete Kriminalist Eduard Hitzig die „Mittwochsgesellschaft“, der schon 1827 die in der Literaturgeschichte berühmteste dieser Vereinigungen folgte, der „Tunnel über der Spree“. Ihm hat von Anfang an der junge Apothekergehilfe Theodor Fontane angehört, in dessen Entwicklung sich der große Wandel der Jahrhundertmitte von der Romantik zum Realismus nach seinem besonderen Berliner Gehalte am fruchtbarsten widergespiegelt hat.

Ebenbürtig mit allem dem begann jetzt endgültig die große Rolle Berlins als ein Zentrum von Schauspiel und Oper in Deutschland. Wohl blieben die Oper Friedrichs II. und, in geringerem Maße, auch das Nationaltheater an Neigungen und Wünsche des Herrscherhauses gebunden, dem sie ihr repräsentatives Dasein verdankten. Aber weder die vornehmen Aristokraten, der Reichsgraf v. Brühl und Graf Redern, die sie als Intendanten leiteten noch der durch die Vorliebe Friedrich Wilhelms III. berufene Generalmusikdirektor Gasparo Spontini (1819) sind unbedeutende Männer gewesen. Und auch die große Rolle, die dann lange Zeit Giacomo Meyerbeer gespielt hat, kann nicht so einfach negativ beurteilt werden, wie dies lange Zeit geschehen ist. Meyerbeer, der Ritter der Friedensklasse des Ordens Pour le Mérite, hat als Ritter auch der Ehrenlegion Paris noch stärker beherrscht als Berlin.

Vor allem hat sich der energische Impuls der musikliebenden und musikverständigen Berliner Bevölkerung auch gegen diese höfischen Einflüsse durchzusetzen vermocht: lange ehe sie den Diktator Spontini vom Dirigentenpult verjagte, hat sie der gegen ihn durch den Intendanten Graf Brühl durchgesetzten ersten Aufführung von Carl Maria v. Webers „Freischütz“ so zugejubelt, daß das Lied vom Jungfernkranz auf der Stelle zur Domäne ebenso der Berliner Bäckerjungen wie des Leierkastenmannes auf der Straße wurde. Dazu aber und darüber hinaus setzte jetzt durch Goethes Freund Zelter die große Pflege des Chorgesanges in der Liedertafel ein, mit der sich auf das engste die Leistung der Singakademie verband, in der Gluck und, vor allem Sebastian Bach ihre Auferstehung erlebten. Hier hat in der berühmten Aufführung

der Matthäus-Passion im Jahre 1829 der strahlend junge Felix Mendelssohn einen seiner ersten ganz großen und reinen Triumphe als Dirigent gefeiert. Nur weil ihm beim Tode Zelters die Nachfolge verweigert wurde, ist er nach Leipzig gegangen, wo mit ihm die große Geschichte des Gewandhauses beginnt. Die bleibende Theater- und Musikleidenschaft der Bevölkerung, die den Grund für die Bedeutung Berlins als Kunststadt bis zur Gegenwart befestigte, ist recht eigentlich mit dieser Generation zum Durchbruch gelangt.

Gleichzeitig haben schließlich jetzt die historischen Kernteile der Residenzstadt Berlin und ebenso das nahe Potsdam diejenige Ausgestaltung durch Architektur und bildende Kunst erhalten, die ihr unvergeßliches Bild bis zur Katastrophe des zweiten Weltkrieges geprägt hat. Das ist allerdings im hohen Maße die Leistung von Krone und Staat geblieben, mit denen die Stadt hierin noch nicht zu wetteifern vermochte. Nur zeigt auch der bis auf wenige kostbare Reste heute verlorene Schatz der wertvollen Privathäuser aus jener Epoche, daß die Kommunikation gemeinsamer Tendenzen auch dies Wirken der königlichen Baukommission umgreift. Die Namen von Langhans, der das bis heute gültige Symbol Berlins, das Brandenburger Tor mit seiner Krönung durch die Quadriga Johann Gottfried Schadows schon 1788 bis 1791 errichtete, die Namen von Friedrich Gilly und seinem Schüler Friedrich Schinkel, die Denkmäler Schadows und Christian Rauchs bezeichnen eine Kunstepoche in der Geschichte der preußischen Hauptstadt, in der es noch einmal unvergeßlich gelang, die Auseinandersetzung mit großen Tagen vergangener Kunstgeschichte, mit dem klassischen Altertum wie der Gotik und Renaissance zur inneren Einheit zusammenzuschmelzen. Es sollte bis zum Jahrhundertende dauern, ehe Impulse verwandter Stärke dem von der preußischen zur deutschen Hauptstadt gewordenen Berlin, jetzt aber führend in der revolutionären Auflehnung gegen den historisch erlahmenden Eklektizismus des dazwischen liegenden halben Jahrhunderts, eine ähnlich bedeutende Leistung schenken sollten.

Die feinen Fäden aber, die diese beiden Gipfel doch miteinander verbinden, sind am frühesten auf dem äußerlich bescheideneren Gebiete der Malerei aufzuspüren. Im Grunde ist dies noch so ganz märkische Berlin nur wenig davon berührt worden, daß einige seiner Söhne, die Gebrüder Veit, der spezifisch romantischen Malerschule der Nazarener angehört haben. Auch die große Freskenmalerei des durch seinen Bewunderer Friedrich Wilhelm IV. nach Berlin gezogenen Peter Cornelius hat im Grunde doch so wenig dem Genius der Stadt entsprochen, wie später

die an Intensität hinter ihm zurückstehende Leistung von Reinhold Begas unter Wilhelm II. Aber schon Caspar David Friedrich erweckte bei Heinrich v. Kleist sofort die Hoffnung, daß sich große künstlerische Wirkung auch mit der vergeistigten Wiedergabe von „einer Quadratmeile märkischen Sandes“ werde erreichen lassen. Die Berliner Malerschule der ersten Jahrhunderthälfte hat schon vor dem sie krönenden Adolph Menzel ihren erst heute voll gewürdigten Beitrag für die Wendung der Malerei zu einem Realismus gegeben, der die künstlerischen Möglichkeiten dieser so lange verspotteten norddeutsch-herben Landschaft recht eigentlich erst erschlossen hat. Karl Blechen hat bereits den Zauber der Müggelberge begriffen, auch wenn er in ihnen noch ein nächtliches Lager urgermanischer Semnonen unterbrachte. Anderen, vor allem Franz Krüger oder dem Pferdemaier Carl Steffek, verdanken wir Spiegelungen dieses Berlins der Biedermeierzeit, die es noch heute graziös-lebendig vor uns stellen und von deren unmittelbar anregender Vorarbeit die Linien über Adolph Menzel bis zu dem größten Maler des modernen Berlin, Max Liebermann, gehen.

Ähnlich wie für die große Berliner Architektur dieser so liebenswürdigen Epoche gilt es für das jetzt entstehende Königreich der Wissenschaften in Berlin, daß es, organisatorisch ganz im Bereich des preußischen Staates, der Krone und ihrer Bürokratie gelegen, doch durch tausend feine Fäden mit der Atmosphäre der Großstadt Berlin verbunden bleibt, in der sich jetzt eine der stolzen Epochen deutscher Wissenschaft entfaltete. Die Leistungen dieser Generation, der Fichte, Schleiermacher, Hegel und Schelling, der Niebuhr, Boeckh und Ranke, gehen weder im Rahmen der Berliner noch der brandenburgischen Geschichte auf. Wenn aber die Fakultäten dieser stolzen Hochschule weit mehr gewesen sind als ein Leibbataillon der Hohenzollern und durch allen Wandel des 19. Jahrhunderts hindurch ihre Verpflichtung zur Freiheit der Wissenschaft im ganzen doch bis in die Generation Wilhelms II. oft eifersüchtig gegen Eingriffe zu verteidigen versucht haben, so ist das vom Geist dieser Stadt doch kaum zu trennen, die sich jetzt eben in schwerer Arbeit anschickte, die bleibenden Fundamente zu schaffen, auf denen das Berlin des späteren 19. Jahrhunderts zu dem alle deutschen Rivalen im einzelnen überflügelnden Mittelpunkt und Motor der modernen deutschen Wirtschaftsentwicklung, abschließend seit dem Zeitpunkt der Bismarckschen Reichsgründung, geworden ist.

Die schweren Anfänge der ersten Jahrzehnte nach 1815 sind bis in die Einzelheiten bestimmt von dem sich modernisierenden Merkantilismus des preußischen Beamtentums, dessen ganze Bedeutung erst

jüngere Studien aus der Schule von Carl Hinrichs neu beleuchtet haben. Dieses Beamtentum ist der Träger einer Betreuung, die seit der großen Reformperiode nach Jena der Zielsetzung untergeordnet ist, zwar Hilfe bei dem auf diesem kargen Boden so schweren Übergang zu dem maschinengetriebenen Fabrikwesen der modernen Industrie zu leisten, dem nach seiner niemals wankenden Überzeugung die Zukunft gehörte. Zugleich aber entfaltete es eine oft unerbittliche Härte bei dem erzieherischen Zwange auf alle von ihm geförderten Unternehmer und Unternehmungen, nach der Anfangshilfe so bald wie möglich auf eigenen Füßen zu stehen. Die strenge Sparsamkeit, mit der es in diesem kapitalarmen Lande direkte finanzielle Unterstützungen gewährte, scheint gelegentlich fast die verständliche Grenze zu überschreiten. Seine bedeutendste Seite ist aber das hingebende Ethos der Erziehung gewesen, das weitgehend frei von ständisch-klassenmäßigen Bedenken die sich selbst rührende und aufstrebende Kraft und Begabung in einer relativ erstaunlich hohen Anzahl von Fällen aufzuspüren und erfolgreich zu fördern vermochte, auf diesem Felde auch mit wenigen Ausnahmen die unentbehrliche Hilfe des Auslandes, voran England und Belgien, als Notwendigkeit des Überganges heranzuziehen, aber zugleich sachlich wie zeitlich in engen Grenzen zu halten bestrebt war.

Ohne die rastlose Initiative von Beamten wie dem Staatsrat Kunth und seinem Erben, dem 1781 in Cleve geborenen Beuth, sind die Anfänge der Berliner Industrie schlechthin nicht zu denken. Diese Bürokratie schafft die Voraussetzung zu den großen Chausseebauten des preußischen Staates in den Notjahren der beginnenden Friedenszeit von 1817—1820, dem Ausbau der Wasserstraßen und der Förderung der Anfänge der Dampfschiffahrt auf Spree, Havel und Elbe bis nach Hamburg. Sie begann 1838 mit der Konzessionierung des Eisenbahnbaues von Berlin nach Potsdam an die Lösung einer Aufgabe heranzutreten, die ihr anfangs die größten Bedenken eingeflößt hatte und die sich sehr bald als stärkster Motor der von ihr gewünschten Modernisierung der Wirtschaft herausstellte. Gewiß bleiben die Ergebnisse des Vormärz, an späteren Verhältnissen gemessen, noch immer bescheiden, obwohl sie dauernd auf Mißtrauen und Opposition bei dem trotz der Gewerbefreiheit noch immer ganz zunftmäßig organisierten und denkenden Handwerk stießen, in dessen Front die staatliche Wirtschaftspolitik nun aber erfolgreich durch die schon vom Absolutismus eingeleitete Zulassung nicht zünftiger Handwerker einbrach. Und ebenso rief die Annäherung an den Freihandel durch das preußische Zollgesetz von 1818 und die Gründung des deutschen Zollvereins eine starke Protestbewegung wach,

die gegen die überlegene ausländische Konkurrenz, vor allem Englands, die Rückkehr zu dem überlieferten System des hohen Schutzzolles — vergeblich — verlangte. Bis zur Jahrhundertmitte überwogen das Handwerk und die staatlichen Manufakturen die Anfänge der modernen Unternehmerindustrie. Noch immer gehörten 25 % der Bevölkerung, 23 000 Meister und Fabrikanten sowie 22 000 Gesellen und Lehrlinge diesem Bereich der gewerblichen Arbeit an, zwischen dem und der Industrie die Grenzen ineinander flossen. Der erfolgreiche Handwerker konnte zum Fabrikgründer emporsteigen; der geschickte Arbeiterstamm der maschinengetriebenen Fabrik rekrutierte sich aus der qualitativ führenden und am besten bezahlten Schicht des Handwerks. Dieses verlor bereits zum großen Teile seine so eifersüchtig verteidigte Unabhängigkeit. In allen Schichten der 1846 gezählten etwa 78 000 Gewerbetreibenden nahm die Zahl der nicht zünftigen Meister ständig zu und erlangte vielfach ein ganz erhebliches Übergewicht gegen die Zunftmeister. Es gab stark übersetzte Handwerkszweige, wie die Schuhmacher, von denen ganze zwei Drittel zum Proletariat gerechnet wurden; auch von den Tischlern war nur ein Drittel in der Lage, die staatliche Gewerbesteuer zahlen zu können. Waren die Tischler weitgehend von den Möbelhändlern, so die Schneider von den Kleiderhändlern abhängig. Im Maurergewerbe standen (1846) 100 Selbständige einer Masse von 2 006 abhängigen Meistern sowie 2 700 Gesellen und 300 Lehrlingen gegenüber.

Trotzdem bleibt ziffernmäßig der Umfang der mühsam herangezogenen Industrie noch bis zur Mitte des Jahrhunderts recht begrenzt und kam die Entwicklung erst seit 1840 in schnelleren Fluß. 1843 gab es in Berlin elf Maschinenfabriken mit 1 002, 1846 bereits 26 mit 2 821 Arbeitern, deren Zahl sich allerdings schon vor 1840 durch die vor den Toren gelegenen Fabriken auf etwa 3 000 (1853: 4 500) erhöhte, aber dennoch nur ca. dreiviertel Prozent einer Bevölkerung von 400 000 Köpfen betrug.

Damit ist die Schwere der Aufgabe gekennzeichnet, die die vorwärtsdrängende Verwaltung seit 1815 zu lösen hatte. Es war Beuth, der ihr das über die eigenen Reihen des Beamtentums hinausgreifende Instrumentarium schaffte: das 1821 gegründete Gewerbeinstitut, in dem unter seiner Leitung bezeichnenderweise 100 Beamte auf 360 Mitglieder mitarbeiteten. Es ist die Keimzelle der Gewerbeakademie von 1866 und, seit 1879, der Technischen Hochschule in Charlottenburg geworden. An der Gründung der Gewerbeschule von 1824 unter der Leitung Karl Friedrich v. Klödens, dessen Schüler 1833 auch der junge Apotheker

Theodor Fontane wurde, hat bereits auch die Stadt Berlin mitgewirkt. Die Gewerbeschule wurde 1883 in eine Oberrealschule (seit 1892: Friedrich-Werdersche) umgewandelt. Beide Institutionen zusammen ermöglichten eine intensive erzieherische Anleitung und Überwachung des ausichtsreichen Nachwuchses, die zu den besten Leistungen des preußischen Beamtentums gehört. Man hat diesem später, vom Standpunkt des konsequenten Wirtschaftsliberalismus aus, Inkonsequenz, Widerspruch zwischen Ausgangspunkt und Zielsetzung, vorgeworfen, kann ihm aber nicht bestreiten, einer schweren Aufgabe erfolgreich Herr geworden zu sein. Jedenfalls geht die erfinderische Vielfalt der von ihm angewandten Mittel, die die Hemmnisse eines gründlich kapitalarmen Landes mit zäher Geduld aus dem Wege räumte, ebenso wie die Konsequenz, mit der man die Autorität des Staates für die Auslösung industrieller Kräfte einsetzte, weit über den Durchschnitt normaler Routinearbeit hinaus. Alle nur denkbaren Hebel wurden genutzt: die Entsendung versprechender Kräfte ins Ausland, Großbritannien, Belgien und Frankreich, um Erfahrung und Informationen anzusammeln; die Gewinnung ausländischer Fachkräfte, so vor allem der belgischen Textilunternehmer, der Gebrüder Cockerill, für eine Lehrperiode von fünfzehn Jahren auf preußischem Boden; die Anwerbung von erfahrenen Mechanikern aus dem Ausland. Das ist verbunden mit einem den Wett-eifer anstachelnden System der nicht zu kargen Verleihung von Prämien und Preisen, dem die Anfänge eines preußischen Patentwesens folgten. Keineswegs auf Maschinenbau und Textilindustrie beschränkt, werden die Mittel auch der Förderung etwa von Pflastertechnik, Edelmetallbearbeitung oder Seidenindustrie dienstbar gemacht. Die von Schinkel und Beuth geleitete Technische Gewerbe-Deputation steht dabei nicht allein. Die königliche Seehandlung hat eine durch die Zurückhaltung des privaten Bankgewerbes vorhandene Lücke auszufüllen gesucht, indem sie, nicht ohne zuletzt bedenkliches Risiko, große Mittel für die Entwicklung der älteren staatlichen Manufakturen einsetzte, aber auch die Anfänge der Dampfschiffahrt, der chemischen Industrie, die Anlage einer ersten staatlichen Dampfmühle in Potsdam — gegen die ablehnende Interesselosigkeit des Bäckereigewerbes — mit erheblichen Mitteln unterstützte.

Während im Anfang des Weges noch Zoller-mäßigungen gewährt wurden, wurden diese doch so bald wie möglich zurückgezogen, wenn die geförderten Gewerbe-zeige fähig waren, auf eigenen Füßen zu stehen. Es geschah über den Kopf der Gewerbe-Deputation hinweg und gegen den Kern ihrer Bestrebungen, wenn der Polizeipräsident einer

englischen Gesellschaft das Exklusivrecht auf die Anlage der ersten Gasbeleuchtung in Berlin für 21 Jahre gewährte, so daß es auf das Drängen der Berliner Selbstverwaltung erst 1847 zur Errichtung der ersten Städtischen Gasanstalt kommen konnte. Heute mag es aufreizend bescheiden erscheinen, wenn den nur 8 Dampfmaschinen, die 1820 in der Hauptstadt in Betrieb waren (1830: 25) 1843 — außer 61 Lokomotiven — 62, zusammen also 123 Dampfmaschinen gegenüberstanden. Aber diese fast fünfzehnfache Vermehrung bedeutete doch, daß in langsamer Arbeit die Ausgangsposition für das so sehr beschleunigte Tempo der Industrialisierung in den fünfziger und sechziger Jahren, das große „Take off“ der modernen deutschen Schwerindustrie, geschaffen war. Hatten die ersten Versuche einer preußischen Gewerbeausstellung 1822 und 1827 noch schwer mit Zurückhaltung und Zögern zu kämpfen, so wurde schon die erste große Gewerbeausstellung des Zollvereins in Berlin 1844 ein glänzender Erfolg. Aus Berlin allein beteiligten sich 685 auf insgesamt 3 040 Aussteller. Die Stadt war im Begriff, durch die von der Bürokratie geweckte Initiative ihrer wirtschaftlichen Unternehmer sich eine führende Stellung in Deutschland zu erobern. Denn dieser Leistung auf industriellem Gebiete steht eine ebenbürtige Entfaltung ihrer Rolle als Handelsmittelpunkt, die Entstehung eines fortschreitenden leistungsfähigeren privaten Bankgewerbes mit den Firmen etwa der Gebrüder Schickler, Mendelssohn und den die Rothschilds in Berlin vertretenden Bleichröders gegenüber. Beide, Handel und Banken, sind organisatorisch zusammengefaßt in der bereits 1820 gegründeten einheitlichen Kaufmannschaft von Berlin und Charlottenburg. In die Stille des biedermeierlichen Berlin begann damit eine Bewegtheit einzubrechen, die es der zuerst 1815 zugelassenen Droschke, 30 im Anfang, möglich machte, schon bis 1837 auf etwa 400 mit 100 Unternehmern zu steigen, während 1840 eine erste Pferdeomnibuslinie — mit nur drei Wagen zwischen Alexanderplatz und Potsdamer Bahnhof — als noch bescheidenes Vorseignal eines künftigen Massenverkehrs in Betrieb genommen wurde. Nicht nur der private Rhythmus des Berliner Lebens hatte sich so durch die geduldige Arbeit der Generation von 1815 bis 1830 in der Tiefe verändert. Damit war auch eine Verschiebung der politischen und sozialen Gewichtsverteilung in Vorbereitung, die seit 1830 und 1840 von der bürgerlichen Seite her eine erste Welle der Politisierung Berlins auslöste.

Die Provinz Brandenburg hat diese Epoche unter den gleichen einschränkenden Bedingungen erlebt wie die Hauptstadt, die immer deutlicher ihren besonderen Entwicklungsgang einschlug. Sie ist mit Ber-

lin dauernd nur in einem, freilich gewichtigen Punkte verbunden geblieben: beide gemeinsam werden von der militärischen Organisation des neuen Heeres, der allgemeinen Dienstpflicht, umspannt, der jetzt zum ersten Male die Bürger der Hauptstadt ebenso unterworfen waren wie die vor allem ländliche Bevölkerung der Provinz. Beide füllten die Reihen des in Berlin und Potsdam stehenden Gardekorps und des zweiten Armeekorps, das ebenso wie die Elite der Garde zu den Kerntruppen der Monarchie gehörte, wobei allerdings in Berlin das Polizeipräsidium, nicht die Gemeinde, die Führung der Rekrutierungsstammrolle behielt.

Schon die 1815 vollzogene Organisation der Provinz, der der ehrwürdige Name der *Mark* Brandenburg weichen mußte, bedeutete aber einen tiefen Einschnitt gegen eine jahrhundertealte Tradition. Die jetzt durchgeführte rationalisierte Organisationsform der preußischen Provinzen hatte vor allem zur Folge, daß die Verbindung mit der Altmark westlich der Elbe, die als bindendes Glied der neuen Provinz Sachsen zugewiesen wurde, gelöst wurde, so sehr die Stände gegen diesen Eingriff protestierten. Dafür wurde die Provinz vor allem durch die sächsische Niederlausitz erweitert, ein Wandel, der auch hier in der Bevölkerung zunächst eine tiefgewurzelte Anhänglichkeit an die überlieferte Zugehörigkeit zu Sachsen und der Dynastie der Wettiner begegnete, obwohl man sich schließlich doch schweren Herzens in das Unabänderliche fügte. In der bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts noch ganz überwiegend agrarischen Landschaft hat die preußische Monarchie durch schonende Behandlung bestehender Zustände, bald auch durch sachliche Leistungen, so auf dem Gebiete des Schulwesens, ebenso eine Beruhigung erreicht wie durch das Zugeständnis, daß wenigstens im ständischen Rahmen die Überlieferung des Markgrafentums Niederlausitz pietätvoll erhalten wurde. Auch die Anpassung an die preußische Reformgesetzgebung der Epoche ist nur sehr vorsichtig und langsam vollzogen worden. Die persönliche Erbuntertänigkeit wurde erst 1819 aufgehoben, das Regulierungsedikt von 1811 nicht vor 1821 in Kraft gesetzt. Erst der Abschluß der preußischen Agrarreform 1850 wurde dann in der Niederlausitz in gleichem Zuge mit der Gesamtmonarchie durchgeführt, jetzt freilich schon durch einen preußischen Ministerpräsidenten, den Freiherrn Otto v. Manteuffel, der selbst ein Sohn der Niederlausitz war. Sehr zögernd ging man auch mit der Einführung der Steinschen Städteordnung von 1808 vor, die erst in der bereits rückwärts redigierten Gestalt der Städteordnung von 1831 erfolgte. Die 1825 sehr schonend geregelte Verfassung der Kreistage und der Kreis-

verwaltungen mußte nicht einmal dem Gesetz von 1850 weichen, und auch die Zunftherrlichkeit blieb in der Niederlausitz bis 1845 erhalten, da daß Hardenbergsche Edikt über die Gewerbefreiheit in ihr zunächst nicht zur Anwendung gebracht wurde.

So sehr hier die Eigenart eines neu erworbenen Gebietes, mit sehr viel besserem Erfolg als etwa am Rhein, in einer Landschaft betont wurde, deren ganzer Charakter dem Wesen der benachbarten östlichen Kernprovinzen des preußischen Staates homogen war, so einschneidend waren die Folgen, die Gebietsverlust und Gebietserweiterung für die Provinz Brandenburg im Ganzen hatten. Ihre Organisation war schon seit 1806 Gegenstand ständiger Auseinandersetzungen zwischen den reformgeneigten und den konservativen Elementen der hohen Bürokratie, kam aber doch mit dem Ende der Kriegsperiode erst zum Zuge. Die Einzelheiten sind dadurch bestimmt worden, daß das in diesen Jahren schwer betroffene Potsdam Kompensationen zu seinen Gunsten auf Kosten des es immer stärker überflügelnden Berlin, Frankfurt ebenso Entschädigung für den Verlust seiner Universität verlangten und erhielten. Potsdam, nicht die Hauptstadt selbst, wurde dadurch zum Sitz des Oberpräsidenten, Potsdam und Frankfurt zu den Vororten der beiden Regierungsbezirke gewählt. Selbst angesehene Mitarbeiter Steins wie der spätere Oberpräsident Westfalens, Vincke, haben gefürchtet, daß das demoralisierende Leben der großen Stadt die Arbeit den jungen Beamten zur Nebensache machen könne, und sind daher für Potsdam als Sitz der kurmärkischen Regierung eingetreten. Durch das Gesetz vom 23. 4. 1815 ist dann die Kurmark, Neumark und Niederlausitz zusammenfassende Provinz Brandenburg geschaffen worden. Frankfurt wurde zum Sitz des zweiten, Neumark und Niederlausitz einschließenden Regierungsbezirkes.

Diese Regelung hat sich auf die Entwicklung Berlins bis in den Anfang des 20. Jahrhunderts hinein um so hemmender ausgewirkt, als sein städtisches Weichbild in der Hauptsache auf den Ring der Zollmauer des 18. Jahrhunderts in ihrer Ausdehnung von nur 14 km beschränkt wurde. Die Folge war, daß die langsam der ersten Million von Einwohnern entgegenwachsende Hauptstadt nicht vor 1860 ihre erste größere Erweiterung erfahren hat. Auch wenn nach dem Nachweis Ernst Kaebers diese Regelung nicht so ungünstig und vor allem nicht so juristisch bestreitbar war, wie seine Vorgänger in der Forschung angenommen hatten, trug sie doch dem Raumbedürfnis der Hauptstadt wie der Notwendigkeit ihres rechtzeitigen und organischen Hineinwachsens in die sie umgebenden Teile der Provinz, die Landkreise Teltow und

Niederbarnim, so wenig Rechnung, daß diese Lösung im Kreise der Bürokratie von 1816—1821 eine Maßnahme auslöste, die Konstituierung der Hauptstadt als eines besonderen Regierungsbezirkes. Diese Lösung bot sich auch deswegen an, weil der Polizeibezirk Berlin stets eine die Stadtmauern überschreitende größere Ausdehnung besaß. Die Abgrenzung dieses dritten Regierungsbezirks entspricht schon fast der späteren Ausdehnung des modernen „Großberlin“ nach dem Gesetz von 1920. Aber dieser Regierungsbezirk, unter dem bisherigen staatlichen Polizeipräsidenten Le Coq, hat in stetem Konflikt mit dem Widerspruch des Potsdamer Regierungspräsidenten nur bis 1821 bestanden. Die Regelung wurde schon nach fünf Jahren als entbehrlich und angeblich zu kostspielig wieder preisgegeben, wohl vor allem, weil sich in der Provinz inzwischen eine scharfe Opposition der Landkreise mit ihren konservativ-agrarischen Interessen gegen die von der Steinschen Städteordnung ursprünglich vorgesehene Ausdehnung der Stadtkreise, die von 1821 bis 1826 allgemein aufgelöst wurden, entwickelt hatte. Dem Problem des Verhältnisses der Provinz zu Berlin ist man dadurch so wenig gerecht geworden, daß man von 1876 bis 1920 dauernd, aber vergeblich nach einer Lösung gesucht hat. Sie scheiterte noch während der ganzen Dauer des Bismarckreiches daran, daß inzwischen die Spannungen zwischen der modern gewordenen Hauptstadt und der überwiegend konservativen preußischen Verwaltung sowie einer stets konservativen Provinz immer größer geworden waren.

Schon bei der Organisation der Kreise in der Provinz Brandenburg setzte sich die geschichtliche Tradition gegen den Wunsch der Reformer durch, kleine übersichtliche Kreise anstelle der für eine nicht kostspielige und persönliche Verwaltung durch den Landrat ihrer Ansicht nach viel zu großen historischen Kreise zu schaffen. Die Einteilung von 1815 brachte nur „leichte Veränderungen des Alten“. Ein Votum Schuckmanns vom 26. 11. 1815 protestierte vergeblich, daß die Hälfte dieser Kreise das zulässige Höchstmaß um 50 % überschreite. Es war „der letzte — vergebliche — Sturmhauf der Reformer gegen die althistorischen Kreise der Mark“, gegen den Friedrich Wilhelm III. persönlich die Entscheidung gefällt hatte. Noch stärker wurde die konservative Entwicklung der Provinz durch die Anwendung bestimmt, die dem Gesetz des Jahres 1823 über die Errichtung der Provinzialstände in ihr gegeben wurde. Die beginnende Reaktion konnte hier einen entscheidenden Sieg für die Neukonsolidierung der noch bestehenden Reste der ständischen Traditionen erringen, deren Träger seit 1815 alles getan hatten, den Einbruch einer neuen Zeit in die Welt der alten Mark Bran-

denburg zu begrenzen. Aufbauend auf die alte Gliederung in Kurmark, Neumark und Markgraftum Niederlausitz, wurde ein Provinziallandtag geschaffen, der alles aufbot, die überlieferte Stellung von Adel und Rittergutsbesitz in dem neuen Rahmen nicht nur aufrechtzuerhalten. Schon auf seiner zweiten Tagung 1827 hat diese Schicht nicht mehr und nicht weniger als die Rückkehr zu den geschichtlichen Provinz- und Kreistagen gefordert, durch die das organisatorische Werk der Verwaltungsreform radikal zerstört worden wäre. Auch wenn diese durch alle Ressorts der staatlichen Verwaltung gleichmäßig abgelehnte Forderung erfolgreich durchkreuzt wurde, blieb doch eine Zusammensetzung des Provinziallandtages wie der Kreistage bestehen, die trotz ihrer im wesentlichen nur beratenden Rolle bis tief in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts eine ernste Hemmung für die Entwicklungsfähigkeit der Provinz bedeutete und eine Garantie dafür bot, daß Berlin als Tagungsort der Stände nicht zur Gefahr für ihren Charakter werden konnte. Der erste Stand der Herren und Ritter verfügte mit 34 der 68 Stimmen über die gleiche Stärke wie die Städte mit 22 Stimmen und der dritte Stand (übrige Gutsbesitzer, Erbpächter und Bauern) mit nur 12 zusammen, bei denen durch die Kompliziertheit des Wahlverfahrens ebenfalls gründlich für ein konservatives Ergebnis der Auswahl gesorgt war. Berlin mit seinen jetzt über 200 000 Seelen in einer Provinz mit wenig über eine Million Einwohnern hatte in diesen Provinziallandtag nur drei Vertreter zu entsenden.

Politisch und sozial ist damit das tiefgehende Stilleben der Provinz bis zu der erst nach der Bismarckschen Reichsgründung in den siebziger Jahren erfolgenden Reform der Provinzial- und der Kreisordnungen bestimmt worden. Für diese Tendenz ist schon die Probe der Beseitigung der Stadtkreise bezeichnend gewesen. Wie tief die konservative Verteidigung des Bestehenden wurzelte, wird dadurch beleuchtet, daß der Adel der Mark noch auf dem 14. Provinziallandtage von 1861 sich der Krönung Wilhelms I. in Königsberg widersetzte und, ehe er die zwölf Vertreter der märkischen Stände dorthin entsendete, erreichte, daß der historische Anspruch der märkischen Stände auf das Recht der Erbhuldigung noch einmal förmlich anerkannt wurde. Dieses ebenso in echter Pietät gegen eine lange Geschichte wie in zäher Verteidigung nicht mehr haltbarer Privilegien wurzelnde Traditionsgefühl hat sicher auch verdienstliche Folgen gehabt. Die Provinzialstände haben sich durch Jahrzehnte ehrlich bemüht, eine abschließende Redaktion des märkischen Provinzialrechtes zustande zu bringen, und beugten sich auch nach anfänglichem Widerstreben der Notwendigkeit, es ausgleichend mit den Provin-

zialrechten der Neumark und Niederlausitz zusammenzufassen. Sie haben das Verdienst, dafür den besten Kenner des märkischen Urkundenwesens, den unermüdlichen Riedel, herangezogen und ihn dadurch gefördert zu haben. Das Ergebnis einer zweiten Bearbeitung, die endlich 1854 (!) vorlag, war jedoch so kompliziert, daß es nur auf Sondergebieten, so dem der Neuordnung der kirchlichen Verwaltung, wirklich in das Leben des Jahrhunderts eingreifende Bedeutung erlangt hat. Selbst der alte Lehnsverband blieb bis zur preußischen Verfassung von 1850 bestehen. Er hat dann nach 1852 (Umwandlung der noch bestehenden Lehen in freies Eigentum) in der neuen Form der Fideikommisses doch wieder dem gleichen Ziel und Ergebnis, der Befestigung des „alten“ Großgrundbesitzes, gedient. Hans Rosenberg hat nachgewiesen, daß angesichts der Durchdringung des Rittergutsbesitzes mit bürgerlich-kapitalistischem Erwerbsstreben dem Eindringen bürgerlicher Kreise in diese Schicht nicht Einhalt geboten werden konnte. Schon 1856 waren in ganz Preußen von 12 339 ritter- und kreistagsfähigen Gütern nur noch 7023 im Besitz adliger Familien, weil schon die Jahrzehnte bis 1840 den Übergang zu modernen Formen einer rationalen Landwirtschaft unvermeidlich und die alte patriarchalische Überlieferung des Großgrundbesitzes weitgehend unhaltbar gemacht haben. Damit wird nur bestätigt, daß diese verspätete Abwehr einer neuen Zeit in ihren Folgen doch auch für die eigenen Träger im Grunde verhängnisvoll gewesen ist.

Auch konservative Historiker mit entschiedener Sympathie für die Erhaltung jeder noch lebensfähigen Tradition haben nicht bestreiten können, daß die Verhandlungen der Provinzialstände bis zur Bismarckschen Reform in den siebziger Jahren überwiegend vom Geiste der „Enge und Kleinlichkeit“ (F. Holtze) geprägt waren. Diese Stände haben sich unleugbare Verdienste um die Pflege der märkischen Geschichtsforschung erworben, die sie nachhaltig unterstützten und der sie in ihrem Berliner Ständehaus den Raum für eine eigene wertvolle Bibliothek zur Verfügung stellten. Aber es ist auch ebenso bezeichnend, daß die Revolution von 1848 in der Provinz Brandenburg eigentlich nirgends Sympathie erweckte und in der unmittelbaren Umgebung Berlins sogar fast durchweg auf jene feindliche Abwehr stieß, die das Eintreten des heißspornigen jungen Bismarck für einen von Potsdam ausgehenden Feldzug gegen die Berliner Erhebung des 18. März immerhin begreiflich macht.

Da der Chausseebau Preußens seit 1817 und wieder seit 1838 die Anlage der von Berlin ausstrahlenden Eisenbahnen wesentlich auf die Hauptstadt berechnet waren, hat die Provinz davon verhältnismäßig langsam eigenen Gewinn gezogen. Es ist bezeichnend, daß die Nieder-

lausitz erst durch die Fürsprache des Kronprinzen Friedrich Wilhelm (IV.) erreichte, daß die von Berlin nach Cottbus führende Chaussee 1843/44 als Staatsstraße ausgebaut wurde. Die Provinz Brandenburg selbst hat sich vor 1876 kaum aktiv in den Ausbau ihres Straßen- und Kleinbahnnetzes einzuschalten verstanden.

Trotzdem ist nicht zu verkennen, daß eigene gediegene Arbeit, vor allem im Dienste der das Leben der Provinz beherrschenden Landwirtschaft, aber auch das Gewicht Berlins als großes Absatzzentrum für deren Produkte, zum Teil schließlich auch die Umlagerung ganzer älterer Gewerbezüge von Berlin in die Provinz für die bleibende Lebenskraft dieser Kernlandschaft des preußischen Staates sprechen, die gleichzeitig unablässig ihren Bevölkerungsüberschuß an die große Zentrale abgab. Die Provinz Brandenburg, 1816 mit einer Bevölkerung von wenig über 1 Mill. Einwohnern, hat mit einer guten Verdoppelung dieser Zahl bis 1875 die zweite Million (2 159 553) überschritten, ist erst dann bis 1900 (3 108 554) im Vergleich zu dem nun lawinenartig beschleunigten Wachstum der Hauptstadt langsam, aber unverkennbar erlahmt, ehe sie durch die Ausgliederung der Berliner Randgebiete (1925: 2 445 627 Einwohner) zurückgeworfen wurde. Auch in ihr führte die Agrarreform dazu, daß der Großgrundbesitz gewann, die Zahl der kleinen Bauern zurückging und schließlich auch die Zahl der unter freiem Arbeitsvertrag arbeitenden Tagelöhner im Verhältnis zu der allgemeinen Bevölkerungszahl nicht bloß stagnierte, sondern relativ sogar zurückging, so daß die Verwendung ausländischer Saisonarbeiter auch hier notwendig wurde.

Umgekehrt war der Großgrundbesitz in der Provinz Brandenburg Hauptträger der notwendigen Intensivierung der Landwirtschaft durch stärkere Düngung, Durchführung von Meliorationen und Überwindung der überlieferten Dreifelderwirtschaft. Albrecht Thaer hat, ehe er als Professor nach Berlin ging, schon 1806 im Oderbruch in Möglin die erste landwirtschaftliche Fachschule gegründet. Die Zuckerrübenindustrie konnte eine glänzende Entwicklung nehmen, der Tabakbau in der Uckermark, dem Fläming und der Niederlausitz Boden gewinnen. Für die Ausdehnung und Verfeinerung von Obst-, Gemüse und Gartenbau gewannen die steigenden Ansprüche des Berliner Marktes ebenso entscheidende Bedeutung wie für die Entwicklung der Viehzucht, die dauernder Hauptlieferant für die werdende Millionenstadt Berlin blieb. Die Fischerei erfuhr dagegen im Laufe des 19. Jahrhunderts zunächst schwere Rückschläge, die nur mühsam durch mehr wissenschaftlich begründete Methoden der Aufzucht aufgefangen wurden. Der Übergang in die Friedensepoche brachte zunächst eine bis zum Jahre 1825 dau-

ernde schwere Krise, der dann erst ein ebenfalls nicht unbedenkliches Steigen der Güterpreise folgte. Obwohl der historisch so bedeutsame Getreideexport der Mark, vor allem nach England, mit der Kontinental-sperre Napoleons zu Ende gegangen war, blieben auf dem überwiegend kargen Boden der Provinz dauernd Roggen und Gerste trotz immer neuer Wellen tiefgreifender Preisschwankungen die Hauptgegenstände der Tätigkeit des Großgrundbesitzes.

Nur in begrenztem Ausmaß hat die Provinz an dem Prozeß der Industrialisierung teilgenommen, der für die Hauptstadt eine mehr und mehr so beherrschende Rolle gespielt hat. Selbst Potsdam, schließlich ihre einzige Großstadt neben Berlin, war zunächst noch vornehmlich Behördenstadt, in der 1836 schon 17 Behörden — Zivilverwaltung, Justiz und Militär — ihren Sitz hatten. Hof und Offizierskorps bildeten die gesellschaftliche Oberschicht einer Stadt, in der noch vor 1914 jeder achte Einwohner ein Soldat war, obwohl man mit gewerblichen Ausstellungen schon in den vierziger Jahren begann. Wohl wanderten auch schon in der ersten Jahrhunderthälfte manche agrarorientierte Gewerbebezüge von Berlin in die Provinz aus: Zuckersiederei und -brennerei wurden zu typischen Arbeitsgebieten des Großgrundbesitzes. Aber diesen Weg gingen auch Weberei und Spinnerei, Ziegel- und Kalkbrennerei besonders an der Havel und in der Nähe der jetzt ganz staatlichen Rüdersdorfer Kalkbrüche, denen eine für die Bauten der modernen Großstadt Berlin noch zukunftsreiche, große Entwicklung bevorstand. Diese Gewerbe wanderten den zahlreichen, freien Arbeitskräften der Provinz, ihren niedrigen Löhnen und billigen Mieten nach und wandten sich nach Orten wie Luckenwalde, Bernau, Nowawes und Brandenburg, aber auch nach der Lausitz mit Spremberg, Forst und vor allem Cottbus, wo allerdings der Prozeß der Mechanisierung nur langsam fortschritt, so daß größere Dimensionen von industriellem Typus meist erst in der zweiten Jahrhunderthälfte erreicht wurden.

Mit der Ausnahme des schon nach 1830 einsetzenden Baues landwirtschaftlicher Maschinen folgte die Metallindustrie in größerem Maßstabe erst nach der Reichsgründung. Die Geschichte der berühmten feinoptischen Industrie in Rathenow beginnt allerdings bereits mit der Königlich Privilegierten Optischen Industrieanstalt von 1801, deren Vorbild bald private Unternehmungen folgten. Diese Industrialisierung begann schon 1847, mit dem Einsatz der ersten Dampfmaschine ihren ursprünglich ganz handwerklichen Charakter zu modernisieren.

Trotz dieser Differenz von Schnelligkeit und Charakter der Entwicklung hat die führende gesellschaftliche Schicht der Provinz, der Adel

auf seinen Gütern, doch in achtenswertem Umfang an der künstlerischen Entwicklung teilgenommen, die dem Berlin dieser Biedermeierzeit den Stempel einer materiell begrenzten, aber vornehmen und echten Kultur aufprägte. Der selbst in Neuruppin geborene Friedrich Schinkel (1781 bis 1841) ist an zahlreichen Adelshäusern und Kirchenbauten auch der Mark Brandenburg beteiligt gewesen. Seine Bauten für die v. d. Marwitz in Friedersdorf, die Flemmings in Buckow, das Neuhardenberg des Staatskanzlers gehören dazu, ebenso wie die Sommersitze, die er für die Mitglieder der Dynastie in der nächsten Umgebung von Berlin und Potsdam errichtete. Mit der Romantik Caspar David Friedrichs und dem 1822 aus dem heimatlichen Cottbus nach Berlin kommenden Karl Blechen begann, wie wir sahen, auch schon der Sinn für die märkische Landschaft zu erwachen, die ja im Reichtum ihrer Wälder und fast noch mehr ihrer Flüsse und Seen von der Natur eine spät gewürdigte, aber besonders reiche Ausstattung erhalten hatte. Das gleiche wie für Schinkel gilt für den genialen Schöpfer des Tiergartens, den geborenen Bonner Peter Joseph Lenné, der auf zahlreichen Herrnsitzen der Mark jene Flur, Wald und Wiese verschmelzenden Parkanlagen schuf, in denen die sparsame Natur dieses Landstriches, künstlerisch aus der Not eine Tugend von bleibender Wirkung machend, Zeugnis dafür ablegte, daß bei allen Unterschieden des Entwicklungstempos der innere Zusammenhalt des Landes fortbestand. Die gewaltsame Trennung seit 1945 von diesen Kostbarkeiten einer geschichtlich gewachsenen Einheit hat Wunden hinterlassen, deren Schmerz sich mildert, wenn das Unvergeßliche bewahrt und überliefert werden kann.

Das letzte Jahrzehnt Friedrich Wilhelms III. und die ersten Regierungsjahre Friedrich Wilhelms IV. bis 1848 machen in der Geschichte Berlins Epoche. Sie beendeten das von Restauration und Reaktion erzwungene politische Stilleben der preußischen Hauptstadt und lösten, im Zuge einer allgemeinen deutschen Entwicklung fortschreitend, ein politisches Interesse und eine politische Bewegung aus, deren letzte Steigerung in Berlin die dramatischen Ereignisse der Revolution von 1848 geworden sind. Die städtische Selbstverwaltung, seit 1831 unter der schroffen, schon 1834 durch den Konflikt mit Magistrat und Stadtverordneten beendeten Verwaltung des Oberbürgermeisters Friedrich v. Baerensprung, eines geborenen Berliners und Schülers des Grauen Klosters, seit 1834, mit einer Unterbrechung von 1848—1850 bis 1863 unter dem konzilianteren Juristen Wilhelm Krausnick, hat freilich in diesem Prozeß eine bescheidene Rolle gespielt. Es blieb dabei, daß nur ein sehr geringer Bruchteil der Bevölkerung Wahlrecht und aktives Bürgerrecht,

ein noch viel kleinerer, an erhöhten Zensus gebundener Teil auch das passive Wahlrecht besaß. Die Zahl der Bürger stieg zwar von 13 650 im Jahre 1830 auf 1840: 18 700 und 1850: 27 000. Da die Bevölkerung Berlins in der gleichen Zeit von 1831: 201 138 auf 1847: 403 586 anwuchs, bedeutete das nur, daß 1830 der zwanzigste, 1840 der achtzehnte und 1850 gar der vierzehnte Teil der Bevölkerung, bis zuletzt nicht mehr als etwa der vierte Teil der Familien der Einwohnerschaft in diesem ausgesprochenen Honoratiorensystem mitspielen konnte. Die materielle Aufgabe der städtischen Verwaltung wurde dagegen durch das stetige Steigen der Steuereinnahmen — im Gegensatz zum Einkommen aus der früher so bedeutenden Kämmererverwaltung — seit dem Ausgleich von 1838 mit dem Staate spürbar leichter. Die Erträge der Haus- und Mietsteuer sowie der Anteil der Stadt an der staatlichen Schlacht-, Mahl- und Braumalzsteuer steigerten sich, wesentlich durch das Wachsen der Einwohnerzahl, von 375 000 Talern (1830) bis 1860 auf über 1 Million, während eine 1830 eingeführte Hundesteuer schon damals eine Verminderung dieser Lieblinge der Berliner bewirken sollte, die sich trotzdem von 6000 auf 11 000 (1860) vermehrten. Im ganzen stellten die vierziger Jahre eine jener in der Geschichte Berlins seltenen Episoden relativer finanzieller Entspannung dar, die es z. B. ermöglichte, daß die Stadt 1840 mit der Anlage des Friedrichshains sich zum ersten Male an eine größere Park- und Grünflächenanlage wagte.

Politisch blieb es jedoch mit kurzen Episoden der Hoffnung auf Lockerung des Druckes von oben, 1830 durch die Julirevolution, seit 1840 durch den Thronwechsel, dabei, daß die preußische Regierung das kühne Experiment der Steinschen Städteordnung zwar nicht verleugnete, wohl aber fortschreitend bemüht war, ihm enge Zügel anzulegen. Die revidierte Städteordnung von 1831, die vor allem die Rechte des Magistrats verstärkte und seine Eigenschaft als Stadtobrigkeit stärker betonte, überließ allerdings ihre Einführung anstelle des Steinschen Gesetzes von 1808 den Städten selbst. Sie gelangte in Berlin nicht zur Anwendung, da die Berliner Stadtbehörden keinen dahingehenden Antrag stellten. Da aber die Unbestimmtheit der Beziehungen zwischen Magistrat und Stadtverordneten eine bestimmende Rolle in den erbitterten Konflikten spielte, in die seit 1832 v. Baerensprung mit dem ebenso schroffen Bürgermeister Rehfeld und dadurch auch mit Magistrat und Stadtverordneten geriet, wurde von beiden Seiten her der Regierung Amt und Stellung des Schiedsrichters förmlich zugeschoben. Das Ergebnis war 1834, beim Ausscheiden Baerensprungs, ein Regulativ über das „Geschäftsverfahren für den Magistrat von Berlin“, das zu dem gleichen Ergebnis

führte wie die revidierte Städteordnung von 1831: der Oberbürgermeister wurde fortan zum unmittelbaren Vorgesetzten des Magistrates und seiner Beamten bestimmt, die Steinsche Regelung, nach der er mehr ein *primus inter pares* war, damit auch für Berlin außer Kraft gesetzt. Für die vorsichtige Scheu dieser Honoratiorenversammlung der Stadtverordneten ist es überaus bezeichnend, daß sie aus Sparsamkeit tief mißtrauisch gegen die sachlich immer erwünschtere Erweiterung des Weichbildes, der Grenze des Stadtgebietes, war, weil die Regierung eine solche nicht nur im Süden, sondern nur zugleich für die armen Ansiedlungen im Nordwesten Berlins vornehmen wollte. Es dauerte daher bis 1861, ehe in dieser Richtung ein wesentlicher Fortschritt erreicht wurde. Ebenso charakteristisch sind die Gründe, aus denen die Öffentlichkeit der Stadtverordnetensitzungen erst 1847 am Vorabend der Revolution — im Jahre des Vereinigten Landtages — erreicht wurde. Diese von dem Kreis der Wähler schon 1822 vertretene Forderung scheiterte wiederholt am Widerstand der Stadtverordneten. Erst 1843 entschieden sie sich für eine begrenzte Öffentlichkeit — Anwesenheitsrecht der Minderheit stimmberechtigter Bürger —; erst seit 1845 setzten sie sich, nun mit schnell steigendem Nachdruck, für das Zugeständnis einer wirklichen Öffentlichkeit der Sitzungen ein und kapitulierten damit vor einer übermächtig gewordenen liberalen Forderung.

Ebenso sträubten sich die Stadtverordneten lange gegen die Anwesenheit von Kommissaren des Magistrates in ihren Sitzungen, da sie durch überlegene Sachkenntnis übermäßigen Einfluß erlangen und dadurch das Vertrauen der Bürger in ihre gewählten Vertreter gefährden würden. Wenn also die Statistik der Wahlbeteiligung für den Kreis der Stimmberechtigten eine Teilnahme von 60—72 0/0, wesentlich mehr als später unter der Herrschaft des Dreiklassenwahlrechtes, aufweist, so darf nicht übersehen werden, daß dies nur für den Kreis einer sehr begrenzten Schicht der Berechtigten aus dem besitzenden Bürgertum gültig ist. Im ganzen bereitet sich in dieser Zeit von 1830—1848 schon jene Lage der Revolutionsjahre vor, in deren ersten Krisenmonaten Magistrat und Stadtverordnete sich zwar zum Sprachrohr unwiderstehlich gewordener politischer Forderungen machten, aber doch stets bemüht blieben, eine vermittelnde Rolle zwischen Anhängern und Gegnern der Revolution zu wahren. Die Organe der Selbstverwaltung spiegeln im Grunde sehr genau jene Stimmung zwischen den Lagern, die eine kluge Frau, Hedwig v. Olfers, die Tochter Staegemanns, nach den Märztagen 1848 dahin zum Ausdruck brachte, sie sei zwar „in liberaler Schule aufgewachsen“; „so aber war es nicht gemeint, daß die Ehrfurcht, die heiße

Liebe zu unserem großen Fürstenhaus mit Füßen getreten werden sollte.“

Dabei melden sich auch über eine nur bürgerlich-liberale Opposition hinaus in diesem Zeitraum immer wieder warnende Signale an, daß das soziale Fundament des bestehenden Zustandes durch das Wachstum der Stadt und das langsame Vordringen der Industrialisierung fragwürdig wurde. Es mußte ein Preis dafür gezahlt werden, daß man, etwas vorzeitig, schon 1840 glaubte, triumphieren zu können, Berlin sei im Begriff, Weltstadt zu werden. Im Grunde waren die gelegentlichen Unruhen, die Monarchie und Bürokratie so erregt und besorgt machten, noch nicht einmal die gefährlichsten Symptome und nur dadurch bedenklich, daß Massendemonstrationen nicht mit 30 Gendarmen bewältigt werden konnten und daher 1830, 1835 sowie 1847 den Einsatz der Garnison notwendig machten. Nur endeten sie dadurch regelmäßig mit einer an die Fundamente dieses Staatswesens gehenden Verstimmung und schließlich Verbitterung zwischen den unteren Bevölkerungsschichten und der Armee, vor allem den stolzen Kavallerieregimentern der Garde. Tatsächlich war die sogenannte „Schneiderrevolution“ von 1830 eine unpolitische Bewegung, durch die Gesellen und Lehrlinge eine Besserung ihrer schlechten Lage erreichen wollten. Noch anekdotischer war die „Feuerwerksrevolution“ von 1835, als das beim Königsgeburtstag übliche Feuerwerk gegen Abend stärker als sonst zum Schießen in den Straßen führte und das Militär erneut eingesetzt wurde. Militärpatrouillen mußten nach diesem 3. August noch bis zum 5. August eingesetzt werden.

Erst die aus der Erregung über Lebensmittelmangel und Teuerung des Jahres 1847 hervorgehende „Kartoffelrevolution“ trägt ernstere Züge und gehört in ihrem Verlauf wie vor allem in ihren Folgen unmittelbar in die Vorgeschichte der Märzrevolution des folgenden Jahres. Die Unruhen, die am 21. April 1847 auf dem Wochenmarkt über die Steigerung der Kartoffelpreise ausbrachen, führten schließlich am Abend zum Aufgebot der ganzen 12—15 000 Mann starken Garnison unter dem Kommandeur des Gardekorps, Generalleutnant v. Prittwitz, dem Schicksalsmann auch des 18. und 19. März 1848. Immerhin mußte von der Schußwaffe noch nicht Gebrauch gemacht werden. Der jetzt schon gemachte Vorschlag des Magistrates, Schutzwachen freiwilliger Bürger mit weißer Armbinde und starken Stäben zum Schutz von Person und Eigentum einzusetzen, wurde 1847 von der Regierung noch entschieden abgelehnt. Die Ereignisse von 1848 lassen zweifeln, ob der Erfolg dieses Schrittes ein Jahr zuvor durchschlagender gewesen wäre. Jetzt konnte aber nicht mehr bestritten werden, daß die eigentliche Ursache des Konfliktes in ernster

sozialer Unzufriedenheit breiter Schichten bestand, mit denen auch das „Bürgertum“ zum Teil sympathisierte. Die Unruhen dauerten fast drei Tage, führten zu über zweihundert Verhaftungen, rund 100 Prozessen und 87 Verurteilungen, so daß ernsthaft verbitternde Folgen nicht ausbleiben konnten.

Diese haben ihr tieferes Fundament darin, daß die 400 000 Einwohner zählende Stadt inzwischen begann, ein Vorspiel des sozialen Problems in modernem Sinne zu erleben. Denn mochten auch nach wie vor die Grenzen zwischen Handwerk und Industriearbeitertum fließend bleiben, so bestand doch jetzt jedenfalls eine breite Schicht, deren Lebensverhältnisse die echten Züge eines bitter um seine tägliche Existenz kämpfenden Proletariates aufwiesen, so daß sich bereits eine scharfe Trennung zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden abzuzeichnen begann. Ihr deutlichstes Symptom ist vielleicht eine schrittweise spürbare, statistisch noch begrenzte, aber an einzelnen Punkten bereits nicht mehr übersehbare Verschlechterung der Wohnungsverhältnisse für die unbemittelten Schichten. Auch wenn die Zahl der Häuser (1840: 7730 auf 331 663 Einwohner; 1850: 8725 auf 417 665) noch einigermaßen mit dem Anwachsen der Bevölkerung Schritt hielt, bedeutete das im Durchschnitt für das einzelne Grundstück schon eine Steigerung der Bewohnerzahl von 43 auf 48 Köpfe. Die Anzahl der leer stehenden Wohnungen betrug im Durchschnitt dauernd nur anderthalb Prozent der bewohnten Wohnungen. Seit 1830 war ein ständiges Ansteigen der Mietpreise festzustellen. Eine planmäßige Entspannung war schon durch die ängstliche Begrenzung des städtischen Weichbildes auf das äußerste erschwert, auch wenn die großen neuen Fabriken, vor allem das 1837 begründete Unternehmen August Borsigs, aus dem 1841 die erste Lokomotive hervorging, bereits begannen, vor das Oranienburger Tor zu gehen. Alle karitativen Abwehrversuche, so des 1854 begründeten „Zentralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen“, waren der Lösung der hier gestellten Aufgaben in keiner Weise gewachsen. Schon bildeten sich im sogenannten „Voigtlande“ vor dem Hamburger Tore Massenquartiere heraus, deren Zustände sich mehr und mehr dem Elend wirklicher Slums annäherten, so daß die warmherzige Bettina v. Arnim — „Dies Buch gehört dem Könige“ — bereits 1843 leidenschaftlich an Friedrich Wilhelm IV. appellierte. Gewiß waren die Notleidenden gerade nicht die etwa 4000 Maschinenbauer, die vor allem bei Borsig beschäftigt waren, sondern die durch die Krise des einst in Berlin blühenden Textilgewerbes in die Räder des beginnenden Industrialisierungsprozesses geratenen heimarbeitenden Weber, unter denen Frauen- und Kinderarbeit bereits bedenkliche Aus-

maße anahm. Das gleiche gilt für die von der beginnenden Maschinenproduktion bedrohten kleinen Handwerksmeister. Aber handelt es sich in diesem Sinne nach der Feststellung Ernst Kaebers noch mehr um eine Handwerker- als eine Arbeiterfrage, so beruhte sie doch auf den Anfängen des Prozesses der Industrialisierung. Noch war die Furcht von Bürokratie und Teilen des Besitzbürgertums vor „kommunistischen“ Wühlereien im Grunde vorzeitig, wenn auch nicht ohne Anlaß. Noch arbeiteten in dem Berliner Handwerkerverein liberale Bürger und die Oberschicht der Gesellen gemeinsam daran, die Bildung und Erziehung dieser Schicht zu heben. Auch der Führer der ersten echten Berliner Arbeiterbewegung im Jahre 1848, Stephan Born, hat hier als junger Setzerlehrling in Berlin begonnen, obwohl die Satzungen politische und religiöse Themen ausdrücklich ausschlossen. Erst seine Wanderungen in der Schweiz, Frankreich und Belgien von 1846—1848 haben ihn dann in Brüssel mit Karl Marx und Friedrich Engels zusammengeführt und dadurch über seine Rolle im Revolutionsjahr entschieden, die wenigstens ein Vorspiel zur Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Revolution darstellen sollte.

Die Vorgeschichte der Revolution von 1848 steht dagegen für Berlin noch ganz überwiegend unter dem Vorzeichen eines konsequenten Anschwellens der bürgerlich-liberalen Opposition, die seit der Julirevolution in Frankreich immer stärker zu einer echten politischen Auflehnung gegen das Bestehende wird. Zwar sind die Impulse der Julirevolution politisch binnen wenigen Jahren noch einmal durch eine Welle verschärfter Reaktionen in Preußen und im deutschen Bund aufgefangen worden, die freilich die Keime des Widerstandes nur vertiefte. Denn schon die dreißiger Jahre sind gerade auf diesem Schauplatz durch deutliche Erscheinungen einer fortschreitenden Radikalisierung bezeichnet. Mit dem Tode Hegels an der 1831 auch Berlin heimsuchenden Cholera-Epidemie begann die Auflösung seiner Schule und der Aufstieg ihres linken Flügels, zu dem Berlin in dem Kreise der Freien von Arnold Ruge, den Gebrüdern Edgar und Bruno Bauer, mit dem beim Anarchismus endenden Max Stirner und mit Friedrich Köppen einen auch durch die Episode der zeitweisen Anwesenheit des jungen Karl Marx in Berlin gewichtigen Beitrag leistet. Die jungdeutsche Bewegung der Literatur hatte in Theodor Mundt einen regen Vertreter und Karl Gutzkow hat die Berliner Atmosphäre dieser Zeit in seinem erst 1850 veröffentlichten Roman über die „Ritter vom Geist“ eingefangen. Wohl sorgt die noch immer allmächtige Zensur dafür, daß in den alten Berliner Zeitungen, der Vossischen und der Spenserschen, Neigung zur Opposition mit Ausnahme der „Eingesandts“ sich

kaum offen hervorwagen konnte. Aber es ist bezeichnend, daß ein Mitarbeiter der Vossischen Zeitung, Willibald Alexis, in seinen historischen Romanen die traditionserfüllte Vergangenheit Berlins und der Mark schilderte, ohne dabei doch seine liberale Grundrichtung jemals zu verleugnen.

Die Regierung des Romantikers auf dem Throne, des als Kronprinz noch durchaus populären Friedrich Wilhelms IV., entfesselte dann seit 1840 durch ihre aufreizende Mischung von gefühlsmäßigem Appell an die Wünsche der Zeit und letzten Endes stets sich gleich bleibender konservativer Ablehnung ihrer dringendsten konkreten Anliegen einen Sturm von Erwartungen und Forderungen, dem er auf die Dauer nicht gewachsen war. Nach dem anfänglichen Taumel der Begeisterung, den auch die berühmte Erbhuldigung Berlins auf dem Schloßplatz am 15. Oktober 1840 auslöste, nach dem Aufatmen über die von ihm gewährte Amnestie, die Ernst Moritz Arndt und dem nach Bonn berufenen Dahlmann zugute kam und das erlauchte Brüderpaar Jacob und Wilhelm Grimm für die Akademie der Wissenschaften gewann, setzte sehr bald die lange Kette der Enttäuschungen ein. Sie begegnete der Wissenschaftspolitik des Königs, der Friedrich Julius Stahl und die gegen Hegel gewandte Philosophie Schellings an der Universität begünstigte. Die schwärmerische persönliche Religiosität Friedrich Wilhelms hatte im Grunde wenig gemeinsam mit der strengen Orthodoxie, die von der theologischen Schule Hengstenbergs vertreten wurde. Sie war aber politisch eng verbunden mit seiner tiefen Überzeugung vom Gottesgnadentum der Monarchie und seinen anachronistischen ständischen Neigungen, so daß sie in dem jetzt bereits gründlich säkularisierten Berlin fast nur auf Skepsis und Ablehnung stieß. Entscheidend kam die wachsende Enttäuschung hinzu, die seine schrittweisen, stets zu spät kommenden Zugeständnisse auf der Bahn zur Erfüllung des königlichen Verfassungsversprechens von 1815 wachrufen mußten. Diese Entwicklung steht auch hinter dem trotz allem Gegenstand fortschreitend lebhafteren Echo, das die Kritik der öffentlichen Meinung ebenso in den populären Zeugnissen des seine „klassische“ Zeit erreichenden Berliner Humors wie in den von Stufe zu Stufe radikaleren Neuerscheinungen in der Welt von Zeitung und Zeitschrift fand. Wie Berlin im Theater der volkstümlichen Figur des Eckenstehers Nante zujubelte, so wurde jetzt eine der bedeutendsten Verkörperungen des Wesens und Empfindens der Stadt, Adolf Glasbrenner, zum Schilderer ihrer unteren Stände in Freuden und Leiden. Die Behörden vermochten seit 1841 seine „Guckkastenbilder“ und seinen „Neuen Reinecke Fuchs“ trotz aller Anstrengungen nicht zu unterdrücken und konnten nicht verhin-

dern, daß er förmlich zum „politischen Erzieher seines geliebten Berlin“ (Ernst Kaeber) wurde. Die steigende Summe der Zündstoffe spiegelte sich vor allem in der Kette der von der Zensur immer wieder unterdrückten, aber immer neu und stets radikaler auftretenden Zeitschriften, die im ganzen doch mehr wagen konnten als die besonders scharf kontrollierte Tagespresse. Sie widerlegten fortschreitend die Klage Theodor Mundts aus dem Jahre 1836: „Berlin könnte etwas sein, aber es ist nichts.“

Noch war die Summe der Loyalität und der Mythos eines eigentlich „liberalen“ Preußens so groß, daß Karl Friedrich Köppens Schrift „Friedrich der Große und seine Widersacher“ 1840 an den neuen König appellierte: „Der Himmel ruht nicht sicherer auf den Schultern des Atlas als Preußen auf der zeitgemäßen Fortentwicklung der Grundsätze Friedrichs des Großen“! Es war die gleiche Mahnung, die dem Historiker der Hohenstaufen, Friedrich v. Raumer, durch seine Akademierede im Jahre 1847 die tiefe Ungnade Friedrich Wilhelms IV. einbrachte. Eine 1841 von den Liberalen Berlins gegründete Monatsschrift, das „Athenäum“ des Franken Karl Riedel, büßte den Versuch, die Gegenwart am Maßstabe der Hegelschen Staatsphilosophie zu messen, auf Grund einer Verschärfung der Zensur sehr bald mit der Unterdrückung. Ihr folgte 1843 als „Monatsschrift für öffentliches Leben“ der „Staat“ des jungen Juristen Theodor Woeninger in dem jungen Verlagshaus von Julius Springer mit einem auch die soziale Not nicht mehr übersehenden Kampf für „einen lebendigen Staat“ mit Öffentlichkeit und Selbstverwaltung, dessen Forderungen schon sehr viel weiter gingen als Friedrich Wilhelms IV. bescheidenes Zugeständnis der „Vereinigten Ausschüsse“ der preußischen Provinziallandtage. Vollends die „Berliner Wespen“ Feodor v. Wehls mit ihren Bosheiten gegen das Stilleben des Berliner Bürgertums wagten es schon, über Friedrich Wilhelm III. als einen „Mann für das Haus, einen Mann wie ein Geheimrat, aber kein Mann für die Geschichte“ zu spotten. Schließlich gründete der von Leipzig und Halle kommende Friedrich Wilhelm Held im Herbst 1845 den „Volksvertreter“, die radikalste Zeitschrift des Berliner Vormärz, die sehr schnell eine Auflage von 16 000 Exemplaren erreichen konnte. Obwohl sie nach dem Urteil des Innenministeriums mehr „moralisches und politisches Gift“ enthielt als alle anderen in Preußen gedruckten Schriften, vermochte er sich durch geschicktes taktisches Lavieren bis zum Ausbruch der Märzrevolution zu behaupten.

So war alles vorbereitet, um dem letzten und größten Experiment der ständischen Politik des Königs, dem Vereinigten Landtag vom 11. 4. 1847, auch in der Hauptstadt ein ebenso erregtes, wie erneut mit poli-

tischer Enttäuschung der liberalen Hoffnungen endendes Interesse zu sichern, das zu der Begleitmusik der „Kartoffelrevolution“ endgültig die politisch wachen Kreise des Bürgertums für die ganz Deutschland in Bewegung bringenden liberalen und nationalen Tendenzen erweckte, während sich, schon durch die Fortdauer der Teuerung, in den breiten Massen des Kleinbürgertums und der unteren Schichten, der abgesunkenen Handwerker und Arbeiter, eine noch gefährlichere und jederzeit zur Entladung bereite Unzufriedenheit ansammelte. Das Jahr, das Friedrich Wilhelm IV. vor dem Entschluß zu weiteren Zugeständnissen verlor, ehe Berlin durch die Nachricht von der Pariser Februarrevolution am 26. 2. 1848, einem Sonntag, erreicht wurde, konnte nun umso weniger eingebracht werden, als es noch bis zum 18. März dauerte, ehe er sich zur Kapitulation vor den nun die Hauptstadt ergreifenden Unruhen bereit fand.

Wenn die deutsche Geschichte seit 1789 immer wieder das Problem der „ausgebliebenen Revolution“ stellt, so bleiben die Tage des 18. und 19. März 1848 ein als Gegengewicht umso bedeutenderes Zeugnis, als sich in Berlin eine bemerkenswert dynamische Ansammlung von Kräften der Unzufriedenheit vollzogen hatte, wenn ihre Entladung auch jetzt erst nach einer ganzen Kette des Versagens durch den König und die seiner im Grunde weichen Natur entsprechende Gruppe seiner obersten Organe ausgelöst worden ist. Wer die eingehenden — vor der Drucklegung stehenden — Zeugnisse prüft, die der Kommandeur des Gardekorps an diesen beiden Tagen, der Generalleutnant v. Prittwitz, zu seiner Verteidigung gesammelt hat, wird sich dem Eindruck nicht entziehen können, daß die Hohenzollernmonarchie gegenüber einer in ihrer Mehrheit noch immer zu traditioneller Loyalität bereiten Bevölkerung vor allem selbst für die blutige Gewaltsamkeit der Barrikadentage verantwortlich gewesen ist. Der Gouverneur Berlins, der eben erst von Posen berufene General v. Pfüel, später auch noch erfolgloser Ministerpräsident des Spätsommers und Herbstes 1848, ist durchaus ein in seiner Stabilität wenig zuverlässiger Mann der Vermittlung und Versöhnung gewesen. Es ehrt ihn persönlich, wenn er erklärte, er sei alt genug und setze sein Leben ein, „wenn ich Bürgerblut wahren kann“. Nur fehlte ihm ganz die Energie, um sich in einer stürmisch bewegten Krise gegen die Massen auf der einen, die konservativen Widerstände und die Person des Königs auf der anderen Seite durchzusetzen. Es stand nicht besser um den als eitel und empfindlich bekannten Polizeipräsidenten v. Minutoli, der wegen der Schwäche der Polizei bei ernststen

Tumulten sofort wieder das Eingreifen der Garnison veranlassen mußte. Aber auch diese war in einer Stärke von etwa 12 000 Mann nach den Erfahrungen des Juli 1830 und Februar 1848 in Paris kaum in der Lage, einen durchgefochtenen Straßenkampf, bei aller Überlegenheit der disziplingebundenen Truppe im einzelnen Zusammenstoß, auf die Dauer mit Sicherheit siegreich zu beenden. Es hat daher bei dem Versagen Friedrich Wilhelms IV. am 19. März eine entscheidende Rolle gespielt, daß v. Prittwitz, am Vormittag des 18. plötzlich wieder mit dem Kommando der Garde betraut, stets überzeugt war, man müsse einen nicht sofort siegreichen Zusammenstoß so schnell wie möglich durch den Abzug aus den Straßen der Großstadt beenden, um zunächst außerhalb Berlins überlegene Kräfte zu einem neuen Vorstoß zu sammeln. Aber auch politisch ist der beste konservative Kopf in der Umgebung des Königs, der Minister des Inneren v. Bodelschwingh, — der wie Prittwitz zu Unrecht persönlich für die Niederlage der Krone verantwortlich gemacht worden ist — von Anfang an überzeugt gewesen, daß sich Friedrich Wilhelm IV. jetzt durch beschleunigte Zugeständnisse auf dem Felde der Verfassungspolitik wie der deutschen Frage rechtzeitig an die Spitze der Bewegung setzen müsse. In steter Fühlung mit dem die gemäßigt liberale Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung repräsentierenden, der Härte des Zusammenpralls in diesen Tagen aber ebenfalls nicht gewachsenen Oberbürgermeister Krausnick hat er unter Angebot seines von ihm selbst als unvermeidlich angesehenen Rücktrittes schon seit dem 4. März versucht, den König auf diesen Weg der Verfassung, von Pressegesetz und öffentlicher Initiative in der deutschen Frage zu drängen. Aber obwohl Friedrich Wilhelm wenigstens seit dem 11. 3. für Zugeständnisse bereit wurde, blieb es bei halben Schritten (14. 3.), bis es durch die immer schwereren Zusammenstöße in den Straßen Berlins zu spät wurde und Bodelschwingh in der Nacht vom 17. zum 18. März nur noch die Aufgabe zufiel, für den König den Entwurf des Patentens über die beschleunigte Einberufung des Vereinigten Landtages — zugleich mit einem Programm für eine deutsche Reformpolitik unter preußischer Führung — niederzuschreiben. Das aber geschah erst in einem Augenblick, in dem selbst der stärkste Vertreter der Tradition im Herrscherhaus, der Prinz von Preußen, vorübergehend überzeugt war, es bleibe nichts übrig, als sich an die Spitze der Bewegung zu stellen.

Inzwischen war seit dem 6. 3. durch die Kette der berühmten Massenversammlungen Unter den Zelten jene Erhitzung der Atmosphäre eingetreten, die letzten Endes die Explosion des 18. 3. herbeigeführt

hat. Seit dem 13. März vollzog sich „unter strahlendem Frühlingshimmel“ die „Wandlung aus dem Frieden in den Krieg“, weil nun bis zu der letzten Atempause des 17. März das durch den Polizeipräsidenten v. Minutoli veranlaßte Eingreifen des Militärs täglich mit Zusammenstößen endete, in denen es bei der Erregung der Stunde unleugbar auch zu „brutalem“ Vorgehen kam, so daß sich die bereits seit 1830 schwellende Feindseligkeit gegen die Soldaten bis zur Weißglut steigerte und der Ruf nach ihrer Zurückziehung zur vornehmsten, immer wiederholten Forderung der Massen wie des weitgehend mit ihnen sympathisierenden Bürgertums wurde. In letzter Stunde versuchte die städtische Selbstverwaltung der Krise durch die jetzt von der Regierung zugelassene Aufstellung einer bürgerlichen Ordnungstruppe mit Armbinde und Stab zu begegnen, zu der auch vielfach die Studenten der Universität stießen. Aber die Erregung der Massen konnte jetzt auch durch diese als „Leichenbitter mit Ballkellen“ verspotteten Vermittler nicht mehr gezügelt werden. Die Atempause des 17. März genügte trotz aller Anstrengungen von Magistrat und Stadtverordneten nicht mehr, um die für den folgenden Tag geplante entscheidende Demonstration vor dem Schloß zu verhindern, zu der eine auf etwa 10 000 Menschen geschätzte Masse zusammenströmte.

Auch bei ihr löste die Bekanntgabe des königlichen Patentes anfangs stürmischen Jubel aus, ohne aber die Demonstranten zur Zerstreung zu veranlassen und die nervöse Spannung der Lage aufzulösen. So erfolgte im Schloß die Ablösung des Generals v. Pful durch den als energisch geschätzten und zweifellos gründlich konservativen Generalleutnant v. Prittwitz im Kommando über die Stadt. Als dieser, zunächst durchaus mit dem Willen zu schonendem und vorsichtigem Vorgehen, sich anschickte, den ihm gegebenen Befehl zur Räumung des Schloßplatzes durch die Kavallerie und eine Kompanie des Kaiser-Franz-Gardegrenadier-Regimentes auszuführen, lösten sich im Gedränge jene zwei unglückliche Schüsse, die von der Masse als Signal eines nach den Versprechungen des Königs als Verrat angesehenen Angriffes durch das Militär aufgefaßt wurden und überall in der Umgebung des Schlosses zum Bau von Barrikaden führten.

Es kann heute kein Zweifel mehr bestehen, daß es sich hierbei um eine nur aus dieser ganzen Vorgeschichte zu verstehende Erhebung der Berliner Bevölkerung selbst gehandelt hat, deren eigentliche Helden Kleinbürger, Handwerker und Arbeiter, am aufopferndsten oft in ganz jungem Alter, gewesen sind. Die Beteiligung der Studenten war verhältnismäßig nur begrenzt, obwohl einzelne von ihnen, wie der

junge Schlöffel, zu den radikalsten Gestalten der Märzrevolution gehört haben. Aber auch der junge Arzt Rudolf Virchow hat mit seinem ganzen Herzen auf der Seite der Bewegung gestanden. Der Anteil der Akademiker an den Gefangenen, Toten und Verwundeten ist jedoch gering gewesen. Ernst Kaeber schätzt, daß auf etwas über 2 000 höchstens etwa 100 Studenten am Kampfe teilgenommen haben. Trotzdem kann kein Zweifel sein, daß die Barrikadenkämpfer weithin durch die Sympathien des Bürgertums unterstützt worden sind und die Bevölkerung wenigstens im Augenblick sich ganz überwiegend gegen Krone und Regierung gewendet hatte. Die Behauptung, daß ausländische Agitatoren, vor allem Polen, eine entscheidende Rolle gespielt hätten, ist schlechthin eine Legende. Unter den Gefangenen haben sich nur ganz wenige Ausländer, darunter kein einziger Pole, befunden. An der von den Kräften Berlins getragenen Echtheit der Erhebung kann kein Zweifel bestehen.

Obwohl die Verluste der Truppe, 24 Tote und ca. 300 Verwundete, im Grunde sehr gering waren und sie im Einzelkampf eigentlich immer überlegen blieb, glückte es bis zum Abend des 18., entsprechend den Plänen von Prittwitz, nur, die nächste Umgebung des Schlosses im mühseligen Ringen von den Barrikaden zu säubern. In der Nacht tauchten sehr ernste Zweifel an der dauernden Zuverlässigkeit der Truppe auf, die sachlich sicher unberechtigt waren. Man fürchtete, daß sie, bei dauernder Anstrengung ungenügend gepflegt, überlastet werden würde. Am Morgen des 19. 3. bestand eine Lage, die nach der bereits vor dem Kampfe feststehenden Überzeugung des Kommandierenden Generals den rechtzeitigen Rückzug der Truppe, begleitet von der Abreise des Königspaars nach Potsdam, erforderte.

Das verkettete sich im Laufe des Vormittages mit dem inneren Zusammenbruch Friedrich Wilhelms IV., der, stets bedrängt von sich widersprechenden Ratschlägen und unaufhörlich sich ablösenden, auf das Ende des tragischen Dramas drängenden Deputationen, noch in der Nacht jenen tränenreichen Aufruf „An meine lieben Berliner“ niedergeschrieben hatte, der das ganze Geschehen als ein bloßes Mißverständnis aus der Geschichte streichen wollte. So hat er, bedrängt durch Bodelschwingh, am 19. 3. offenbar selbst den Befehl zum Abzug der Truppen erteilt, ohne daß bei der Weitergabe der Vorbehalt berücksichtigt wurde, daß das Schloß geschützt bleiben müsse. Wegen der verwirrten Lage vor dem Schloß ist eine volle Klärung der Einzelheiten nicht möglich. Jedenfalls hat v. Prittwitz den Befehl nicht durchgeführt, daß die vorherige Niederlegung der Barrikaden verlangt werden sollte. Die unvermeidliche

Folge wurde der Abzug der Garnison, der auch auf die noch besetzten Kasernen ausgedehnt wurde. Damit stürzte Berlin allerdings zunächst in das Chaos und wurde der König für die folgenden Tage zum Gefangenen der Revolution: er mußte auf dem Balkon des Schlosses sein Haupt vor den Leichen der Gefallenen entblößen, am 21. 3. jenen Umritt mit der schwarz-rot-goldenen Binde vornehmen, bei dem er zu spät und gegen seinen innersten Gedanken verkündete, daß Preußen fortan in Deutschland aufgehen werde. Am nächsten Tage folgte noch seine Teilnahme an der feierlichen Beisetzung von 183 Särgen der Gefallenen im Friedrichshain. Das im Augenblick über den Triumph seiner Revolution jubelnde Berlin befand sich zunächst in einem Zustand „göttlicher Anarchie“. Der mitlebenden Generation bemächtigte sich aber doch sehr bald der Eindruck, daß hinter diesem Erfolg die „Ruhe eines Vulkans“ stehe, obwohl das Ergebnis bis zum November 1848 tatsächlich die schrittweise Auflösung der revolutionären Bewegung und der Sieg der Kräfte des historischen Preußens sein sollte. Mit der Einberufung des Paulskirchenparlamentes und, nach kurzer Schlußtagung des Vereinigten Landtages, der Bildung einer preußischen Nationalversammlung, bei der — anders als bei der Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung — ein allgemeines Wahlrecht zur Anwendung gelangte, schien der Weg in die Zukunft eines liberalen und national geeinigten Deutschland und Preußen gesichert zu sein. Die schwer erkämpfte Freiheit der öffentlichen Meinung führte zu einem förmlichen Pressefrühling, dessen vielleicht bleibendste Frucht auf der einen Seite die Gründung des „Kladderadatsch“, auf der anderen Seite durch die schnell einsetzende Wiedersammlung der konservativen und agrarischen Kräfte die „Kreuzzeitung“ gewesen sind. Für den Augenblick konnte man warnende Signale überhören: den Umzug des Königs nach dem nahen Potsdam, wo er in Sanssouci mehr und mehr dem Einfluß seiner von den Gebrüdern Gerlach bestimmten Camarilla erlag; die schon im Mai erfolgende Rückkehr des von der Reaktion demonstrativ begrüßten Prinzen v. Preußen aus dem ihm aufgezwungenen Asyl in England; die Tatsache, daß schon am 30. 3. ein Anfang mit der Rückkehr einer militärischen Garnison, zunächst Linienbataillonen, nicht Teilen der Garde, gemacht wurde. Wohl sollte jetzt eine Bürgerwehr in der stattlichen Sollstärke von 21 000 Mann aufgebaut werden, die aber niemals mehr als etwa 7 800 Mann erreichte. Unter schnell wechselnden und in der Hauptsache wenig glücklich ausgesuchten Kommandanten blieb sie eine Klassenorganisation des Bürgertums, obwohl ihr im stolzen Gefühl, zu der neuen „Elite“ zu gehören, auch 700 Maschinenbauer und 450 Mitglieder

des Handwerkervereins angehörten. Militärisch hat sie niemals Wert besessen, wie die verhängnisvollen Ereignisse des Zeughaussturms am 14. Juni zeigten, bei denen der das Kommando über eine kleine militärische Wache führende Offizier sich zum Abzug bewegen ließ, um einen blutigen Zusammenstoß mit der die Auslieferung von Waffen verlangenden Menge zu vermeiden, die Bürgerwehr dann aber völlig vor der Aufgabe versagte, die Ordnung wiederherzustellen und Plünderungen und Ausschreitungen zu verhindern.

Das Geschehen des „tollen Jahres“, wie es die Feindschaft der Konservativen und die Abwendung eines gegen die soziale Bewegung aus der Tiefe schnell von Mißtrauen erfüllten Bürgertums sehr bald gescholten haben, kann freilich — wie 1848 die Hundertjahrstudien von Friedrich Meinecke, Alfred Herrmann und für das spezifisch Berliner Geschehen vor allem Ernst Kaeber gezeigt haben — nach seinem bleibenden Gehalt in der preußischen wie deutschen Geschichte nicht mit dieser Beurteilung von den unvermeidlichen Symptomen revolutionären Geschehens her abgeurteilt werden. Die Wahlen des Mai 1848 zur Paulskirche und zur preußischen Nationalversammlung, an denen auch Theodor Fontane als Wahlmann mit dem Gefühl freudiger Erhebung teilnahm, ist zum Teil durch Zufallsergebnisse geprägt gewesen, wie sie in einem Zeitpunkt unvermeidlich waren, in dem organisierte Parteien überhaupt noch nicht bestanden und die politischen Bewegungen sich noch völlig im ungeklärten Flusse befanden. Sie konnten auch durch die schnell einsetzende Clubbildung, dem sich gegen eine Radikalisierung wendenden „Konstitutionellen-Club“, dem auf dem Boden des Prinzips der Volkssouveränität stehenden „Demokratischen Club“ und dem die Zukunft vorwegnehmenden „Arbeiterclub“ des jungen Stefan Born, nicht ersetzt werden. Da nach einem komplizierten indirekten System mit Wahlmännern gearbeitet wurde, vollzog sich erst im Wahlkampf die grundlegende Trennung von Liberalen und Demokraten. Die Folge war, daß die vier zum Paulskirchenparlament gewählten Abgeordneten Berlins, beginnend mit dem Historiker Adolf Schmidt, im Grunde nicht allzu profilierte Persönlichkeiten waren, die sich dazu noch in Frankfurt vier verschiedenen Gruppen vom rechten Zentrum bis zur radikalen Linken anschlossen. An den Wahlen des 1. Mai zur preußischen Nationalversammlung hat die stattliche Anzahl von 60 000 Urwählern teilgenommen. E. Kaeber und A. Herrmann haben nachgewiesen, daß die Arbeit dieser am 22. 5. in der Singakademie zusammentretenden Versammlung, zu der Politiker wie der Westfale Waldeck, der Ostpreuße Johann Heinrich Jacoby, Grabow und die Berliner Behrends

und Pastor Sydow gehört haben, keineswegs die schlechthin absprechende Kritik verdient, die ihr so oft und so lange zuteil geworden ist. Für die Schwäche der volkstümlichen Basis bleibt es aber bezeichnend, daß der Anteil der Rittergutsbesitzer gegen den vereinigten Landtag von 1847 von über 50 auf 20% zurückgegangen war. Die stärkste Einzelgruppe bildeten jetzt die 36% der Beamten, die auch den Anteil der freien Berufe, der Geistlichen (50), Kaufleute und Industriellen (50), Advokaten (nur 17), Ärzte (15) und Handwerker (16), dazu noch 6 „Angestellte“, erheblich überwogen, während im ganzen nur 5 Arbeiter gewählt waren. Für die Beharrungskraft des alten agrarischen Preußen ist es bezeichnend, daß das als „Gegenparlament“ der Reaktion im August in Berlin tagende „Junkerparlament“ unter 400 Delegierten aus Pommern und der Kurmark nur 14 Bauern aufzuweisen hatte. So ehrlich die keineswegs blind radikale Nationalversammlung sich um eine durchgreifende Liberalisierung und Demokratisierung Preußens bemühte, so zutreffend war angesichts dieser Lage das Argument, daß der selbst maßvoll liberale Ministerpräsident Ludolf v. Camphausen Demonstranten gegen die Rückkehr des Prinzen v. Preußen entgegenhielt: „Die Provinzen denken anders.“ Vor allem der Verlauf der Auseinandersetzung mit der Krone über die künftige Struktur des der Revolution in geschlossener Front entgegentretenden Offizierkorps mußte dadurch fast notwendig in einer neuen, für den historischen Augenblick abschließenden Kraftprobe ausmünden, weil sich auf diesem Hintergrund und gerade in Berlin auch noch der erste bedeutsame praktische Versuch zur Organisation einer politischen Arbeiterbewegung, ausgehend von Karl Marx, aber in der Durchführung unabhängig von ihm, abgespielt hat.

Wie die wirtschaftliche Not des Jahres 1847 eine nicht zu unterschätzende Rolle für die Möglichkeit des 18. März gespielt hat, zwang die Notlage breiter Massen auch 1848 die zunächst siegreiche Revolution dazu, das Gewicht des sozialen Problems nicht einfach zu ignorieren. Die in Berlin organisierten Notstandsarbeiten lassen freilich nur den Vergleich mit dem Pariser Experiment der Nationalwerkstätten bis zum Schicksalstage des 18. Juni zu, daß die Klage über mangelnde Organisation und säumige Arbeitsleistung zu einer schweren Belastung für die Sache der Revolution wurde. Die Einrichtung von Darlehnskassen blieb ebenso in den Grenzen des bürgerlichen Liberalismus wie die Bereitschaft, Versäumnisse auf dem Gebiet der Arbeiterbildung nachzuholen. Teilerfolge, Herabsetzung der Arbeitszeit von 12—14 auf 10 Stunden, die Zulassung von Streiks und Protesten gegen die Ver-

wendung von Streikbrechern, blieben in Grenzen, die Stephan Born nun zu seiner Forderung bestimmt haben, daß ein entscheidender Wandel im Stande der sozialen Probleme nur durch die Organisation einer gesonderten politischen Arbeiterbewegung erreicht werden könnte, ein Ziel, das er durch die Gründung des Arbeiterclubs, die Schaffung eines eigenen Organs, des „Volkes“, und die Errichtung eines Berliner „Zentralkomiteés für Arbeiter“ mit dem Argument vollzog, daß der Zeitpunkt für die Mündigkeit der Arbeiter gekommen sei. Als Vorläufer der Gewerkschaftsbewegung hat er auch das von Marx noch abgelehnte Programm der Gliederung nach Fachverbänden vertreten und trotz im ganzen begrenzten Echo immerhin bei der Spitzenschicht der Buchdrucker damit einen unleugbaren Erfolg erzielt. Als er mit der Einberufung eines Deutschen Arbeiterkongresses nach Berlin, der dort vom 23. 8. bis 3. 9. tagte, zu dem entscheidenden Versuch schritt, diese Berliner Ansätze zu einer deutschen Bewegung und Organisation auszuweiten, stand dies kühne Unterfangen bereits unter dem Schatten der Niederlage, die die Arbeiter von Paris in der blutigen Straßenschlacht des 18. Juni erlitten hatten. Born vermochte seinen Gedanken der Fachverbände nicht gegen die Alternativlösung des Aufbaues von örtlichen Verbänden durchzusetzen. Vor allem mußte er sich entschließen, selbst nach Leipzig zu gehen, von wo er sich im Mai 1849 nach dem Scheitern des Dresdener Aufstandes zur Flucht nach der Schweiz gezwungen sah. Die bedeutendste und energischste Persönlichkeit der Berliner Arbeiterbewegung fiel damit in der über das Schicksal Preußens und seiner Hauptstadt entscheidenden Krise des Herbstes 1848 aus.

Denn inzwischen hatte das Beispiel Frankreichs in Deutschland die langsame Abnutzung der über genügende Machtmittel nicht verfügenden Paulskirche und das noch nicht abgeschlossene, aber bereits deutliche Aufsteigen der Reaktion in Österreich Friedrich Wilhelm IV. und der Camarilla den Mut gegeben, die Episode abzuschließen, in der sie nach den Worten des Königs „alle auf dem Bauche gelegen hatten“. Die Ernennung des in seiner Derbheit nicht einmal unpopulären Generals v. Wrangel zum Oberbefehlshaber in den Marken bezeichnete den Augenblick, in dem sich die Krone der Truppe wieder endgültig sicher fühlte. Der Ernennung wieder eines Soldaten, des Grafen Brandenburg, zum Ministerpräsidenten folgte unmittelbar der Entschluß zur Verlegung der Nationalversammlung aus der unruhigen Hauptstadt, in den Augen der konservativen Reaktion der „Eiterbeule Berlin“, nach dem stilleren Brandenburg, der am 9. November durch den Ministerpräsidenten bekanntgegeben wurde. Der von ihrem Präsidenten, Hans

Viktor v. Unruh, eingelegte Protest hat der Würde nicht entbehrt. Für die Entscheidung des Konfliktes war es aber bestimmend, daß das liberale Bürgertum, der radikalen Revolution durch das Auftauchen der sozialen Frage entfremdet, sich von den Wegen der revolutionären Erhebung des Frühjahres entschieden abgewendet hatte und damit auch in Berlin an einen Widerstand der Tat nicht mehr zu denken war. Der Einmarsch der Truppen Wrangels stieß am 10. 11. auf keinen Widerstand, auch die Bürgerwehr zog kampfflos ab. Damit wurde der Versuch der Nationalversammlung, ihre Beratungen an wechselnden Tagungsorten in Berlin fortzusetzen, aussichtslos. Am 12. 11. wurde der Belagerungszustand über die Hauptstadt verhängt, die Bürgerwehr aufgelöst und die radikale Presse verboten. Im Grunde stellte der am 15. 11. erfolgende Aufruf der Nationalversammlung zur Steuerverweigerung doch nur einen verbalen Protest der Gewissensberuhigung dar, der denn auch fast nirgends befolgt wurde. Auch der nicht ungünstigen Stimmung in der Berliner Bevölkerung fehlte jede feste Führung. Magistrat und Stadtverordnete haben ihn bezeichnenderweise abgelehnt. Denn diese im Frühjahr nach dem alten Wahlrecht von nur 25 000 Stimmberechtigten neugewählte Vertretung der Stadt hatte von Anfang an wieder den Stempel einer wesentlich vorsichtigeren Honoratiorenversammlung getragen, obwohl zu ihr im einzelnen so gewichtige Persönlichkeiten wie der junge Jurist Rudolf Gneist gehörten, der auch jetzt der Krone noch das Recht absprach, einseitig über Ort und Zeit von Tagungen des Parlamentes zu bestimmen. Der Magistrat machte jetzt sogar die Nationalversammlung vor der Öffentlichkeit für Dauer und Ergebnislosigkeit ihrer Verfassungsberatungen wie für die Verzögerung der Rückkehr zu Ordnung, Ruhe und Erholung der Wirtschaft verantwortlich. Es ist die Stimmung, in der die Regierung die Auflösung der Nationalversammlung und die Oktroyierung einer ersten preußischen Verfassung — mit zunächst noch nach belgischem Vorbild überraschend starkem liberalen Gehalt — am 5. Dezember wagen konnte. Die wesentlich von Berlin getragene preußische Revolution des Jahres 1848 war damit beendet, die erste Voraussetzung für das Jahrzehnt einer bis 1859 dauernden, erneuten Reaktion gegeben. Der große Versuch der preußischen Hauptstadt, ihre politische Mündigkeit gegen die Krone in offener Auflehnung zu beweisen, hatte mit einer für die preußische wie deutsche Geschichte folgenschweren Niederlage geendet, die weder durch das von Friedrich Wilhelm IV. abgelehnte Angebot der Kaiserkrone durch die Paulskirche im Mai 1849 noch durch den in der Niederlage von Olmütz endenden Kompro-

mißversuch der Radowitzschen Unionspolitik korrigiert werden konnte. Die Entwicklung Berlins trat damit in eine neue Epoche ein, die von Anfang an durch schwere Spannungen zwischen der sich schnell modernisierenden Hauptstadt, der Krone und der historischen Tradition des alten Preußen belastet war.

Reaktion und Reichsgründung (1849—1871)

Mit dem Reaktionsjahrzehnt seit 1849 beginnt die Geschichte Berlins ein Janusgesicht zu tragen, das auch durch das große Geschehen der Bismarckschen Reichsgründung nicht überwunden wurde, sondern in seinem Kern bis zum Sturze der Monarchie durch die Novemberrevolution von 1918 bestanden hat. So sehr die Erfolge Bismarcks die historisch-konservativen Kräfte des alten Preußen noch einmal verstärkt und ihnen ein halbes Jahrhundert weiterer Lebensdauer ermöglicht haben, so sehr die Reichseinheit von 1871 auch von der neuen Reichshauptstadt begrüßt und getragen worden ist, so wenig ist es geglückt, die Gegensätze aufzuheben, die 1848 — zum ersten Male seit der Berliner „Unruhe“ des ausgehenden Mittelalters — einen gewaltvollen Zusammenstoß der Stadt mit der bereits in das 5. Jahrhundert ihrer Herrschaft über die Mark Brandenburg und Preußen eingetretenen Dynastie der Hohenzollern heraufbeschworen hatten. Gerade das hierin mit der Generation der Weimarer Demokratie verwandte, historisch meist nur negativ beurteilte Jahrzehnt seit 1849 ist in der Entwicklung des modernen Berlin zugleich ein Jahrzehnt fruchtbarer, auch unter dem Druck der politischen und verfassungsgeschichtlichen Vorgänge sich verstärkender Keime gewesen, deren Kraft in der belebenden Sonne des Erfolges seit 1864, 1866 und 1870 mit einem stürmischen Tempo zutage trat, das diese Auffassung von dem Doppelgesicht der zweiten preußischen Reaktion nur bestätigt.

Die kritische historische Beurteilung wird allerdings auch auf die Schwäche der Berliner Selbstverwaltung in diesem Jahrzehnt hinweisen müssen. Denn auf diesem Felde spiegelt sich die tiefe Resignation, mit der das geschlagene liberale und nationale Bürgertum aus der Krise der Revolution hervorging, unverkennbar deutlich wieder. Freilich gilt auch, daß die Reaktion trotz ihres Sieges über die Revolution doch nicht in der Lage war, einfach zu der idyllischen Vergangenheit der vormärzlichen Zeit zurückzukehren. Der Trost älterer konservativer Historiker der Berliner Geschichte, daß wenigstens der Rechtsstaat

durch Verfassung und Fortschritte der keineswegs abschließend erreichten Rechtsgleichheit erhalten worden sei, ist allerdings nur eine bedenkliche Halbwahrheit gewesen. Immerhin läßt sich am Beispiel der Selbstverwaltung Berlins feststellen, daß auch für sie trotz aller Belastungen Wandlungen eingetreten sind, die den Rückschlag mäßigten und den Weg in die Zukunft offener hielten als es auf den ersten Blick erscheinen mochte. Es war gewiß symptomatisch, daß der im Frühjahr 1848 zum Ausscheiden gezwungene Oberbürgermeister Krausnick 1850 in sein Amt zurückkehren konnte, nach dem Ablauf seiner Amtsperiode von der sehr viel konservativer gewordenen Vertretung der Bürgerschaft wieder gewählt wurde und so bis an die Schwelle der Bismarckzeit, bis 1862, im Amte blieb. Aber ebenso symptomatisch ist es, daß dann dank einer seit 1858 allmählich sich regenerierenden Stadtverordnetenversammlung die von 1862 bis 1892 ununterbrochene Epoche bedeutender Oberbürgermeister, der Seydel, Hobrecht und Forckenbeck, einsetzt, die in enger Zusammenarbeit mit einer vom Freisinn beherrschten Vertretung des Berliner Bürgertums den Aufstieg der preußischen Residenzstadt zu einer modernen Großstadt und zur Reichshauptstadt geleitet haben. Zunächst bestimmten freilich die politisch-sozialen Belastungen des Rückschlages gegen die Revolution das Bild. Die preußische Gemeindeordnung von 1850, die im Ausklang der Krise — übrigens gegen den Wunsch von Magistrat und Stadtverordneten Berlins — an die Stelle der Steinschen Städteordnung trat, hat zwar das Ringen um die Modernisierung der ländlichen Selbstverwaltung in Preußen eingeleitet, indem sie eine einheitliche Regelung für Städte und Landgemeinden zu treffen bestrebt war. Aber schon sie verstärkte erneut die Stellung des Oberbürgermeisters und vor allem auch den Druck der Staatsaufsicht gegenüber der Selbstverwaltung. Wohl beseitigte sie entscheidend den Unterschied zwischen Bürgern und Schutzverwandten, indem sie alle Einwohner zu den Stadtverordnetenwahlen zuließ, die die Voraussetzung eines Zensus von mindestens 300 Talern Reineinkommen erfüllten. Das bedeutete aber für Berlin, daß die Zahl der Wahlberechtigten zunächst erheblich, von 26 884 (1848) auf rund 21 000 (1850) zurückging. Dazu kam vor allem die Einführung des Dreiklassenwahlrechtes, das sich hier wie im preußischen Staat weit über die vielleicht erträgliche Dauer bis 1918 behauptet hat. Es bewirkte in Berlin sofort, daß der ersten Klasse 1600, der zweiten Klasse 5400 und der dritten Klasse volle 14 000 Wahlberechtigte angehörten. Diese Entwertung des Wahlrechts der breiten Masse hatte ebenso wie die Öffentlichkeit der Stimmabgabe in den Jahren des preu-

ßischen Heereskonfliktes eine auffallende, untragbar niedrige Wahlbeteiligung in der dritten Klasse zur Folge, so daß die Gesamtbeteiligung der Berechtigten an den preußischen Wahlen allmählich auf 16,1 bis 22,6 % zurückging, eine Lage, die auch in Berlin später den Eintritt der Sozialdemokratie in aktive politische Arbeit und Verantwortung weit über das zulässige Maß hinaus erschwert und verzögert hat. Zwar ist das Experiment der einheitlichen Gemeindeordnung sehr schnell gescheitert, aber die sie ersetzende Städteordnung für die östlichen Provinzen Preußens von 1853 wurde auf dem Höhepunkt der Reaktion erlassen und hat dementsprechend an der Einschränkung der im eigenen Bereich bürokratisierten Selbstverwaltung und der ebenfalls bürokratischen Kontrolle durch die Staatsaufsicht durchaus festgehalten. Der Honoratiorencharakter der Stadtverordnetenversammlung wurde in sozial bedenklicher Weise auch dadurch langdauernd gefestigt, daß zwar nicht wie bisher zwei Drittel, aber doch die Hälfte der Stadtverordneten Grundbesitzer sein mußten. Es bedeutete eine weitere Belastung, daß die Tätigkeit der Stadtverordneten fortan ausdrücklich auf Gemeindeangelegenheiten beschränkt und ihr die seit 1838 für die Regierung zunehmend lästige Neigung zu politischer Initiative dadurch nach Kräften unmöglich gemacht wurde. Dem allen entspricht es, daß die Regsamkeit der Stadtverordnetenversammlung bis zum Ende dieser Episode durchaus hinter den von 1838 bis 1848 entwickelten Ansätzen einer größeren und selbständigeren Aktivität zurückgeblieben ist.

Der eigentliche Herr der Hauptstadt wurde noch einmal der in den Stürmen des Sommers 1848 als erprobt energischer Beamter zum Polizeipräsidenten ernannte Carl Ludwig v. Hinckeldey, nach Otto Hintze allerdings der größte Polizeipräsident, den Berlin überhaupt gehabt hat. Seine erste Probe war schon im Sommer 1848 die Aufstellung einer wirklich leistungsfähigen Polizei von über 1000 Mann. Er hat dieser „Königlichen Polizei“ der Residenzstadt, die er aus altgedienten, in seinem Sinne zuverlässigen Offizieren und Unteroffizieren der Armee sorgfältig rekrutierte, jenen streng militärischen — nicht nur in der Uniform militaristischen — Charakter aufgedrückt, der ihr bei aller Zuverlässigkeit bis 1918 bleiben sollte. Mit ihr kam jenes Auftreten, das selbst ein Bismarck als unnötig schroff kritisiert hat. Sie forderte förmlich den Spott heraus, daß als einzige Errungenschaft der Revolution die Freiheit geblieben sei, auch in den Straßen der Hauptstadt zu rauchen. Man wird Hinckeldey in der Verwaltung unleugbare Verdienste zugestehen müssen, die gerade durch die jüngste Studie über ihn aus der Feder von Berthold Schulze wieder sehr deut-

lich geworden sind. Dazu wird man ihm zugute halten müssen, daß er als Vertrauensmann Friedrich Wilhelms IV. mit der seit der Revolution dauernden, panischen Angst des Königs vor Umsturz und Verschwörung zu rechnen hatte. Der König fürchtete schon 1853, daß „wir einem neuen Schlage wie im März 1848 ebenso bloßgestellt werden wie damals“, weil er — mit einem Seitenblick auf das „höllische Cölln“ — glaubte, sich „in einem Gewebe von Polentum, Atheismus und französischen Intrigen“ zu befinden. Da er der Energie seiner Minister keineswegs traute, wurde der persönlich hochintelligente und als Privatmann auch kultivierte Polizeipräsident in so hohem Maße sein eigentlicher Vertrauensmann, daß der König zeitweise (1853/54) sogar daran gedacht hat, wie von 1816—21 Berlin wieder als gesonderte Provinz ganz der Leitung Hinckeldeys zu unterstellen. Das scheiterte an dem geschlossenen Widerstand der hohen Bürokratie gegen eine solche Durchbrechung des in der preußischen Verwaltung traditionsgeheiligten Prinzips der Kollegialität. Aber es kann nicht bezweifelt werden, daß der Polizeipräsident der Typ eines — nach seinen eigenen Äußerungen — um die Gesetzlichkeit seiner Maßnahmen völlig unbekümmerten, geradezu cäsaristischen Bürokraten war, dessen Verwandtschaft mit dem Seinepräfekten Napoleons in Paris, Conrad Hausmann, sich schon dem Zeitgenossen aufdrängte.

Berlin erlebte unter ihm eine Episode polizeilicher Überwachung, die an durchgreifender Rücksichtslosigkeit dem Absolutismus des 18. Jahrhunderts mindestens gewachsen, wahrscheinlich überlegen war. Auch der dunkelste Zug eines solchen Systems, der skrupellose Gebrauch eines ausgedehnten Spitzelwesens, fehlte nicht, das seine Tätigkeit nicht nur auf „subversive“ Elemente beschränkte, sondern nicht einmal vor der Überwachung der eigenen Regierung und selbst der Camarilla des Königs zurückschreckte. Nach den Forschungen Eduard Bernsteins scheint es sogar möglich, daß die berühmt-berüchtigte „Ladendorffsche Pulverschwörung“ von 1853 — die keinesfalls über bürgerlich-republikanische Umsturzgedanken hinaus ging — nicht ohne zielbewußte Provokation von Spitzeln der Polizei vor sich gegangen ist. Auf jeden Fall legte sich ein jede freie Bewegung auch des persönlichen Lebens hemmendes Netz polizeilicher Überwachung über Berlin. Haussuchungen, Paßkontrollen auf den Bahnhöfen, Beschlagnahme von Zeitungen, Kontrolle jedes Zuzuges und schärfste Überwachung der Reisenden im Hotel wurden unter diesem System zum Dauerzustand. Auch wenn Hinckeldey selbst gelegentlich sein „trauriges Amt“ beklagte und nach der Aussage Viktor v. Unruhs persönlich „artig“ und

„anständig“ — gelegentlich selbst zu Gegnern — sein mochte, kann seine letzte Verantwortung doch nicht bestritten werden.

Wenn die Teilnahme bei seinem dramatischen Ende — seiner Beisetzung wohnten 100 000 Menschen bei — trotzdem ganz außergewöhnlichen Umfang annahm, so liegt dies an einer doppelten Tatsache: Der Polizeipräsident hat die Energie, mit der er seine ausgedehnten Verwaltungsbefugnisse handhabte, erfolgreich in den Dienst der Entwicklung Berlins gestellt. Er hat nicht nur eine höchst wirksame Polizei, sondern auch eine erste leistungsfähige Berufsfeuerwehr (1851), die Grundlage aller weiteren Entwicklung auf diesem Gebiet, geschaffen. Ebenso ging er 1852 an die Lösung der bereits über ein Jahrzehnt erörterten Aufgabe, den Bau einer Wasserleitung zu erzwingen, der das alte System der Brunnen in einer schnell der ersten halben Million sich nähernden Großstadt ersetzte und damit den Kampf gegen die bisher ständige Seuchengefahr einleitete. Das 1852 von ihm mit dieser Aufgabe betraute, noch einmal englische Unternehmen hat bis 1856 vor dem Stralauer Tor das erste modernen Anforderungen genügende Wasserwerk Berlins errichtet. Der ebenso dringende Versuch, auch die völlig unzulängliche Straßenreinigung und die Abwasserabführung zu regeln, wurde ebenfalls von ihm in Angriff genommen, ohne freilich schon genügend bewältigt zu werden. Schließlich hat er 1854 dem Buchdrucker Litfaß die Konzession für die Aufstellung von 150 Anschlagssäulen gegeben und auch dadurch eine dauernde Erinnerung im Bilde Berlins hinterlassen.

Nach allen diesen Leistungen ist es in einem gewissen Sinne begreiflich, daß Friedrich Wilhelm IV. glaubte, es werde für seine Residenz „ein Glück“ sein, Hinckeldey als „entscheidenden Präsidenten“ an der Spitze einer Provinz zu sehen, und nach dem Scheitern dieses Planes ihn wenigstens zum Generalpolizeidirektor ernannte. Um so bezeichnender ist es für die Schwäche dieses verspäteten Absolutismus, daß der König ihn schließlich in der Krise im Stich ließ, die zu Hinckeldeys tragischem Ende führte. Die durchgreifende Energie des Polizeipräsidenten, die auch die Offiziere der Armee bis zum General hinauf an den Bahnhöfen zwang, sich einer Kontrolle ihrer Papiere zu unterwerfen, hatte zu dem Haß der hohen Bürokratie gegen ihn auch noch einen „permanenten Kleinkrieg zwischen Polizei und Militär“ heraufbeschworen, so daß selbst sein schärfster Kritiker, Varnhagen v. Ense, bestürzt notierte: „Offener Krieg gegen das Militär! Es gehört eine Art von Wahnsinn dazu, dergleichen seitens einer Zivilbehörde zu unternehmen, in Preußen, in Berlin und Potsdam.“ Als es Hinckeldey aber

wagte, auch gegen den Jockey-Club und das von Offizieren betriebene Hasardspiel einzuschreiten, war das Ergebnis, daß er von einem Herrenhausmitglied, dem Herrn v. Rochow, zum Duell gezwungen wurde, da dieser ihn einen „Lügner“ schalt, als Hinckeldey die Urheberschaft des Königs für die von ihm selbst nur ungern ergriffene Maßnahme bestritten hatte. Friedrich Wilhelm IV. wagte es nicht, seinen Vertrauensmann durch ein Verbot des Zweikampfes zu retten, so daß der Polizeipräsident im Morgengrauen des 10. 3. 1856 in der Jungfernheide das Opfer des ersten Schußwechsels wurde. Als einziger Offizier folgte der alte Wrangel seinem Sarge, während Bürger und Beamte, „das ganze Civil“, für ihn Partei nahmen. Die elementare Stärke, mit der erst die Stellvertretung des Prinzen v. Preußen, dann seine Regentschaft seit 1859 und seine Thronbesteigung als Signal für das Ende dieses Systems der Reaktion begrüßt wurde, ist erst durch solche Ereignisse ganz begreiflich.

Es gehörte zu dem Gesamtbild dieses Jahrzehnts, daß die politisch so gründlich an Ketten gelegte Stadt sich gleichzeitig ununterbrochen entfaltete und auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet auf den Linien weiterwuchs, die schon seit 1840 deutlich erkennbar gewesen waren. Die Einzelheiten dieser um den Fortschritt der Industrialisierung Berlins kreisenden Entwicklungen verlangen auch heute noch ebenso eine gerade jetzt in die Wege geleitete gründliche Erforschung wie etwa der am Ende der Reaktion deutliche siegreiche Durchbruch des Berliner Freisinns zur Herrschaft in der Selbstverwaltung der Stadt, dessen Geschichte im einzelnen ebenfalls noch keineswegs abschließend bearbeitet worden ist. Aber die Grundlinien des in diesem Jahrzehnt erfolgenden Fortschritts lassen sich doch schon jetzt mit genügender Deutlichkeit in den Prozeß der Geschichte des modernen Berlin eintragen.

Die Bevölkerung (1847: 403 586) hat 1861 mit 528 900 die erste halbe Million überschritten. Schon jetzt stammte diese Bevölkerungszunahme ganz überwiegend nicht mehr aus dem Geburtenüberschuß, sondern aus dem Wanderungsgewinn, der noch bis 1871 in der Hauptsache ganz aus der Mark Brandenburg und den östlichen Provinzen der preußischen Monarchie stammte und daher keine unlösbaren Assimilationsschwierigkeiten bereitete. Langsam nehmen auch nicht allzu fern gelegene Vororte, Wilmersdorf, Lichterfelde, Friedenau, Zehlendorf, Weißensee, Friedrichsfelde, Tegel und Treptow, an diesem Wachstum teil, ohne schon, wie nach 1871, ihren überwiegend ländlichen Charakter zu verlieren. Da die erste größere Erweiterung des Weichbildes noch immer auf sich warten ließ, war bereits vorauszusehen, daß dieses

ständige Wachstum der Stadt in ihrem Inneren sehr bald zu einer problematischen Ballung führen mußte. Noch aber konnte mit der Ausnahme des Voigtlandes kaum schon von unerträglichen Zuständen gesprochen werden. 1860 rechnete man mit einem Durchschnitt von 10 Wohnungen auf das Grundstück und 5 Menschen auf die Wohnung. Die Wohndichte der Grundstücke, die 1815: 30 Personen betragen hatte, erreichte 1860: 49 Personen. Immerhin wurde der Mangel an billigen und kleinen Wohnungen allmählich fühlbarer, da sich Grundstückspreise, Baukosten und Mietspreise im ständigen Steigen befanden. Der Hausbesitz wurde allmählich „zu einem Gewerbe, das ohne allzu viel Arbeit 12 und 15 % Zinsen“ einbringen konnte. Während die Stadt selbst um die neuentstehenden Bahnhöfe und längs der Bahnlinien neue Vororte über die alte Zollmauer hinausschob, begann schon die Zeit eines Pendlerverkehrs von Menschen, die ihre Arbeitsstelle in Berlin, ihren Wohnsitz in benachbarten Kolonien und Gemeinden hatten.

Berlin war 1840 „noch lange keine Industriestadt“ gewesen; es begann jetzt fortschreitend diesen Charakter anzunehmen. Den wichtigsten Beitrag dazu hat vor allem geleistet, daß die bis 1848 angelegten Eisenbahnlinien jetzt erst nach der Revolution ihre volle Wirksamkeit entfalteten. Auf die Bahn von Berlin nach Potsdam (1838) waren inzwischen die Anhalter Bahn nach Dessau (1841), die Schlesische Bahn, zuerst nach Frankfurt a. d. Oder (1842), die Stettiner und die Hamburger Bahn (1842/43 und 1846) gefolgt. Bis 1848 wurde die Potsdamer Bahn nach Magdeburg, die Frankfurter nach Breslau, die Anhaltische nach Halle verlängert. Auch wenn die Weiterführung der Strecken und die Schließung der noch vorhandenen Lücken im deutschen Bahnnetz erst in den sechziger Jahren erfolgte, war das Sternnetz der Bahnen, die Berlin fortschreitend eine überragende Stellung im Wirtschaftsleben Deutschlands gewinnen ließen, bereits deutlich zu erkennen. Ausbau und Betriebssteigerung der vorhandenen Strecken wirkten bereits in diesem Jahrzehnt als überragend wichtiger Motor für den Ausbau der Berliner Industrie, wie es im einzelnen von Eberhard Schmieder (vgl. unten Kap. III, S. 341 ff.) dargestellt ist. Die Metallindustrie zählte 1856 bereits über 10 000 Arbeiter. Zu Borsig kam 1852 eine neue große Maschinenfabrik, die von Schwarzkopf, hinzu, während sich zugleich im Waggonbau ein neuer Industriezweig in Berlin entwickelte. Dazu entfalteten sich zusehends zwei durchaus moderne Industrien, in denen die Stadt eine lange Zeit führende Stellung — nicht nur in Deutschland — erreichen sollte. 1847 hatten Siemens

& Halske ihre Elektrowerkstatt gegründet, und die bereits seit 1815 ihre Entwicklung beginnende chemische und pharmazeutische Industrie besaß jetzt schon eine große Gruppe auf die Dauer bedeutsamer Vertreter wie Kahlbaum, Riedel, aus dem sich die Firma Schering entwickelte, und die 1832 gegründete Spindlersche Färberei.

Gleichzeitig mit den Fortschritten des Eisenbahnbaues und der Metallindustrie dehnt sich auch der Ausstrahlungsbereich des Berliner Groß- und Fernhandels aus. 1850 war die Berliner Industrie- und Handelskammer gegründet worden, die schon im nächsten Jahr betonte, Berlin trete jetzt in die Reihe der Städte ein, deren Handelsbeziehungen sich über ganz Deutschland und seine Nachbarländer erstreckten, so sehr der Handel noch über Hemmnisse durch die Verschiedenheiten von Maß, Münze und Gewicht zu klagen hatte, die erst durch die Reichsgründung endgültig überwunden werden sollten. Schließlich beginnt über den älteren Typus der Privatbanken, der Schickler, Bleichröder und Mendelssohn, zu denen 1854 noch das Bankhaus Delbrück entstand, hinaus die Zeit auch für die Entstehung moderner Großbanken reif zu werden. Zwar dauerte der zähe Widerstand der preußischen Regierung gegen die Aktiengesellschaften noch immer an. Als David Hansemann 1851 seine Kreditgesellschaft gründete, wurde ihm noch die Annahme verzinsbarer Depositen verboten. 1856 durfte sie sich aber in die Disconto-Commanditgesellschaft auf Aktien umwandeln, an der er als persönlich haftender Gesellschafter beteiligt war. Weitere Neugründungen, so die Berliner Handelsgesellschaft, der Berliner und der Schlesische Bankverein, sowie eine Reihe von Hypothekenbanken folgten jetzt schnell. Es war deutlich, daß man auch auf diesem Gebiet vor einer Entfaltung von großen Dimensionen stand. Diese ganze bürgerliche Gesellschaft war im Begriff, sich mit steigendem Kraftgefühl von jener Leitung durch einen autoritären Staat und seine im einzelnen fürsorgliche, aber jetzt auch hemmende Bürokratie zu lösen, deren Hilfe sie in der ersten Jahrhunderthälfte noch so viel zu verdanken gehabt hatte.

Alles war vorbereitet für einen Wandel der Dinge, als der Prinz v. Preußen im Oktober 1857 seinen unheilbar erkrankten Bruder zuerst als Stellvertreter ablöste und sich bald bereit zeigte, einer „gewissen Annäherung an die liberalen Ideen des Jahrhunderts“ den Weg freizugeben. Mit der Umbildung der Regierung durch die Aufnahme einiger maßvoll altliberaler Minister zogen 1858 auch wieder liberale Mehrheiten in den preußischen Landtag wie die Berliner Stadtverordnetenversammlung ein. Obwohl die hochgespannten Hoffnungen

auf die „Neue Ära“ in Preußen schon 1859 durch den Auftakt zum Heeres- und Verfassungskonflikt wieder fragwürdig wurden, setzte seit 1862 durch die Berufung Bismarcks jenes an dramatischen Ereignissen und unvorhergesehenen Entwicklungen so überreiche Jahrzehnt der politischen Einigung Kleindeutschlands unter preußischer Führung ein, in dem Berlin in schneller Folge erst durch stärkste politische Spannungen ging, dann aber bald durch die alle Erwartungen übertreffenden Erfolge dieser Regierung zur Reichshauptstadt erhoben wurde. Die Epoche der modernen Geschichte Berlins setzte damit auf einer Entwicklungsstufe ein, in der auch alle in seinem Inneren angesammelten Kräfte zu voller Entfaltung drängten.

Der Aufstieg Berlins zur Hauptstadt des Reiches ist auf dem Wege über die drei siegreichen Kriege von 1864, 1866 und 1870/71 mit so atemberaubender, dramatischer Schnelligkeit vollendet worden, daß sich selbst in dem Amtsblatt des Magistrates von 1937 noch das Geständnis findet, Berlin sei dazu gleichsam über Nacht geworden. „In keinem Stadium der preußischen Geschichte hätte menschliche Voraussicht die kühne Forderung erheben können, die preußische Hauptstadt müsse sich darauf vorbereiten, einmal die Hauptstadt der Deutschen zu werden.“ Diese Version des „Gewinners über Nacht“ kann gegenüber dem Inhalt der deutschen Geschichte seit den Freiheitskriegen allerdings kaum mehr als den Rang einer zugespitzten Halbwahrheit beanspruchen. Ebenso zutreffend ist aber, daß der Abschluß des Kampfes um die führende Stellung in Deutschland einen Verlauf genommen hat, der wie gegen das Preußen Bismarcks auch alle Vorbehalte gegen seine Hauptstadt, dies Berlin, das nach Karl Scheffler bestimmt war, „immerfort zu werden und niemals zu sein“, mit seiner „siegreichen, wenn auch nicht lebenswürdigen Vitalität“, zunächst nur verstärkt hat. Selbst einem kleindeutschen Schriftsteller wie Gustav Freytag erschien es noch als „ostdeutsche Kolonialstadt“, die ihre geistigen Kräfte „fast immer importieren“ müsse. Ein streng demokratischer Historiker, Georg Gottfried Gervinus, beklagte offen das Ausscheiden der alten, an Kultur so reichen Kaiserstadt Wien und hätte anstelle Berlins am liebsten die alte Stadt Hamburg, „ein fast fertiges deutsches London“, mit dem belebenden Einfluß ihrer Beziehungen zu den angelsächsischen Völkern, vor allem Großbritannien, und ihrem Charakter als „freie Bürgerstadt mit politisch mündiger Meinung“ gesehen. Selbst ein so unbedingter Bewunderer Bismarcks wie Heinrich v. Treitschke fürchtete 1872, daß Berlin zum „reinen Gründernest“ werden und dem Reich „schweres Unheil“ bringen könne. Er entschloß

sich 1873 nicht leicht, von Heidelberg in diese Stadt zu gehen, die ein deutsches „New York“ zu werden drohe, und klagte über den „Dünkel der Halbbildung und Barbarei eines sinnlichen Radikalismus, der sich selbst für idealistisch hält“ — stand jedoch schon 1874 unter dem Eindruck eines „großartigen Treibens“, „hinter dem bei allem ein gesunder Kern steckt.“

Gewiß war in diesem Berlin, in dem noch immer der Bereich der Gärten und Landhäuser kurz hinter dem Potsdamer Platz am Landwehrkanal begann, sehr viel mehr historisch-patriarchalische Idylle lebendig, als seine Kritiker wahrhaben wollten. Noch 1854/55 konnte hier Wilhelm Raabe seine „Chronik der Sperlingsgasse“ schreiben. Die Erinnerungen Julius Kastans betonen mit Recht, daß selbst das über 600 000 Einwohner zählende Berlin von 1860 sich in der Hauptsache noch immer innerhalb der alten Zollmauer Friedrich Wilhelms I. befand. Er hebt die Kargheit des Lebenszuschnitts bei der Masse seiner Handwerker und Arbeiter hervor, der „kümmerlich, über alle Maßen knapp, ja unzureichend“ gewesen sei, aber bei aller Kleinbürgerlichkeit doch auch eine „behagliche Anspruchslosigkeit“ besessen habe. Selbst der Ausbau des sogenannten alten Westens stand noch ganz in den Anfängen und erstreckte sich nur vom Tiergarten bis zum Landwehrkanal. Die Leipziger Straße bestand noch bis 1871 aus ein- bis zweistöckigen Häusern, vor denen sich tiefe Rinnsale befanden, die bei starkem Regenfall zu gefährlichen Verkehrshindernissen wurden. Als der junge Friedrich Meinecke 1871 nach Berlin kam, war der Kurfürstendamm noch eine staubige Landstraße. Zwar hatte ein optimistischer Journalist, Ludwig Rellstab, schon 1859 gemeint, Berlin steige jetzt zur Weltstadt auf, aber Rudolf Delbrück wurde sich in Paris des ganzen Abstandes bewußt, der die heimische Militär- und Beamtenstadt noch von der Hauptstadt Napoleons III. trennte. Vollends ein künftiger englischer Diplomat, Sir Arthur Nicolson, konnte in Berlin 1874 nur eine bescheidene Kleinstadt entdecken, deren Glanz nur auf dem Hofe Wilhelms I. beruhe, an dem man „die Begründer des modernen Deutschland“, Moltke und Bismarck, treffen konnte. Der Schweizer Jacob Burckhardt hatte 1846 über die Landschaft der Mark nicht genug klagen können. „Von der Erbärmlichkeit der Mark können sie sich keinen Begriff machen, um so höher muß man ihre historischen Entwicklungen anschlagen“ — 1895 hat er freilich doch zugestanden: „Berlin war schon zu meiner Zeit ein hochwichtiger Ort, weil man hier am ehesten die Vergangenheit und die Geschichte der Künste kennenlernte.“

Größe und Grenzen des Wandels, der sich jetzt vollzog, hat niemand schärfer aufgefangen als Fontane, der mit kritischer Strenge und verständnisvoller Liebe den Weg von der Idylle, aber auch der Enge des Vormärz bis zu dem gigantischen, nur mit Beispielen der Vereinigten Staaten vergleichbaren Wachstum der neuen Kaiserstadt miterlebt hat. Er hat am besten gewußt, wie zäh sich der märkische Grundzug Berlins behauptete, in dem 1864 noch ungefähr 50 %, aber selbst 1895 noch immer 40 % geborene Berliner lebten. Die so oft beklagte Unrast der werdenden Millionenstadt hat auch er auf das schärfste gerügt: „Was heißt Karriere machen anders als in Berlin leben, und was heißt in Berlin leben anders als Karriere machen.“ Er selbst hat sich freilich an das Beispiel Adolph Menzels gehalten, der es im Dienst seiner Kunst verstand, als Einsiedler seiner Arbeit zu leben. Fontane wußte schon vor der Thronbesteigung Wilhelms II. um die Gefahr eines „nie dagewesenen Byzantinismus“ im Gefolge beispielloser militärischer und staatlicher Erfolge, blieb aber doch bereit, die Notwendigkeit des Geschehenen zu bejahen. „Im ganzen leben wir in einer forschen und großen Zeit, und ich danke Gott täglich, daß ich nicht bloß 1837, wo der Pegelstand am niedrigsten war, sondern auch noch 1887 erlebte; wir sind aus dem Elend, der Armut und Polizeiwirtschaft heraus — alles gut, aber neben unserer neuen Größe läuft eine Kleinheit, eine Enge und Unfreiheit her, die die verachtete Stillstands- und Polizeiperiode der zwanziger und dreißiger Jahre nicht gekannt hat. Besonders die militärische Welt überschlägt sich; er ist der verwöhnte Sohn im Hause, weil er am besten reiten und tanzen kann, sich unter Zustimmung der Eltern alles erlauben darf.“ Der Dichter kritisierte an Berlin — und am Preußentum überhaupt — den tiefwurzelnden Glauben, daß „es mit uns ganz was besonderes sei“, gab etwa die Tüchtigkeit von Volksschule und Armee durchaus zu, „worin wir wahrscheinlich Nummer Eins sind, aber doch auch nicht in dem Grade, wie wir es uns einbilden“. Manchmal fürchtete er dagegen, daß „der Berliner ein egoistischer Kleinstädter“ geblieben sei, in dem sich trotz aller Vermehrung der Millionäre eine „gewisse Schusterhaftigkeit (Mutters Kloß sei der beste)“ zäh gehalten habe. Nachahmung, der gute Durchschnitt und die respektable Mittelmäßigkeit nahmen ihm einen viel zu großen Platz ein.

Diese auf den Kern der politischen und sozialen Zustände zielende Kritik, und Fontane hat das selbst am besten gewußt, berührt doch nicht, daß die Erweiterung des Berliner Horizontes jetzt die vitale Energie von Stadt und Bürgerschaft gründlich freigesetzt hatte und daß

diese sich, ungehemmt und von schweren Belastungen frei, mit der reißenden Kraft eines lange eingedämmten Stromes in Bewegung setzte. Das Wachstum Berlins trat mit dem Jahrzehnt der Reichsgründung in jene Beschleunigung ein, die ihm bis 1933 den Stempel aufgedrückt hat. Aus den etwas über 500 000 Einwohnern des Jahres 1861 waren 1871, beim Abschluß der Reichsgründung, bereits über 800 000 geworden, so daß der Vorsprung Wiens für die Dauer überholt war. Es näherte sich bereits der schon 1880 überschrittenen Millionengrenze und meldete damit seinen Eintritt unter die Weltstädte der modernen Zeit an. Der Abstand gegen London und Paris war jedoch immer noch so groß, daß dieser Zustand deutlich als bisher kurzlebige Frucht einer großen geschichtlichen Improvisation gekennzeichnet war. Unübersehbar zeichnete sich aber schon ab, daß dieses Wachstum, so untrennbar es mit der Gunst der Geschichte verbunden war, ohne die eigene Leistung einer aufstrebenden Bevölkerung nicht gedacht werden konnte. Am schärfsten erkannte dies vielleicht ein Besucher, der wie Friedrich Kapp, der Emigrant der Revolution von 1848, jetzt — 1862 — nach Berlin zurückkehrte. Er prophezeite bereits, daß die Zukunft Deutschlands vielleicht nicht einmal so sehr an seine Universitäten als an seine Technik, seine Industrie und das bessere Handwerk gebunden sei. „Berlin ist jetzt eine wichtige Fabrikstadt, die vom Hofe ebenso unabhängig dasteht wie Paris.“

Wohl konnte Berlin in den Jahren des Heereskonfliktes bis dicht an den Rand neuer innerer Erschütterungen geraten, die im Beginn der sechziger Jahre den Baltendeutschen Isidor Eckardt an die Vorgeschichte der Märzrevolution erinnerten. Noch 1865 schien ihm die politische Unzufriedenheit alles „aufzufressen“ und der Radikalismus die Stunde ganz zu beherrschen. Selbst der Berliner Handwerkerverein sei aus einer gediegenen Bildungsstätte zum „Tummelplatz radikaler Verhetzungen der schlimmsten Art“ geworden, die tiefstehende Journalistik der Hauptstadt erschöpfte sich in der Rolle des „Revolutionärs in Schlafrock und Pantoffeln“. Es ist kein Wunder, daß er nach dem schnellen Umschlag der Stimmung, den er 1870 feststellte, von der „stärkeren Impressionabilität des Berlinertums“ im Vergleich zu Hamburg sprach, wo man bei allem Patriotismus der Kriegsjahre über die Reichsgründung doch aufatmete, weil die norddeutsche Hansestadt jetzt nach der Reichsgründung wenigstens nicht mehr „mit Preußen unter vier Augen“ leben müsse.

Auch diesem Beobachter entging über dem Gegensatz der Atmosphäre vor und nach den Erfolgen Bismarcks, daß sich im Untergrund

der politischen Wandlungen Berlins doch eine sehr gleichmäßige und bedeutsame Kontinuität der Stadt selbst und der Entwicklung ihrer Bürgerschaft behauptet hatte. Seit 1858 hatte der Berliner Freisinn sich die unbestrittene Führung in der Selbstverwaltung der Hauptstadt, im Magistrat wie in der Stadtverordnetenversammlung, erobert. Mit dem Nachfolger Krausnicks, dem 1862 gewählten Karl Theodor Seydel, dem Schwager Rudolf Virchows, beginnt jene Reihe bedeutender Oberbürgermeister, die selbst liberal waren und auf das engste mit den bedeutenden Köpfen des Berliner Freisinns, Männern wie Rudolf Virchow, Viktor v. Unruh, Franz Duncker und Rudolf Gneist, zusammenarbeiteten. Seydels Nachfolger (1873), der westpreussische Gutsbesitzerssohn Arthur Hobrecht, bereits ein Jahrzehnt Oberbürgermeister von Breslau, wurde vor allem in seinem Kampf gegen das Kultusministerium für die Konfessionslosigkeit der Berliner Schulen von der stärksten Anerkennung des liberalen Bürgertums getragen. Nach seiner politischen Stellung war der glänzendste dieser Reihe — auch er aus Breslau nach Berlin kommend — seit 1878 der Reichstagspräsident Max v. Forckenbeck, der sich 1880 von den Nationalliberalen trennte, um schließlich von dem Protest dieser „Sezession“ gegen die Schutz-zollpolitik Bismarcks noch zur Fortschrittspartei überzugehen. Er hat das Amt des Berliner Oberbürgermeisters bis 1892, über das Ende der Bismarckzeit hinaus, verwaltet.

Für die Persönlichkeit Bismarcks gilt im Wechsel von erbitterter Gegnerschaft Berlins gegen den Ministerpräsidenten der Konfliktsjahre zu der begeisterten oder widerstrebenden Bewunderung des Bundeskanzlers und Reichskanzlers, daß auch das persönliche Verhältnis Bismarcks zu der Hauptstadt Preußens und des Reiches eine gewisse Zwiespältigkeit niemals ganz überwunden hat. Er konnte sich selbst einen „alten Berliner“ nennen und sich zu einem Heimatgefühl Berlin gegenüber bekennen, obwohl der erbitterte Kampf der Fortschrittspartei gegen ihn erst am Vorabend des Krieges von 1866 nach dem Attentat Cohns durch eine ihm huldigende Demonstration abgelöst wurde. Angesichts der bevorstehenden Entscheidung über die Herrschaft in Deutschland brach der erprobte Patriotismus der Berliner gegenüber der Tradition des preussischen Staates wieder siegreich durch. Die Stadt Berlin verdankt der persönlichen Anregung Bismarcks jenen Ausbau des Kurfürstendamms, der sich von dieser Grundlage her zu der repräsentativsten Straße Westberlins nach der Teilung von 1948 entwickeln konnte. Bismarck selbst hat diese groß gedachte Anlage gelegentlich scherzend „die schwierigste seiner Schöpfungen“ genannt. Das Verhältnis, daß er zu Berlin besaß,

ist so dauernd von Anziehung und Abstoßung, ehrlicher Bewunderung und politischer Gegnerschaft bestimmt geblieben.

Selbst für das erste Jahrzehnt von Bismarcks Amtsführung gilt aber schon, daß die kleinliche Schärfe des Druckes auf die Selbstverwaltung der Stadt sich seit dem Ende der eigentlichen Reaktion zu lockern begann. Vollends nach 1866 traten an die Stelle der Paßprüfung auf den Bahnhöfen das neue System der Freizügigkeit in Bund und Reich, die Gewerbefreiheit, die endlich erreichte Einheit von Maß, Münze und Gewicht, die der stürmisch sich entwickelnden Wirtschaft Berlins ein auch vom Zollverein nicht erreichtes Maß der Aktionsfreiheit gewährten. Es ist typisch, daß der Stadt seit 1876 endlich die Verwaltung ihrer Straßen und Brücken übertragen wurde, wenn auch in der Frage der großen öffentlichen Bauten, in der Verfügung über repräsentative Straßen des Stadtzentrums und in dem heißen Problem der Errichtung von Denkmälern noch immer ein Bereich der Friktionen bestehen blieb, der sich allerdings ganz erst über dem Bestreben Wilhelms II. entfaltete, Berlin nach seinem Geschmack zur „schönsten Stadt der Welt“ zu machen.

Die neue Aktivität des bürgerlichen Berlins fand nach längerer Vorbereitung ihren sichtbaren Ausdruck darin, daß jetzt endlich in der Königsstraße der dringend notwendige Bau des von Wäsemann errichteten neuen Rathauses mit seinem 94 m hoch die Innenstadt überragenden Turm in Angriff genommen und von 1861-1870 in fast zehnjähriger Bauzeit durchgeführt wurde.

Seit etwa 1860 begann jetzt eine bis zum ersten Weltkrieg dauernde Zeit, in der die an Einwohnerzahl und Wohlstand schnell wachsende Stadt finanziell unter der Verwaltung einer konservativen Bürokratie sich doch sorgenfreier bewegen konnte als dies vorher und in gewissem Sinn auch später seit der Epoche der Weimarer Demokratie der Fall gewesen ist. Diese beiden Generationen eines noch immer liberalen Honoratiorenregimentes waren dadurch in der Lage, große neue Aufgaben so durchgreifend zu lösen, daß Berlin unter ihm trotz aller Mängel des Wohnungswesens doch eine der saubersten und gesündesten modernen Großstädte zu werden vermochte. Während sich die Bevölkerung zwischen 1861 und 1869 von 530 000 auf 760 000 Einwohner vermehrte, haben sich die Reinausgaben des Berliner Haushaltes — von 6 auf 11,2 Millionen Mark — fast verdoppelt. Die Schulausgaben konnten dadurch von 10 auf volle 20 % des Haushaltes gesteigert werden, so daß mit dieser Epoche die moderne Volksschule in Berlin recht eigentlich begonnen hat. Die Zahl der Volksschulen

wuchs von 1861: 22 bis 1881 auf 122, während der Anteil der Armenpflege von 14—15 % (wenigstens) auf 12,4 % des Haushaltes zurückging.

Unter den Einnahmen der Stadt stand allerdings noch immer die Haus- und Mietssteuer an erster Stelle, deren Ertrag unter dem Vorzeichen der Gründerspekulation sich von 1871 bis 1876 — von 5 auf 10 Millionen — verdoppelte. Langsam gewann seit 1870 aber die Gemeindeeinkommenssteuer ein immer größeres Gewicht. Sie hat erstmals 1881 den Ertrag der Mietsteuer überholt. Der städtische Zuschlag zur Mahl- und Schlachtsteuer fiel mit der Aufhebung der ihr zugrunde liegenden Staatssteuer fort. Während sich noch 1861 indirekte und direkte Kommunalsteuern wie 4,7 zu 1 verhielten, hatte sich schon 1876 eine Relation von 1 zu 5,5 herausgebildet. Wohl verteidigten die Abgeordneten dank dem starken Gewicht des Hausbesitzes in ihren Reihen gegen die eine völlige Beseitigung der Mietsteuer anregende Staatsregierung noch immer ihren ablehnenden Standpunkt damit, daß diese Steuer im Prinzip vollständig gerechtfertigt sei. Aber die alte Scheu der Oberschicht Berlins vor direkten Steuern schlug doch langsam fast in ihr Gegenteil um und wurde durch die ebenfalls neue Bereitschaft ergänzt, eine kühnere Anleihepolitik, gerade auch für Schulbauten, zu wagen. Im ganzen war so die Bahn einer modernen kommunalen Finanzpolitik beschritten, deren Grundlagen durch die Miquelsche Finanzreform von 1895 nicht wesentlich verändert wurden. Auch die neue Verschuldung — bis 1914: 503 Millionen — überstieg nicht die Leistungsfähigkeit der Stadt, die ihre Anleihen daher von 1866 bis 1908 zu dem bescheidenen Zinsfuß von 3 1/2 % unterbringen konnte und auch dann nur bis auf 4 % heraufzugehen brauchte.

Schon der besonders von seinem Schwager Virchow beratene Seydel konnte daher das große Werk einer hygienischen Anforderungen genügenden Kanalisation bereits 1876 in Angriff nehmen und zum 100. Geburtstag Alexander v. Humboldts die Anlage einer weiteren städtischen Parkanlage, des Humboldthains, durchführen. Vor allem wagte die bisher ganz von der staatlichen Charité und privaten Krankenhäusern abhängige Stadt, 1874 mit dem Krankenhaus Friedrichshain endlich auch die Initiative im Krankenhausbau zu ergreifen. 1873 vollzog sich mit dem Ankauf der bisher in englischer Hand befindlichen Wasserwerke der Übergang zur Kommunalisierung der Wasserversorgung Berlins. Dieser ganzen, vornehmlich den Anregungen Virchows zu verdankenden Arbeit an einer auch in modernem Sinne echten Daseinsfürsorge gilt das Bekenntnis Max v. Forckenbecks, daß alle entschei-

denden Grundgedanken und Ansätze sich in dem einen Jahrzehnt der Amtsführung Seydels (1862-1873) zusammendrängten: „Unsere ganze Arbeit besteht noch heute nur darin, seine Pläne und Projekte zu verwirklichen.“

Unleugbar stehen dem Glanz dieser Verdienste freilich auch starke Schatten in Fragen gegenüber, bei denen die Interessenbefangenheit dieser bürgerlichen Vertretung nach dem Dreiklassenwahlrecht ihren begrenzenden Einfluß ausgeübt hatte. Das immer schneller wachsende Berlin, 1861: 528 900, 1865: 703 714, 1871: 826 271 Einwohner, begann jetzt endlich über die Einschnürung der über ein Jahrhundert alten Zollmauer von 1735 unwiderstehlich hinauszuwachsen. Gegen den Protest des Kriegsministeriums wurde sie 1867 und 1868 niederlegt, wobei freilich die alten malerischen Tore mit der Ausnahme des Brandenburger Tores in der Hauptsache geopfert werden mußten. Ebenso fiel die auf Straßenebene verlaufende „Verbindungsbahn“ von 1851 zwischen den Bahnhöfen der Stadt, die als Verkehrshindernis nicht mehr tragbar war. Stattdessen wurde mit dem 1867 beginnenden, erst nach dem Kriege mit Frankreich abgeschlossenen Bau der Ringbahn ein Verkehrsmittel geschaffen, dessen Wert unbestritten ist, obwohl durch ihre Dammbauten und Brücken für die Zukunft neue Verlegenheiten geschaffen wurden, deren Tragweite erst der motorisierte Verkehr der Gegenwart mit ganzer Schwere empfindet.

War schon dies ein Fortschritt, der der staatlichen Verwaltung zu verdanken war, so traten die Grenzen von Wagemut und Opferbereitschaft der Stadtverordnetenversammlung mit aller Schärfe in den langjährigen, schon 1848 beginnenden Auseinandersetzungen zutage, die um die 1860 erfolgende erste größere Erweiterung des Stadtgebietes geführt worden sind. Die wesentlich von Gewerbe- und Rentnerschicht, vor allem stark vom Hausbesitz beeinflusste Vertretung der Bürgerschaft hat sich bis zur Jahrhundertwende konsequent gegen die Übernahme finanzschwacher industrieller Siedlungen vor den Toren des alten Berlin — vor allem im Norden und Osten der Stadt — gestäubt, während umgekehrt die von ihr aus entgegengesetzten Motiven begehrten westlichen Vororte von Charlottenburg bis Wannsee eine zähe Abneigung gegen den ihnen bei einer Eingemeindung drohenden Lastenausgleich zugunsten der finanziell schwächeren Industriesiedlungen entwickelt haben. Diese bis zum Großberlin-Gesetz dauernden Spannungen haben die Entwicklung des modernen Berlin in wenig glücklicher Weise verzögert, obwohl der konservative Gegendruck der preußischen Staatsregierung erst im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts in voller

Stärke eingesetzt hat. Schon die ganzen fünfziger Jahre sind über unfruchtbaren Diskussionen verstrichen, obwohl ein so energischer Polizeipräsident wie Hinckeldey bereits Eingemeindungen auf beiden Spreeufern als unvermeidlich gefordert hatte. 1855 und 1857 war die Geduld der Potsdamer Regierung gegenüber dem hinhaltenden Widerstand Berlins sichtlich erschöpft. Aber auch der Magistrat war nicht in der Lage, die Abneigung von Stadtverordneten und Bürgerschaft zu überwinden, die sich weigerten, ein öffentliches Interesse auch und gerade an der Eingemeindung von Moabit und Wedding anzuerkennen, die Polizeipräsident und Regierung schon aus polizeilichen Gründen unbedingt verlangten. So ist das Gebiet Berlins schließlich im Januar 1860 durch königliche Kabinettsordre zwangsweise von 3 511 auf 5 923 ha — fast auf das Doppelte — vergrößert worden, während die Bevölkerung zunächst freilich nur um 35 500 gegen 473 000 Köpfe, ein Mehr von 7 %, anwuchs. Den Kern der 1861 durchgeführten Erweiterung bildeten mit Moabit und Wedding zwei ausgesprochene Arbeitersiedlungen, die bis 1875, im Zeitraum von 15 Jahren, einen Zuwachs von rund 330 % (von 35 000 auf 152 774 Einwohner) gegen nur 65 % Zuwachs der Altstadt erfuhren. Für die Kurzsichtigkeit des Widerstandes war bezeichnend, daß sie auch 1875 nur 16 % der Gesamtbevölkerung beherbergten, — dagegen durch schnell zunehmende Steuerkraft — 20 % des Aufkommens an Gemeinde- und Einkommensteuer aufbrachten. Dazu kamen das bisher zu Charlottenburg gehörige Tiergartenfeld, der Tiergarten selbst und die Hasenheide. Zwar hatte eine Minderheit auch der Stadtverordneten die Notwendigkeit dieser Erweiterung begriffen und vertreten, aber es blieb doch im Grunde das Staatsministerium, das sich klar war, daß die Maßnahme nur „dem natürlichen Entwicklungsdrang“ Ausdruck gab und durch gesetzliche Grundlage unhaltbare Verhältnisse beseitigte. „Man verbindet dadurch mit der Stadt, was dieser seinen Ursprung verdankt und innerlich bereits zu ihr gehört, man trennt vom Lande, was ganz ohne Zutun desselben entstanden und demselben völlig heterogen entgegengesetzt ist.“

Noch viel stärker ist die historische Erinnerung an diese Epoche meist durch die Auseinandersetzung über die Baupolizeiordnung von 1853, die erste seit 1651, und den Generalbebauungsplan von 1863 belastet worden. Beide zusammen haben auf dem Hintergrund eines radikal negativen, nach dem Nachweis Ernst Kaebers aber sachlich mehr als zweifelhaften Bildes der ganzen preußischen und Berliner Geschichte das kritische Hauptthema des ablehnendsten Buches gebildet, das je über Berlin geschrieben worden ist. Das bis in die Zeit des Nationalsozialismus,

etwa bei dem Geographen Friedrich Leyden, fortwirkende Schlagwort von Berlin als einer „großen Steinwüste“, einer „willkürlich wirkenden Zusammenballung von Menschen“, „auf einer kulturell ursprünglich so schwachen Grundlage, in einer von Natur der menschlichen Entfaltung so wenig günstigen Umgebung“, wie sie keine andere moderne Weltstadt, nicht einmal Mailand oder Barcelona besitzen — alle diese Kritik hat 1930 in Werner Hegemanns „Steinernem Berlin“, dieser einzigen Anklage gegen die „größte Mietskasernenstadt der Welt“, ihren brillanten und publizistisch höchst wirksamen Ausdruck gefunden. Er kann sich darauf berufen, daß in Berlin schon 1871 ein Fünftel der Einwohner, 162 000 Menschen, in „übervölkerten“ Kleinwohnungen zusammengedrängt war, in denen auf ein Zimmer mit Küche — beim Fehlen von genügenden Toiletten und bei oft ganz ungenügenden Wasseranschlüssen — durchschnittlich $7\frac{1}{2}$ (7,2) Menschen kamen. Auch einem sehr viel besonneneren modernen Architekten, Hermann Muthesius, erschien dies Berlin als „eine Unsumme von Unkultur, wie sie in den Wohnungsverhältnissen der Menschheit noch nicht dagewesen ist“.

In der Tat hatte sich in Berlin die durchschnittliche Zahl der Wohnungen pro Haus zwischen 1846 und 1870 von 7,9 auf 13, die der Bewohner von 42 auf 53 Personen vermehrt, während selbst in London auf ein Grundstück durchschnittlich nur etwa 8 Personen entfielen. Der Anteil der Haus- und Grundbesitzer — nur 1 % der Bevölkerung — an der kommunalen Vertretung ist in einer Epoche des ersten Bündnisses zwischen bürokratischer Autorität und bürgerlichem Eigentumsprinzip sicherlich von einer ernsten Mitverantwortung an dieser verhängnisvollen Entwicklung nicht freizusprechen. Während selbst in London schließlich 84 % aller Häuser — in anderen englischen Großstädten sogar 97 % — Einfamilienhäuser waren, wohnten noch im Berlin der Weimarer Demokratie 3,7 Millionen Menschen in fünfgeschossigen Häusern. Trotz aller Anstrengungen dieser Epoche hat noch das gegenwärtige Berlin höchst schwierige Aufgaben bei der Beseitigung der ihm verbliebenen Slums zu lösen.

Die ursprüngliche Verantwortung sowohl für die Baupolizeiordnung Hinckeldeys von 1853 wie für den Bebauungsplan von 1863, den der Baurat James Hobrecht zwischen 1858 und 1861 bearbeitet hat, liegt allerdings bei der staatlichen Verwaltung. Sie hat in der Baupolizeiverordnung durch die Anlage viel zu großer Baublöcke, durch unglückliche Bemessung der Verhältnisse zwischen Häuserhöhe und Straßenbreite, durch die viel zu geringe Bemessung der Höfe — nur je 5,3 m

Breite und Tiefe bei einer Höhe der Häuser bis zu 22 m — durch die Zulassung zahlreicher Hinterhäuser ganz zugunsten einer rücksichtslosen Bauspekulation gewirkt. Die Bürokratie hat sich so sicher gefühlt, daß sie noch 1887 diese so unglückliche Berliner Bauordnung auch auf Charlottenburg, Schöneberg und Rixdorf ausdehnte. Das Ergebnis wurde ein Häusermeer, das um 1900 von Steglitz bis Reinickendorf und von Westend bis Stralau reichte, ehe die Bombenangriffe des zweiten Weltkrieges ebenso katastrophale Lücken in seine Geschlossenheit schlugen. Immerhin wollte der Bebauungsplan des damals erst dreiunddreißigjährigen Baurates Hobrecht eine Leistung für die Zukunft sein und legte ein Stadtgebiet von 7 000 ha (statt der 5 923 des Jahres 1860) mit 4 Millionen Einwohnern statt der vorhandenen fast 550 000 zugrunde. Schon in den Gründerjahren rechnete man auf dieser Basis mit einer Zunahme der Bevölkerung Berlins bis zu 9 Millionen, und 1913 hat man nach Hegemann sogar von einem 21 Millionen Menschen umfassenden Großberlin geträumt. Die Kritik dieses Planes, der sich auch der eigene Bruder des Bearbeiters, der Oberbürgermeister Arthur Hobrecht, anschloß, hat denn auch sofort eingesetzt. Man hat ihm ästhetisch und funktionell vor allem das dem Vorbild des gleichzeitigen Umbaus von Paris durch Conrad Hausmann entnommene System eines großen Boulevardringes mit eingeschalteten Sternplätzen — so dem Blücher-, Nollendorf- und Dennewitzplatz usw. — als für Berlin ganz unpassend zum Vorwurf gemacht. Dem steht allerdings entgegen, daß dies von der Bürokratie des monarchischen Staates angelegte Berlin mit seinen breiten Straßen die Feuerprobe des modernen Verkehrs bisher noch immer sehr viel besser bestanden und sich als ausbaufähiger erwiesen hat als die Mehrzahl aller älteren deutschen Städte. Der Irrtum der „Mietskasernenstadt“ bleibt ebenso bestehen wie der Anteil, den soziale Befangenheit an dieser Entwicklung besessen hat. Die radikale Beurteilung dieser Epoche hat sich aber doch wohl so ausschließlich an ihre Schattenseiten geknüpft, daß sie ihrer trotz allem und in allem doch vorhandenen Leistung kaum gerecht geworden ist. Sie ist im ganzen doch wohl der bezeichnende Ausdruck einer in ihren Leistungen bedeutenden wie in ihren sehr charakteristischen Grenzen verbleibenden Generation gewesen.

Berlin und Brandenburg in der Epoche des Kaiserreiches (1871—1918)

Vollends seit 1871 ist die neue Reichshauptstadt in eine Epoche stürmischer Entfaltung eingetreten, deren Schnelligkeit selbst in dieser

Zeit zunehmender „Verstädterung“ der modernen Welt nur noch in dem Wachstum der großen Städte Nordamerikas nach dem Ende des Bürgerkrieges ihresgleichen hatte. Von 826 341 Einwohnern im Jahre 1870 wuchs Berlin schon bis 1880 (1 122 330) über die erste Million hinaus und überschritt bis 1910 (2 071 257) auch die zweite Million. Da seit der Reichsgründung der Kreis erst der nahen, bald auch der weiteren Vororte in den Sog dieses Prozesses hineingezogen wurde, sind die Dimensionen dieser Entwicklung mit dem Wachstum der alten Stadt Berlin keineswegs erschöpft. Trotz der hemmenden Zäsur des ersten Weltkrieges von 1914—1918 zählte das Großberlin des Gesetzes von 1920 bereits fast 4 Millionen (3 858 293) Einwohner und war damit nach London und New York zur drittgrößten Weltstadt des Erdballs geworden. Mit einer Steigerung um das annähernd Fünffache hatte es jetzt selbst Paris (2,9 Mill.) überholt und Wien mit seinen 1,8 Millionen ebensoweit hinter sich gelassen wie Tokio (1920), das es freilich schon 1940 seinerseits bei weitem überholt haben sollte.

Daß diese erstaunliche Entwicklungsbeschleunigung trotz aller sie stützenden und fördernden Vorzüge der geographischen Lage, durch die Berlin ein Mittelpunkt zwischen Ost-, Mittel- und Westeuropa dank Eisenbahnnetz und Wasserwegen werden konnte, ohne die Gunst der politischen Ereignisse in dem einheitlichen kleindeutschen Reiche Bismarcks undenkbar gewesen wäre, ist selbstverständlich. Nicht nur der Spekulationstaukel der Gründerjahre bestätigt, daß es seinen Einwohnern nicht immer leicht gewesen ist, der verführerischen Lockung relativ leichten Gewinnes zu widerstehen. Kritische Beobachter wie Friedrich Meinecke stellten noch am Lebensabend die eigentümliche Atmosphäre dieses Zustandes dahin fest, daß das Berlin von 1871 im Rückblick eigentlich nur „eine große, mäßig bewegte Provinzialstadt“ gewesen sei, in der aber sehr bald „alles nach Neubauten roch“. Trotz aller politischen Spannungen blieb die alte Hauptstadt Preußens eine, vor allem in ihrem Lokalstolz, patriotische Stadt, die sich naiv genug ihrer neuen Bedeutung, ihrer „Linden“ rühmte als „des Stolzes und der Freude der Berliner, seine liebste Promenade, das Rendezvous der feinen Welt, den Sammelplatz der Menge, die Via Sacra des Volkes, die Siegesstraße des tapferen Heeres, das Forum der Regierung, das Pantheon der Helden und berühmten Männer“.

Noch bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges konnten begreiflich genug alle Dissonanzen und Zweifel durch das Gefühl übertönt werden, „einem blühenden, immer noch aufstrebenden Staat“, einer Nation von unablässig steigender Vitalität anzugehören. Wilhelm II.

wurde zwar in ganz anderem Ausmaße als die stets vornehme Erscheinung seines Großvaters oft zum Gegenstand der Kritik; aber in gewissen Grenzen konnte sein persönlicher Anteil an dieser Entwicklung nicht einfach bestritten werden.

Freilich geriet dies Berlin, das nach Theodor Fontane „immer komfortabler“ wurde, so daß selbst die alte „Ruppigkeit“ zu schwinden begann, in der Generation Wilhelms II. in neue, das gegenseitige Verhältnis immer stärker belastende Spannungen mit Dynastie und Staat Preußens, mit denen sein Aufstieg bisher untrennbar verbunden gewesen war. Der Kaiser trat seiner Hauptstadt mehr als einmal mit einer lieblosen Überheblichkeit entgegen, die allein schon bewies, wie wenig er trotz aller an der Oberfläche bleibenden Modernität die Natur der in ihrer Bürgerschaft wirksamen Kräfte zu begreifen vermochte. Er lehnte den um 1890 viel erörterten Gedanken einer Weltausstellung in Berlin radikal ab, weil er den Wettbewerb seiner Hauptstadt mit London oder Paris für aussichtslos hielt. „Der Ruhm der Pariser läßt“ — wie er an Caprivi schrieb — „die Berliner nicht schlafen“. Aber „in Berlin ist nichts, was den Fremden fesselt, als die paar Museen, Schlösser und die Soldaten“. Im Grunde glaubte er, wie sein „in Gott ruhender Herr Großvater“ gegen den Willen des unverständigen Volkshaufens Maßregeln durchsetzen zu müssen, „die erst bekämpft, dann bekrittelt, schließlich gesegnet“ werden würden.

Während das konservative Wesen des Hofes und der gesellschaftlichen Spitzenschicht im preußischen Staate der Entwicklung in die Zukunft ein zähes Nachhutgefecht lieferte, verlor der Hof jene schlichte Vornehmheit, die ihn noch unter Wilhelm I. ausgezeichnet hatte, der „Kaiser nur nebenher“ gewesen war. Gewiß bemühte sich Wilhelm II. mit echtem Interesse, in Berührung mit den führenden Vertretern von Wissenschaft und Wirtschaft zu treten. Wie er aber die Schloßkompanie als Menzelbild in friderizianische Uniformen steckte, überwog doch bei seinen Hoffesten noch immer ganz die Gesellschaft des preußischen Adels in Offizierkorps und — weit nach diesem rangierend — Beamtentum. „Die Ahnen der meisten hatten unter sechs preußischen Königen hier gefeiert, wo man hinhörte, historische Namen, einige Johanniterritter wirkten, als seien sie den alten Bilderrahmen entsprungen.“ Ebenso wie hier Marie v. Bunsen stellte Walther Rathenau, selbst Außenseiter in diesem Kreise, kritisch fest: den Kern habe die Schicht des „ländlichen, militärischen und bürokratischen Adels“ gebildet. „Ihr gehörte Preußen, sie hatten es geschaffen.“ Um ihren Kreis lagerte sich „das plutokratische Bürgertum, Einlaß fordernd um jeden Preis und bereit, alles zu

verteidigen, für alles einzutreten. Außen aber lag das Volk“. Der Witz der Berliner vergalt das herablassende Überlegenheitsgefühl Wilhelms II. mit einer Kaskade von Witzen, die sich an Lieblingserschöpfungen des Kaisers, wie vor allem die Siegesallee, knüpften. Die geistig, vor allem auf künstlerischem Gebiet, in Musik, Theater und Literatur, führende Schicht lebte dagegen bereits in einer Welt revolutionärer Neuerungen — vom Naturalismus der Dramen Gerhart Hauptmanns, die zur Empörung Wilhelms II. im Deutschen Theater Otto Brahm und in der Freien Volksbühne ihre Uraufführung erlebten, bis zu der impressionistischen Malerei Max Liebermanns, der bereits vor 1914 die ersten entscheidenden Versuche des Expressionismus folgten, alles Erscheinungen, die bereits bei Wilhelm II., dem Bewunderer Ernst v. Wildenbruchs, im Grunde nichts anderes als „entartete Kunst“ waren. Die großen Leistungen der Wissenschaft an der noch immer einen wohlverdienten Weltruf genießenden Friedrich-Wilhelms-Universität und der Technischen Hochschule waren dem Monarchen am ehesten noch auf technischem und naturwissenschaftlichem Gebiete zugänglich. Dies Interesse vor allem hat ihn der Idee Adolf v. Harnacks zugänglich gemacht, durch die Stiftung der — nach 1945 zur Max-Planck-Gesellschaft gewordenen — Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft der Wissenschaft ein groß angelegtes Instrument überpersoneller Forschungsarbeit zu begründen. Wenn — wie schon das Beispiel Harnacks zeigt — die Verbindung der Geisteswissenschaft mit dem bestehenden Zustand von Staat und Gesellschaft noch immer sehr eng war, wenn bedeutende Historiker wie Max Lenz, Reinhold Koser und Erich Marcks die Grundlage des Bismarckreiches noch ganz bejahten, so waren — und das gilt auch für den liberalen Theologen Harnack — gerade die in die Zukunft weisenden Ideen dieser Wissenschaften, wie sie etwa durch Otto Hintze und Friedrich Meinecke oder Ernst Troeltsch in Berlin vertreten wurden, dem historisch-politisch ganz überwiegend an der Vergangenheit orientierten Herrscher doch im Grunde unzugänglich. Am wenigsten aber ahnte er, was Walther Rathenau schon jetzt feststellte, daß seine ganze Welt bereits von den in der Tiefe arbeitenden Kräften der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung gerade in seiner Hauptstadt überholt war: „Was uns den Namen gibt, ist die Fabrikstadt, die im Westen niemand kennt und die vielleicht die größte der Welt ist. Nach Süden und Osten streckt die Arbeiterstadt ihre schwarzen Polypenarme, sie umklammert den schwächlichen Westen mit Eisensehnen.“

Dieser Abstand zweier Welten schließt nicht aus, daß die Selbstverwaltung Berlins in der gleichen Epoche eine ihrer großen Zeiten gehabt

hat, da ihr selbst die seit 1878 mit steigendem Mißtrauen auf die „rote Hauptstadt“ blickende konservative Bürokratie im Rahmen des bestehenden Verfassungs- und Rechtsstaates weitgehende Bewegungsfreiheit auf ihrem eigensten Gebiete zugestand. Ein Oberbürgermeister von Berlin, Max v. Forckenbeck, konnte eine führende Rolle in dem vergeblichen Widerstand gegen die Schutzzoll- und Steuerpolitik Bismarcks wie den erneuten, harten Aufstieg der konservativen Kräfte in Preußen spielen. Wilhelm II. hat sich 1898 lange gesträubt, den entschieden freisinnigen Martin Kirschner als Oberbürgermeister zu bestätigen, für dessen Wahl Forckenbeck eingetreten war und den Hugo Preuß den besten Bürgermeister Berlins genannt hat. Der Monarch hatte bezeichnenderweise vor allem daran Anstoß genommen, daß Magistrat und Stadtverordnete soeben beschlossen hatten, die Gräber der Märzgefallenen des Jahres 1848 im Friedrichshain würdig wiederherstellen zu lassen. Kirschners Nachfolger, Adolf Wermuth, der letzte Oberbürgermeister Berlins in der Friedenszeit und das Oberhaupt der Stadt in den Jahren des ersten Weltkrieges und der Revolution (1912—1920), kam zwar aus der hohen preußischen Reichsbürokratie. Aber er war bezeichnenderweise zu dem Übertritt in die Selbstverwaltung dadurch geführt, daß die von ihm als Reichsschatzsekretär als unentbehrlicher Bestandteil einer Reichsfinanzreform vertretene Erbschaftssteuer an dem Widerstand von Konservativen und Zentrum gescheitert war. Seine Wahl erfolgte, bei Stimmenthaltung der Sozialdemokratie und des zur Koalition mit ihr bereiten linken bürgerlich-sozialen Flügels des Berliner Freisinns, weil man ihn daher als Vertreter liberaler Anschauungen auf den Schild hob. Obwohl das mehr als zweifelhaft ist, veranlaßte ihn sein Ehrgeiz doch, sich fortschreitend mehr dem neuen Boden der Berliner Selbstverwaltung anzupassen, bis ihm die bürgerlichen Parteien im Herbst 1920 eine zu weitgehende Annäherung an die Parteien der Linken, vor allem die USPD, im Revolutionsjahre vorwarfen: „Er sei weder kalt noch warm und habe sich zu sehr zurückgehalten, wo es Farbe zu bekennen galt.“

Die Stadtverordnetenversammlung Berlins blieb während der ganzen Epoche eine Domäne des Freisinns, da der Sozialdemokratie bis 1918 durch das Dreiklassenwahlrecht nur sehr begrenzte, obwohl schon die Zukunft vorbereitende Einbrüche in diese Bastion des Zensusbürgertums gelangen. Es ist überaus bezeichnend, daß Berlin selbst in der Siegesfreude von 1866 keinen Nationalliberalen wieder in den preußischen Landtag wählte. Auch bei den ersten Wahlen zum Norddeutschen Reichstag im Februar 1867 vermochten die konservativen Kandidaten

wie Bismarck, Roon, Moltke und andere sieggekürnte Generale nicht durchzudringen. Die sechs Wahlkreise Berlins blieben sämtlich im Besitz der Fortschrittspartei, obwohl jetzt bereits ihr künftiger Erbe vor der Tür stand.

Die Eroberung Berlins durch die Sozialdemokratie, die mit der Wirksamkeit Ferdinand Lassalles und dem Beginn des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins 1863 einsetzt, wurde durch ein Jahrzehnt dadurch gehemmt, daß hier die Kämpfe zwischen der von ihr begründeten Bewegung und der sich an Karl Marx anlehrenden Richtung Bebels und Liebknechts besonders scharf geführt wurden. Erst die Vereinigung von 1875 in Gotha ermöglichte es daher, daß bei der Reichstagswahl von 1877 zwei Berliner Wahlkreise durch die Sozialdemokratie erobert wurden. Es folgte seit 1878 die heroische Zeit des Kampfes gegen das Bismarcksche Sozialistengesetz, das den Widerstand der Berliner Arbeiter umso weniger zu brechen vermochte, als der Reichstag mit der Reichstagsfraktion dauernd ihre große öffentliche Tribüne bildete. Auch die uns heute erschlossenen Lageberichte des Berliner Polizeipräsidiums von 1878 bis 1890, das für ganz Deutschland die zentrale Zusammenfassung der Beobachtung des Ringens zu leisten hatte, können nur die Aussichtslosigkeit dieser im Rechtsstaat trotz aller Härte und oft Kleinlichkeit nur begrenzten Repression bestätigen. Sie hat hier wie in allen anderen Zentren der Partei die Findigkeit der Bedrohten nur immer neu herausgefordert. Mit anfänglichem Optimismus suchte die Polizei bis 1881 den Widerstand in der Hauptstadt mit dem Instrument der Ausweisung nach § 28 des Gesetzes dadurch zu brechen, daß sie die Mitglieder des Parteikomitees — mit Ausnahme der durch ihre Immunität geschützten Reichstagsabgeordneten — aus Berlin entfernte und jede nicht durch den Szenenwechsel immer neuer Vereinsgründungen in harmloser Form ihr entzogene Tätigkeit der Partei unterdrückte. Sie glaubte, 1881 triumphierend feststellen zu können, daß es der Sozialdemokratie durch diesen Druck schwer geworden sei, geeignete Persönlichkeiten für die Wahl in ein Ersatzkomitee zu finden. Aber die Hoffnung, daß es dem Parteivorstand nicht gelingen werde, die erheblichen Mittel für die Unterstützung der Ausgewiesenen und ihrer Familien zu beschaffen, endete auf die Dauer mit einer Enttäuschung. Bei den Kommunalwahlen von 1883 glückte der Sozialdemokratie sogar schon der erste Einbruch, die Wahl von fünf Vertretern in die Berliner Stadtverordnetenversammlung, die bezeichnenderweise durch ein „Komité zur Verbreitung bürgerlicher Kultur“ vorbereitet war. Obwohl Bebel vorsichtig betonte, daß es sich zunächst nur um eine Kraftprobe handeln

könne, wagte man bereits die Gründung von 18 Arbeiterbezirksvereinen, die auf 28 vermehrt werden sollten. Die scharfe Aufmerksamkeit der Polizei in Berlin wirkte geradezu als Aufforderung, in die Vororte und die Provinz, so nach Köpenick (Lassalle-Feier 21. 8. 1886) und Grünau („Ausflug“ vom 3. 6. 1886), nach Peitz, Schönewalde und Spremberg zu gehen. Das allerdings langsamere Anwachsen der Gewerkschaften hatte schon jetzt die Folge, daß Streikbrecher polizeilich geschützt werden mußten. Die Kartellwahlen des Jahres 1888 wurden in Berlin bereits zum Vorspiel des großen Dammbrechens von 1890, obwohl die Berliner Parteileitung unter der besonnenen Führung Paul Singers das Ungestüm ihrer Anhänger eher zu bremsen suchte. Auch jetzt waren die Träger der Wahlagitation wieder „Vereine zur Erzielung volkstümlicher Wahlen“ gewesen. Der von 1881—1890 über Berlin verhängte „kleine Belagerungszustand“ hatte völlig versagt. Schon 1890 konnte die Partei 11 Vertreter auf die 42 Stadtverordneten der dritten Klasse, 1905 35 von 48 durchbringen und schon 1908 die ersten Mandate auch in der zweiten Klasse erobern. 1900 folgten Hunderttausende dem Zuge, der Wilhelm Liebknecht zu Grabe trug. Die Eroberung Berlins auf der Ebene des Reichstagswahlrechts war 1912 — bei den letzten Vorkriegswahlen — in einem Ausmaße abgeschlossen, das der Nationalsozialismus auch bei den letzten noch einigermaßen freien Wahlen von 1932 und 1933 niemals erreicht hat, da die Sozialdemokratie 307 000 von den 408 000 gültig abgegebenen Stimmen für sich gewonnen hatte. Nur noch eines der sechs Reichstagsmandate Berlins konnte mit knapper Not durch den Freisinn behauptet werden. Diese Entwicklung der Partei machte es so besonders verständlich, daß nicht nur ihr revisionistischer Flügel bis zum ersten Weltkrieg hoffen konnte, mit der Waffe des allgemeinen, gleichen und geheimen Stimmrechts einmal bis zur absoluten Mehrheit vordringen zu können, eine Zuversicht, die sich dann, nach einer kurzen Episode der Jahre 1919 und 1920, bis zur Gegenwart doch nicht bestätigt hat.

In der Berliner Politik spiegelt sich die Tatsache, daß unter dem Dreiklassenwahlrecht weniger als 2 000 Wähler der ersten Abteilung genau das gleiche Gewicht besaßen wie 336 000 Wähler der dritten Abteilung. Die Leistung einer Stadtvertretung, in der ein Hugo Preuß bis 1914 die einzige ihm erreichbare Stätte politischer Wirksamkeit fand, sollte trotzdem nicht unterschätzt werden. Es war freilich ein weiter Abstand gegen die Vergangenheit, wenn Berlin 1910 bereits über einen Etat von rd. 300 Millionen Mark, höher als der der meisten Bundesstaaten des Deutschen Reiches, verfügen konnte und damit in der Lage war,

die großen, seit 1859 in Angriff genommenen Aufgaben erfolgreich durchzuführen. Das ist um so bemerkenswerter, als auch die Hauptstadt des Reiches verwaltungsmäßig keineswegs eine ihrer Bedeutung angemessene Sonderstellung erhielt. Zwar schied Berlin 1881 aus der Provinz Brandenburg aus und bildete fortan einen eigenen Verwaltungsbezirk. Damit wurde der Oberpräsident der Provinz Brandenburg — an Stelle des Regierungspräsidenten in Potsdam — zum Träger der staatlichen Kommunalaufsicht. Aber es blieb auch jetzt noch bei den ausgedehnten Vollmachten des königlichen Polizeipräsidenten, durch den auf dem Wege einer königlichen Genehmigung auch nach dem Fluchtliniengesetz von 1875 nach wie vor die Neufestsetzung oder Abänderung von Bebauungsplänen, die Aufstellung von Denkmälern und selbst die Genehmigung von Straßenbenennungen abhängig waren. Der Umkreis der Selbstverwaltung in der Haupt- und Residenzstadt war also nach wie vor in empfindlicherer Weise eingengt als in anderen preußischen Städten. Obwohl dies Ausmaß der Abhängigkeit Berlins immerhin nicht mit der allmächtigen Verfügungsgewalt des Seinepräfekten in Paris vergleichbar war, stand es doch hinter dem im wesentlichen durch die Gesetzgebung des Parlamentes bestimmten Maß der Selbstverwaltung Londons erheblich zurück. Gleichwohl blieb ein weiter Raum schöpferischer Bewegungsfreiheit für Magistrat und Stadtverordnete, die durch seine Ausnutzung Berlin schon in den achtziger Jahren den Ruf einer der am besten verwalteten modernen Großstädte verschaffen konnten.

Seitdem 1873 die englischen Wasserwerke aufgekauft waren, lagen Wasserversorgung und Entwässerung ganz in der Hand der Stadt, die nun die Errichtung neuer Wasserwerke in Tegel und am Müggelsee in Angriff nahm. Die Einführung einer Kontrolle des Wasserverbrauchs durch den Wassermesser hatte freilich zunächst die Folge, daß der Verbrauch pro Kopf fast auf die Hälfte zurückging. Seit 1869 wurde die Durchführung der Kanalisation, verbunden mit der Anlage von Rieselfeldern zur Klärung und Reinigung der Abwässer, auch dies vor allem durch Virchow gefordert und gefördert, energisch in Angriff genommen. Es dauerte freilich bis 1893, ehe ein erster großer Abschnitt der 1873 beginnenden Durchführung abgeschlossen werden konnte. Seit der Übernahme der Straßen und Brücken durch die Stadt (1875) konnten endlich auch die Straßenreinigung und die Verbesserung der Pflasterung einheitlich durchgeführt werden. 1881 wurde der große Zentralvieh- und Schlachthof — mit amtlicher Fleischuntersuchung — in Benutzung genommen. Der Zentralmarkthalle am Alexanderplatz (1884) folgten in einem knappen Jahrzehnt bis 1893 weitere über die Stadt verteilte

Markthallen, obwohl dies Unternehmen die auf es gesetzten Hoffnungen nicht recht erfüllte. Die Lage der Zentralmarkthalle im Zentrum Berlins erwies sich als ungünstig, weil der genügenden Erweiterung nicht fähig. Die kleinen Markthallen vermochten nicht, die Hausfrauen von den bis heute bestehenden offenen Wochenmärkten in den Außenteilen Berlins abzuziehen. Die Fortsetzung der städtischen Krankenhausbauten (Friedrichshain 1874, Rudolf-Virchow-Krankenhaus 1906), die Vermehrung der Badeanstalten und der Beginn des Baues von Hallenbädern trugen dazu bei, daß Infektionskrankheiten und hohe Kindersterblichkeit, beide noch für die siebziger Jahre charakteristisch, zurückgedrängt wurden und Berlin um die Jahrhundertwende den Ruf erworben hatte, eine der gesündesten und saubersten Städte Europas zu sein.

Ebenso übernahm die Stadt jetzt auch alle Aufgaben der öffentlichen Beleuchtung und erreichte dank anhaltendem Steigen des Gasverbrauches, daß der Berliner Gaspreis niedriger als in allen anderen Städten des europäischen Festlandes war. 1882 wurden auf der Leipziger Straße und dem Potsdamer Platz die ersten von Siemens gelieferten elektrischen Bogenlampen in Benutzung genommen und wenig später die „Berliner Elektrizitätswerke“ als Aktiengesellschaft zur Versorgung der Stadt mit elektrischer Kraft gegründet. Die Ablösung der Pferdebahn als Mittel des Nahverkehrs stand bevor, als Siemens & Halske 1879 in Berlin die erste elektrische Bahn der Welt auf einer freilich nur 3,9 km langen Strecke in Lichterfelde vorführten. Es dauerte noch bis 1902, ehe die erste Hochbahn zwischen Halleschem Tor und Warschauer Brücke in Betrieb genommen wurde, und bis 1908, ehe die erste Untergrundbahn zwischen dem Potsdamer Platz und dem Spittelmarkt verkehren konnte. Denn in dieser Frage hatten nicht nur technische Schwierigkeiten, sondern auch die Interessenpolitik des Haus- und Grundbesitzerelementes in der Stadtverordnetenversammlung verzögernd gewirkt, so daß Berlin trotz einer besonders leistungsfähigen Ebene der technischen Entwicklung doch gegen New York, London und Paris in sehr erheblichen Rückstand kam. Die als Viadukt-Bahn nur dem Personenverkehr dienende Stadtbahn geriet nach ihrer Fertigstellung sehr bald in finanzielle Schwierigkeiten und ging in den Besitz des preußischen Staates über, der an dieser, dem Vorort- wie dem Fernverkehr dienenden, viergleisigen Anlage ein starkes Interesse besaß. Zusammen mit der Ringbahn blieb sie bis zum ersten Weltkrieg und überwiegend noch bis zum zweiten Weltkrieg das Hauptinstrument des Massenverkehrs in der werdenden Millionenstadt. Sie hat recht

eigentlich erst den Übergang zu dem Groß-Berlin des beginnenden 20. Jahrhunderts möglich gemacht. Schließlich trat am Vorabend des Weltkrieges auch die Ausnützung der Wasserwege in eine neue Phase ein. Dem Bau des Teltowkanals (1901 bis 1906) folgte der Entschluß zur Anlage des Ost- und des Westhafens, von denen freilich nur der Osthafen noch 1913 in Benutzung genommen werden konnte.

Hygienische Leistungen wie Ausbau der Verkehrsmittel schlossen jetzt ein großzügiges Vorgehen auf dem Felde des Berliner Schulwesens finanziell nicht mehr aus. Berlin hat in dieser Zeit vielleicht unbestrittener als jemals später sich auf diesem Felde eine führende Stellung in Deutschland erobert. Aus den 20 städtischen Volksschulen noch des Jahres 1861 waren in einer Generation bis 1909 300 Gemeindeschulen geworden, und es wurden diesem Aufgabenkreis in den achtziger Jahren fast 25 % der Haushaltsmittel zugeführt. Während der Staat im 19. Jahrhundert nur noch zwei Gymnasien neu einrichtete, besaß die Stadt schon 1876 neben drei alten acht neu errichtete Gymnasien, zu denen sechs Realgymnasien und bisher zwei Oberrealschulen getreten waren. 1905 wurde der Besuch der Fortbildungsschule (vom 14.—17. Lebensjahr) durch Ortsstatut zur Pflicht gemacht, 1909, damals noch vor den Toren, die Ingenieurschule Beuth als Technische Mittelschule errichtet. Nimmt man hinzu, daß die gleiche Epoche die Einrichtung von Volksbüchereien in Angriff nahm, 1907 die mit 89 000 Bänden beginnende Stadtbibliothek einrichtete und dem Märkischen Museum als „Sammelstätte für die Kulturgeschichte Berlins und der Mark“ 1908 ein eigenes Haus zur Verfügung stellte, während ebenfalls die ersten freien Hochschulen, Humboldt-Akademie und Lessing-Hochschule, errichtet wurden, so ergibt sich bei aller Erleichterung durch die Gunst der finanziellen Lage Berlins doch eine Gesamtleistung in der Pflege von Erziehung, Bildung und Kultur, die der geistigen Regsamkeit dieses noch überwiegend bürgerlichen Berlins ein geschichtlich ehrenvolles Zeugnis ausstellt.

Die gleiche Selbstverwaltung ist in der ersten Hälfte der siebziger Jahre, die eine stürmische Beschleunigung des Berliner Entwicklungstempos brachten, den Exzessen des zum Gründerschwindel umschlagenden Enthusiasmus über die neue Bedeutung der Reichshauptstadt gegenüber hilflos geblieben oder hat sich hinter dem sozialen Gruppeninteresse des Haus- und Grundbesitzerelementes verschanzt, bis es zu spät war. Sie hielt mit der Bürokratie an der Ausschließlichkeit der freien Bewegung des Eigentums fest. Die nach 1871 wie die Pilze aus dem Boden hervorschießenden Baugesellschaften haben sich ganz überwiegend

der spekulativen Ausnutzung einer allerdings verführerischen Konjunktur ergeben. 1872 wurden bereits 25 Baugesellschaften mit 104 Millionen Mark Kapital, 1873 sogar 45 begründet. Auch die „Intelligenz“ stürzte sich weitgehend in den Taumel des Augenblicks, obwohl schon 1873 die Vorzeichen des Kraches deutlich wurden und so angesehene Persönlichkeiten wie Gustav Schmoller rechtzeitig zu warnen versuchten. Es war — nach Karl Scheffler (S. 91) — „eine ins Kolossale getriebene, sehr tüchtige Untüchtigkeit“, der jetzt zwischen 1870 und 1914 die Aufgabe zufiel, Berlin in dem gleichen Zeitpunkt um ein Vielfaches zu vergrößern, in dem die noch immer nachwirkende Reihe der Baumeister aus der Schule Schinkels endgültig einem Eklektizismus Platz machte, der erst nach der Jahrhundertwende von den verheißungsvollen Anfängen einer neuen Baukunst abgelöst wurde. Vieles von dem, was jetzt im Berlin der beginnenden Kaiserzeit geschah und als belastendes Erbe blieb, ist sicherlich zeitbedingt gewesen. Wenn es zur „größten Mietskasernenstadt“ der Epoche wurde, so hat in der gleichen Zeit auch die ihm durch Werner Hegemann stets als kulturell überlegen entgegengehaltene Kaiserstadt Wien das gleiche Schicksal im Maßstab seines bescheideneren Wachstums mit ungefähr ebenso belastenden Folgen erfahren, mit denen der Stadtplaner der Gegenwart auch dort ebenso wie in Berlin noch heute zu ringen hat. In mancher Richtung hat in Wien eine bewußte Initiative früher und nicht ohne Erfolg eingesetzt. Ein Handbillet Kaiser Franz Josephs vom 20. 12. 1857 ordnete dort schon die Aufstellung eines Stadterweiterungsplanes auf dem „Konkursweg“ an und hat tatsächlich die Teilnahme führender Architekten wie Gottfried Semper erreicht. Wien verdankt dieser Anregung anstelle der alten Befestigungen seine großzügige Ringstraße mit ihren noch heute eindrucksvollen Monumentalbauten und Grünanlagen, die in Berlin nicht rechtzeitig geschaffen wurden.

Auch das Erwachen der ästhetischen Kritik am Städtebau des 19. Jahrhunderts geht zeitlich der Berliner Entwicklung zum Teil voraus. 1889 erschien Camillo Sittes bahnbrechendes Buch über den „Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen“; 1893 folgte ein internationaler Wettbewerb für den Entwurf eines Generalbebauungsplanes, wie er in Berlin erst 1925 erreicht wurde, nachdem man freilich schon 1910 dem Beispiel des Wiener Wettbewerbes gefolgt war. Die sozialen Folgen der Gründerzeit auf dem Gebiet der Klein- und Kleinstwohnungen sind aber an der Donau vielleicht kaum weniger hart gewesen als an der Spree. 70 % der Häuser Wiens sind schon vor 1914 gebaut worden. Mehr als die Hälfte der Kleinwohnungen umfaßten weniger als 45 qm; mehr als

ein Drittel waren ohne Wasseranschluß, beinahe die Hälfte ohne Abort, mehr als zwei Drittel ohne eigene Badegelegenheit. 87 % der Toiletten mußten von zwei Parteien benutzt werden; 2 % lagen außerhalb des Hauses. Obwohl seit 1951 langsam eine Vergrößerung der durchschnittlichen Nutzungsfläche der Wohnungen auf 51,8 qm erreicht wurde, sind die Unterschiede zwischen wohlhabenden und armen Bezirken doch auch hier so groß geblieben, daß zum Teil (X. Bezirk, Favorite) die dem einzelnen zustehende Nutzfläche noch immer nur 17,1 qm beträgt. Jenes Elend der Berliner Hinterhäuser, das in den Zeichnungen von Käthe Kollwitz und Heinrich Zille fortlebt, das Theodor Heuß und Ernst Heinrich als ehrenamtliche Mitarbeiter bei Volkszählungen des frühen 20. Jahrhunderts so bewegend geschildert haben, steht also in der Städtebaugeschichte der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts keineswegs isoliert da.

Auch die schon in den vierziger Jahren beginnende kritische Gegenbewegung hat in den umstrittenen siebziger Jahren keineswegs gefehlt, sondern durch das Übermaß des Übels eher verstärkten Auftrieb erhalten. Am Südrand des Tiergartens entstand ein in seiner Art vornehmes Villenviertel, an dessen Stelle nach seiner völligen Zerstörung im zweiten Weltkrieg das moderne Hansaviertel getreten ist. Zwei großzügige Unternehmer, J. A. W. v. Carstenn und Heinrich Quistorp, haben in der sogenannten Kolonie Westend und in dem heute „alten“ Teile von Lichterfelde seit 1866 und 1869 Vororte geschaffen, die sich bereits bewußt an das Vorbild von London anlehnten. Carstenn war weitblickend genug, um König Wilhelm I. schon 1869 vorauszusagen, daß Berlin und Potsdam einmal eine große, durch den Grunewald als Park verbundene Stadt werden müßten. Seine auch in Charlottenburg und Friedenau zugreifende Unternehmungslust ging freilich so weit, daß sie 1878 mit einem finanziellen Zusammenbruch endete. Während Carstenn zielbewußt bemüht gewesen war, die Grundstücks- und Kaufpreise begrenzt zu halten, griff nun die Spekulation widerstandslos auch in den Bereich der Vororte über, so daß etwa die im Anschluß an den Kurfürstendamm einsetzende Entwicklung der Kolonie Grunewald nur noch sehr finanzstarken Kreisen zugänglich blieb. Erst mit der vielgescholtenen Epoche der Weimarer Demokratie setzte eine entschiedene Wendung zum Besseren in großem Stile ein.

In der Vorgeschichte des erst im 20. Jahrhundert Form gewinnenden Großberlins bedeutet es eine wichtige Etappe, daß nach langsamer Vorbereitung durch die ganze erste Hälfte des 19. Jahrhunderts seine Vororte von Wannsee bis Tegel jetzt in schnell sich beschleunigendem Aus-

maß in den Prozeß des Wachstums der Großstadt einbezogen wurden. Trotz zum Teil heftigen Sträubens gegen ihre Einbeziehung in den Schmelztiegel der Millionstadt näherten sie sich — über eine Zwischenphase des Satellitendaseins — dem Ende ihrer selbständigen Existenz. Das geschah besonders nachhaltig in Charlottenburg und Spandau, die beide in erheblichem Umfang auch zum Sitz wichtiger Industrien wurden, das wohlhabende Charlottenburg durch Theater und Zeitungen auch zu einem kulturellen Zentrum von eigenem Gesicht. 1875 erst 25 847 Einwohner zählend, war es schon vor der Jahrhundertwende (132 377) zu einer Großstadt geworden, die bereits 1910: 305 978 Einwohner besaß. Es stand damit keineswegs allein, da die zur Stadt aufgestiegenen oder diese Stellung von altersher besitzenden Nachbarorte Berlins jetzt zum größeren Teile (Lichtenberg von 1875: 15 091 zu 1910: 133 141 Einwohner; Neukölln: 1875: 15 323, 1910: 237 289 Einwohner; Schöneberg: 1875: 7467, 1910: 172 823; Wilmersdorf 1875: 2367; 1910: 109 716; Spandau: 1875: 27 508, 1910: 84 855; erheblich dagegen zurückbleibend: Köpenick: 1875: 7 718, 1910: 30 789 Einwohner) die Großstadtgrenze bereits an der Schwelle des neuen Jahrhunderts überschritten hatten. Ehemalige Landgemeinden wie Schöneberg, Rixdorf-Neukölln, Lichtenberg oder Wilmersdorf hatten bis zur Reichsgründung in der Hauptsache noch ihren alten ländlichen Charakter wahren können, obwohl sie fortschreitend mehr zum Wohnsitz von Pendlern geworden waren, die dank der Besserung der Verkehrsverhältnisse, besonders entlang den von Berlin ausstrahlenden Eisenbahnlinien, ihre Arbeit in der nahen Großstadt fanden, während auch die Existenz ihrer noch landwirtschaftlich und gärtnerisch tätigen Einwohner sich ganz auf die Bedürfnisse des großen Berliner Marktes eingestellt hatte. Dagegen setzt im Zentrum Berlins schon langsam der Prozeß der Entleerung der ganz zum Ort von Regierung und Wirtschaft, von Industrie, Handel und Banken, von Zeitungsgewerbe und Konfektion werdenden City ein. Auch der Schwerpunkt der Bevölkerungszunahme verschob sich langsam in die Außenteile der Stadt. Die bis zur Jahrhundertmitte unmittelbar vor ihren Toren angesiedelte Industrie ging nach Hennigsdorf, Tegel und Siemensstadt, nach Adlershof und Spandau hinaus, während gleichzeitig die für das Bedürfnis der Oberschicht so charakteristischen Villenkolonien von Westend, Groß-Lichterfelde und Friedenuau begannen, sich von Hermsdorf und Frohnau bis nach Nikolassee und Wannsee im Westen auszudehnen. Das Ergebnis dieses Prozesses ist schließlich gewesen, daß Berlin ohne diese Vororte 1910 eine Einwohnerschaft von 2 071 257 besaß. Wenig später ist es dann durch die Er-